

## Identität und Hybridität: Am Beispiel der Medien der deutschen Minderheiten in den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE) als Identitätsstifter

Bohlen, Lou

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bohlen, L. (2014). *Identität und Hybridität: Am Beispiel der Medien der deutschen Minderheiten in den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE) als Identitätsstifter*. (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik). Stuttgart: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-51207-0>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



**ifa-Edition Kultur und Außenpolitik**

**Identität und Hybridität – am Beispiel  
der Medien der deutschen Minderheiten in  
den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE)  
als Identitätsstifter**

**Lou Bohlen**

ifa-Edition Kultur und Außenpolitik

**Identität und Hybridität – am Beispiel  
der Medien der deutschen Minderheiten in  
den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE)  
als Identitätsstifter**

Lou Bohlen

## Impressum

Diese Publikation ist entstanden im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ und erscheint in der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Das Forschungsprogramm wird finanziert aus Mitteln des Auswärtigen Amts.

### Herausgeber

ifa (Institut für Auslandsbeziehungen),  
Stuttgart und Berlin

### Autorin

Lou Bohlen

### Redaktion und Lektorat

Carmen Eller  
Odila Triebel  
Sarah Widmaier

### Bildnachweis

Titel: Flickr/Stuart Boreham, Rückseite: Flickr/jerethsenese

### Satz und Gestaltung

Andreas Mayer, Stuttgart

### Druck

ConBrio Verlags GmbH, Regensburg

### Institut für Auslandsbeziehungen

Charlottenplatz 17  
70173 Stuttgart  
Postfach 10 24 63  
D-70020 Stuttgart

info@ifa.de

www.ifa.de

© ifa 2014

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Vorwort</b>	<b>4</b>
<b>Zusammenfassung</b>	<b>6</b>
<b>1. Medien und Minderheiten</b>	<b>8</b>
<b>2. Reflexion der Konzepte „Identität“ und „Hybridität“ und ihre Verwendung</b>	<b>17</b>
<b>3. Strukturelle Merkmale der deutschen Minderheiten und ihrer Medien</b>	<b>26</b>
3.1 Minderheit – Identität – Ethnizität	27
3.2 Strukturelle Merkmale und Voraussetzungen	28
3.3 Medien und Minderheiten	35
3.4 Entwicklung der Medien seit dem Zusammenbruch des Ostblocks	37
<b>4. Wirkung der Medien der deutschen Minderheiten</b>	<b>44</b>
4.1 Zum Zusammenhang von Sprache, Medien und Zugehörigkeit in unterschiedlichen Generationen	45
4.2 Gesellschaftspolitische Aufstellung der Medien zwischen Minderheitengesellschaft, Mehrheitsgesellschaft und transnationalen Perspektiven	52
4.2.1 Selbstbild und Funktionszuweisung als medienproduzierende Minderheit	53
4.2.2 Thematisierung von gesellschaftspolitischen Konflikten und Interessenspolitik	59
4.3 Geschichtsthematisierung als Identitätsstiftung	68
<b>5. Studienergebnisse</b>	<b>79</b>
5.1 Schlussfolgerungen	80
5.2 Handlungsempfehlungen	82
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>84</b>
<b>Zur Autorin</b>	<b>92</b>

# VORWORT

*„In unseren zunehmend vielgestaltigen Gesellschaften ist es wichtig, eine harmonische Interaktion und die Bereitschaft zum Zusammenleben von Menschen und Gruppen mit zugleich mehrfachen, vielfältigen und dynamischen kulturellen Identitäten sicher zu stellen.“*

Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt der UNESCO verabschiedet von der 31. UNESCO-Generalkonferenz im November 2001 in Paris

Minderheiten sind Mittler zwischen den jeweiligen Kulturen und geben wertvolle Impulse für ein Zusammenleben in kultureller Vielfalt. Die strukturelle Verfasstheit der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa veränderte sich deutlich seit den Umbrüchen in den sozialistischen Staaten und dem Zusammenbruch des Ostblocks durch Abwanderung zum einen, neue gesetzliche und institutionelle Möglichkeiten, europäische Kooperationen und Förderungen zum anderen. Durch diese neuen Möglichkeiten kam es zu vermehrten Aktivitäten der deutschen Minderheiten, die in Vereinsgründungen, Schulinitiativen, politischen Interessenvertretungen und Medienaktivitäten zum Ausdruck kamen.

Diese Entwicklungen können über die Untersuchung der Medien der deutschen Minderheiten aufgezeigt werden. Durch Medienaktivitäten formulieren deutsche Minderheiten ihr Selbstverständnis in kultureller, sprachlicher und politischer Hinsicht oder generieren ein solches überhaupt erst.

Welche Wirkung und Reichweite haben die Medien deutscher Minderheiten in den Ländern Mittel- und Osteuropas? Welche Bedeutung haben sie über Informationstransfer und Meinungsbildung hinaus?

Die vorliegende Studie fragt nicht nur nach der „Identität“ deutscher Minderheiten, die als soziale, politische und kulturelle Enklaven innerhalb eines bestimmten Raums verstanden werden, sondern auch nach „Hybridität“. Hybridität beschreibt im Gegensatz zum Konzept der Identität Entitäten als

im Prozess begriffen und in Relationen stehend. Parallelen wie auch Unterschiede zwischen den deutschsprachigen Minderheiten in Polen, Rumänien und Ungarn werden anhand ausgewählter Medien herausgearbeitet.

Die Studie ist entstanden im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“. Hier setzen sich seit 2010 Expertinnen und Experten mit aktuellen Themen der Auswärtigen Kultur und Bildungspolitik auseinander, mit dem Ziel Wissenschaft, Praxis, Politik und Öffentlichkeit zu verbinden.

Lou Bohlen, der Autorin der Studie, möchte ich auf diesem Wege herzlich für ihre herausragende Arbeit und ihr Engagement danken. Mein Dank gilt auch der Leiterin des ifa-Forschungsprogramms Odila Triebel für maßgebliche konzeptionelle Impulse sowie Sarah Widmaier und Dorothea Grassmann, die das Projekt konzeptionell und redaktionell begleitet haben.

Die Medien der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa stiften nicht nur Gemeinschaft, sondern sind auch Indikatoren der aktuellen Entwicklungen der Gemeinschaft selbst. Somit hilft die Untersuchung dieser Medien, Unterschiede der deutschen Minderheiten in den verschiedenen Ländern zu erkennen, die Stellung innerhalb der Mehrheitsgesellschaft und spezifische Bedürfnisse zu verstehen, die aufgrund des Wandels der strukturellen Verfasstheit entstanden sind. So können der wertvolle Dialog und die Zusammenarbeit mit den deutschen Minderheiten weiterhin fruchtvoll fortgesetzt werden.

Ihr

**Ronald Grätz,**

Generalsekretär des ifa

(Institut für Auslandsbeziehungen)

# ZUSAMMENFASSUNG



Die Studie „Identität und Hybridität – am Beispiel der Medien der deutschen Minderheiten in den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE) als Identitätsstifter“ untersucht in einer qualitativen Inhaltsanalyse Medien der deutschen Minderheiten in Polen, Rumänien und Ungarn.

Der erste Teil klärt die theoretischen, empirischen und politisch-normativen Implikationen der beiden Konzepte „Identität“ und „Hybridität“. Beide bieten Perspektiven auf eine historische und soziale Wirklichkeit, bilden Realität also nicht einfach ab. Im Zuge der Historisierung des Konzepts „Identität“ erweist sich, dass es in der Zwischenkriegszeit Antworten auf bestimmte Probleme anzubieten vermochte. Die Entwicklung des Konzepts „Hybridität“ hingegen reagierte auf den in die Krise gekommenen Identitäts-Begriff und suchte der Wirklichkeit einer vernetzten, transnationalen Welt in beständigen kulturellen und sozialen Aushandlungsprozessen Rechnung zu tragen.

Der zweite empirische Teil der Studie beschäftigt sich in einem vergleichenden Dreischritt erstens mit dem Zusammenhang von Sprache, Medien und Generation, zweitens mit der Frage nach der gesellschafts-politischen Orientierung der Minderheiten in den Medien und drittens mit Geschichtsthematisierung als Identitätsstiftung. Die Minderheitenmedien erweisen sich dabei in allen drei Ländern als wichtige Indikatoren und Faktoren der Stiftung von Gemeinschaft. Durch die Medien wird zudem soziales Kapital nicht nur abrufbar, sondern auch neu erworben. Letztlich sind die Medien selbst ein wichtiger Teil des sozialen Kapitals der Minderheiten.

# 1.

## MEDIEN UND MINDERHEITEN

Deutsche Minderheiten in den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE) scheinen der Vergangenheit anzugehören. Nach dem Zusammenbruch des sogenannten Ostblocks und den Revolutionen in den einzelnen Ländern wanderte ein großer Teil dieser Menschen in die Bundesrepublik aus. Wenig bekannt ist jedoch, dass innerhalb bestimmter Minderheiten eine regelrechte Renaissance stattgefunden hat, die sich auf die kulturellen, medialen und politischen Aktivitäten auswirkte.

Im Laufe der letzten 20 Jahre hat sich auch der Blick bundesdeutscher Institutionen auf deutsche Minderheiten in Mittel- und Osteuropa verändert. Mit der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) orientierten sich Förderstrategien zunehmend an einer europäischen und transnationalen Perspektive.

Die vorliegende Studie fragt nicht nur nach der „Identität“ deutscher Minderheiten, die als soziale, politische und kulturelle Enklaven innerhalb eines bestimmten Raums verstanden werden, sondern auch nach „Hybridität“. Diese beinhaltet die Verbundenheit mit einer Gesamtgesellschaft ebenso wie den Kontakt zum deutschsprachigen Ausland – also vielfältige und situativ bedingte Identitäten.

Das Thema der Studie „Identität und Hybridität – am Beispiel der Medien der deutschen Minderheiten in den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE) als Identitätsstifter“, stellt eine doppelte Herausforderung dar. Das liegt zum einen an der vergleichenden Gesamtperspektive dieser Untersuchung<sup>1</sup>, zum anderen an der Tatsache, dass sie eine Reihe von theoretischen, inhaltlichen und politischen Problemen auf-

wirft, die hier thematisiert und reflektiert werden.

An erster Stelle sticht die theoretische, letztlich jedoch politische Frage nach den Begriffen Identität und Hybridität ins Auge. Beide Begriffe müssen als Perspektiven verstanden werden, die auf drei verschiedenen Ebenen Behauptungen aufstellen: auf einer empirischen Ebene, indem sie auf historische und aktuelle Phänomene von Identitäts- und Hybriditätsbildung verweisen; auf einer theoretisch-analytischen Ebene, indem sie zwangsläufig eine Vielzahl an verschiedenen theoretischen Systemen und Ansätzen implizieren können, die als analytisches Rüstzeug dienen und schließlich auf einer normativen Ebene, indem Identität Grenzen und Exklusion betont und Hybridität eben jene Grenzen kritisiert und Durchlässigkeit sowie Mischungen aufwertet (vgl. Aydin 2003: 17).

Der erste Teil der Studie bietet nach einer kritischen Auseinandersetzung mit den beiden Kategorien Identität und Hybridität eine eigene instrumentelle Herangehensweise an, die das Verhältnis zwischen Vergemeinschaftung von Minderheiten und ihren Medienaktivitäten auslotet. Daraus wird eine Neuinterpretation des Verhältnisses zwischen Medienaktivitäten von Minderheiten und ihrem Zugehörigkeitsgefühl abgeleitet, abgestimmt auf die besondere Situation der Minderheiten in den untersuchten Ländern Polen, Ungarn und Rumänien.

Eine weitere inhaltliche Herausforderung stellt das Konzept einer deutschen Minderheit dar. Der Begriff verweist auf ein politisches und ein empirisches Problem. Empirisch geht es um die Frage, anhand welcher strukturellen Kriterien eine solche Minderheit in den Ländern Mitteleuropas überhaupt identifizierbar und von einer Mehrheitsgesellschaft differenzierbar ist. Fragt man nach Muttersprache im Sinne einer klaren Sprachpräferenz und Sprachbeherrschung, so ist die zu erforschende

1 Neuere Monografien setzen andere Akzente oder dienen eher als Überblicksdarstellungen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang eine vergleichende Studie über die politische Kommunikation deutschsprachiger Presse des (ehemaligen) Ostblocks zwischen 1980 und 2000 (Olhausen 2005). Eine breiter angelegte vergleichende Bestandsaufnahme von Medien und deutschen Minderheiten hat das ifa herausgegeben (ifa 2004); vgl. auch den Sammelband zu Medien in Osteuropa mit Schwerpunkt auf den Transformationsprozessen (Stegherr/Liesem 2010) oder die Monografie von Miladinovic et al. 2007.

Minderheit nur noch in sehr geringer Anzahl vorhanden.<sup>2</sup> Fragt man nach Kultur und Tradition, so lässt sich feststellen, dass seit dem Zusammenbruch des Ostblocks ein deutlicher Wandel stattgefunden hat – einerseits durch Abwanderung, andererseits durch neue gesetzliche und institutionelle Möglichkeiten sowie durch europäische Kooperation und Förderung. Tatsächlich lässt sich in den letzten 20 Jahren eine Art Renaissance-Bewegung der Minderheiten in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas beobachten, die sich wesentlich auf ihre politischen und kulturellen Aktivitäten, aber auch auf die Medienproduktion auswirkte.<sup>3</sup> Fragt man nach „Herkunft“, so wird offenbar, dass dieses Konzept nicht eindeutig ist, da es auf höchst abstrakte Kategorien wie Nation, Ethnie oder Kultur verweist. So wurde das Konzept „Herkunft“ im mitteloosteuropäischen Raum in den letzten 150 Jahren politischen Vorgaben unterworfen. Das beeinflusste nicht nur in der jeweiligen historisch-politischen Situation die Zugehörigkeit, sondern wirkte sich auch auf die Deutung der eigenen fa-

miliären Vergangenheit und auf zukünftige Zuordnungen aus.<sup>4</sup> Die erstaunlichen Differenzen in den Angaben über die Größe der jeweiligen deutschen Minderheiten<sup>5</sup> verweisen letztlich darauf, dass „Herkunft“ eine politisch wirksame Kategorie ist, die für den Raum Ost- und Mitteleuropa historisiert werden muss.

Die dritte große Herausforderung besteht in der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Minderheitenmedien und Identitätsstiftung. Die Fragestellung kommt einer klassischen Forderung der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Identitätsforschung in Bezug auf ethnische Migrationsgemeinschaften oder Minderheiten nach (vgl. Schlesinger 1987: 219-264). Sie fragt nicht, welchen Beitrag Medien zur nationalen Integration von Minderheiten in die jeweilige Mehrheitsgesellschaft leisten, sondern nach der Rolle von Medien bei der Identitätsartikulation, also nach einer Stabilisierung von Vergemeinschaftung durch Intensivierung interner Kommunikationsprozesse (vgl. Hepp 2009: 36/37). Erscheint diese Perspektive auf den ersten Blick offener, folgt sie auf den zweiten Blick einem Interesse, welches die zu untersuchenden Medienaktivitäten und den Medienkonsum als förderungswürdige Vergemeinschaftung deutscher Minderheiten in Ostmitteleuropa und Südosteuropa begreift.

Die Medien deutscher Minderheiten stellen einen zentralen Bereich dar, in dem sich Antworten auf die Frage nach sozialem Kapital (vgl. Henning 2010: 180) – in diesem Fall die Produktion und der Konsum von Medien – der deutschen Minderheiten in den Ländern Polen, Rumänien und Ungarn finden

2 Vgl. zur deutschen Sprache in Polen Kneip 2000: 9-28, zur deutschen Sprache in Rumänien Dingeldein 2010: 63-80, zur deutschen Sprache in Ungarn Nelde 1990. Vgl. auch die Zahlen zu den Sprachkenntnissen von Aussiedlern in Rumänien und Polen bei Münz/Ohliger 1997: 24/25.

3 Zur rechtlichen Situation in Polen: Erst einige Jahre nach dem politischen Umbruch 1989 verabschiedete das polnische Parlament Gesetze, die den Deutschen jene Minderheitenrechte einräumten, die in Europa zum Standard gehörten (vgl. Kneip 2000: 22; Sakson 2008: 62-75).

Zur rechtlichen Situation in Rumänien: Seit 1998 ist in Rumänien durch das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz der nationalen Minderheiten der Status der Minderheiten rechtlich geregelt. Zudem garantiert die Verfassung Rumäniens das Recht nationaler Minderheiten auf „Bewahrung, Entwicklung und Äußerung ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität“ (Nelepcu 2012: 8). Vgl. auch Juller 2008: 233/234.

Zur rechtlichen Situation in Ungarn: Seit 1990 sind die Ungarn-Deutschen auf lokaler Ebene durch die gewählten Minderheitenselbstverwaltungen Entscheidungsträger in allen Angelegenheiten die eigenen Nationalität betreffend. Seit 1993 sichert ein progressives Minderheitengesetz die kulturelle Autonomie der Minderheiten im Sinne einer staatlich initiierten positiven Diskriminierung (vgl. Richter 2008: 206). Vgl. auch Bricke 1995: 96-107; Spannenberger 2004: 73-74.

4 Vgl. Münz/Ohliger 1997: 11/12; Urban 2000: 80-86; Sakson 2008: 66-68, 71.

5 Für Polen variieren die Zahlen zwischen 125.000 und 500.000 (vgl. Keller 2011: 10-11). Vgl. auch die deutlich höhere Zahl von bis zu 500.000 bei Sakson 2008: 64/65. Für Rumänien variieren die Zahlen zwischen 45.000 und 60.000 (vgl. Juller 2008: 232-245; Philippi, 2000: 30). Für Ungarn variieren die Zahlen zwischen 132.000 und 200.000 (vgl. Richter 2008: 206/212; Bricke 1995: 97).

lassen. Für die vorliegende Analyse wurden Printmedien, also Zeitungen und Zeitschriften, sowie Fernsehformate, Radiosendungen und Internetportale herangezogen.

Das soziale Kapital von Minderheiten ist in der neuen Situation der Länder Mittel- und Osteuropas innerhalb der EU – so meine These – nur mit neuen Förderkonzepten, die verstärkt auf transnationalen Austausch setzen, in vollem Umfang mobilisierbar und abrufbar.<sup>6</sup> So geht die Studie von der begründeten Annahme aus, dass Vergemeinschaftung von Minderheiten innerhalb Europas nicht mehr überwiegend nach den Regeln von Exklusion und Inklusion des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stattfindet. Vielmehr geht es – so die Vermutung nach Sichtung des Quellenmaterials – um einen ungleich offeneren Prozess, der bereits Gemeinschaften hervorgebracht hat, die ihrerseits durchlässige Grenzen haben und genau dies als ihr soziales Kapital innerhalb Europas begreifen und nutzen könnten. Deshalb sind die Aktivitäten der jüngeren Angehörigen der deutschen Minderheiten und ihre Interaktion im transnationalen Raum der neuen Medien von Bedeutung und bilden einen Schwerpunkt der Studie.<sup>7</sup>

## Forschungsstand und -defizite

Die Identitäts- und Hybriditätsstiftung in den Medien der deutschen Minderheiten in Polen, Rumänien und Ungarn ist bislang nicht vergleichend erforscht worden: Vereinzelt existieren aktuelle Einzeldarstellungen, die den Zusammenhang von Medienaktivitäten der deutschen Minderheit in bestimmten Ländern Ost- und Mitteleuropas und deren Zugehörigkeitsgefühl als Gruppe thematisie-

ren, etwa in Form von Analysen deutschsprachiger Zeitungen in Ungarn und Rumänien.<sup>8</sup> Darüber hinaus wird das Thema in Überblicksdarstellungen zur Rolle von Minderheiten und ihrer Medien (vgl. Hess 2004), etwa in dem Sammelband zu „Medien und Minderheiten“ (Kriwak 2012) oder in Einzelstudien deutschsprachiger Minderheiten in bestimmten Ländern Osteuropas und Ostmitteleuropas gestreift, beispielsweise in einem Abschnitt zur deutschsprachigen Medienentwicklung in Polen seit der Wende in der Monografie „Deutsche in Polen“ von Urban.<sup>9</sup> Daneben existieren zahlreiche Sammelbände<sup>10</sup> und kleinere, auch aktuelle Einzel- oder Vergleichsstudien zur politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Situation der deutschen Minderheiten Polen, Ungarn und Rumänien generell, zu ihren heutigen strukturellen Gegebenheiten und ihrer Geschichte.<sup>11</sup>

Die Geschichtswissenschaften haben die Presseerzeugnisse der deutschsprachigen Minderheiten des 19. und 20. Jahrhunderts längst als interessante Quellen entdeckt und unter verschiedenen Fragestellungen und Aspekten aufgearbeitet. Insbesondere zur deutschsprachigen Presse in Ungarn und Polen

8 Hilfreich in diesem Zusammenhang sind zwei Kompendien zur deutschsprachigen Presse im Ausland (vgl. Hartwig 2001 und Marten 2009). Eine Liste der deutschsprachigen Presse weltweit gibt es unter: <http://press-guide.com/staaten.htm>; eine weitere Liste ist auf der Website des Weltverbands deutschsprachiger Medien der Internationalen Medienhilfe (IMH) unter [www.imh-deutschland.de/page/index.php?rubrik=0025](http://www.imh-deutschland.de/page/index.php?rubrik=0025) abrufbar; vgl. auch Hess-Lüttich 2010; Tichy, 2010. Das Fehlen einer entsprechenden Studie über deutschsprachige Medien in Polen ist so bemerkenswert wie erstaunlich (vgl. Uscnay: 2004).

9 Vgl. Stegherr und Liesem 2010; Kriwak 2012; Urban 2000.

10 Zu der deutschen Minderheit in Polen sind in den letzten 20 Jahren einige Sammelbände erschienen (vgl. Sakson 2008; Drobek 1999; Beyrau 1999). Vgl. zur deutschen Minderheit in Ungarn Almai/Fröschele 2004; Nelde 1990 und zur deutschen Minderheit in Rumänien Jung 2011.

11 In diesem Bereich geben bundesdeutsche Institutionen wie die Landeszentralen oder die Bundeszentrale für Politische Bildung oder das Goethe-Institut regelmäßig Studien in Auftrag. Meist sind diese jedoch recht knapp. Einige Aufsätze widmen sich dem Thema in Fachzeitschriften (vgl. Sakson 1991), vgl. außerdem Kurcz/Misiak 1997; Urban 1995.

6 Vgl. die Sicht auf Sprache als soziale Ressource für die Lösung alltäglicher Probleme (Kummer 1990: 265).

7 Vgl. die Internetportale von Gemeinschaft Junger Ungarn-Deutscher (GJU), Bund der Jugend der Deutschen Minderheit (BJDM) mit der Jugendzeitschrift „Antidotum“.

existieren einige Monografien.<sup>12</sup>

Zudem gibt es vereinzelt zeithistorisch und politikwissenschaftlich orientierte Studien, die sich ländervergleichend und über einen größeren historischen Zeitraum hinweg bis in die Gegenwart hinein mit der deutschsprachigen Presse in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas beschäftigen. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Dissertation „Politische Kommunikation im Wandel: die deutschsprachige Presse des (ehemaligen) Ostblocks zwischen 1980 und 2000“ (Olhausen 2005), da sie eine systematische Inhalts- und Funktionsanalyse vornimmt sowie die Monografie „250 Jahre deutschsprachige Presse in Ungarn“ (Nemes 1982).

Eine vergleichende aktuelle Bestandsaufnahme von Medien der deutschen Minderheiten mit dem Titel „Deutschsprachige Medien in Mittel- und Osteuropa: Berichte und Analysen“ wurde 2004 vom ifa herausgegeben. Zudem existieren verschiedene Bestandsaufnahmen von Medien- und Presseerzeugnissen der deutschen Minderheiten in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas.<sup>13</sup> Naturgemäß fehlt in diesen Studien jedoch die systematische Fragestellung nach Identität und Hybridität.

In der Medien- und Kulturtheorie der letzten zehn Jahre hingegen ist die Frage nach Identität und Hybridität und deren Zusammenhang mit Medien-erzeugnissen und Medienkonsum von Minderheiten grundlegend und auf hohem Niveau reflektiert und begründet worden. Hier sind vor allem die Sammelbände „Medien und Minderheiten“ (Kriwak/Pallarér 2012) sowie das „Handbuch Netzwerkforschung“ (Stegbauer 2010) zu nennen.

Was die Reflexion über die Kategorien Identität und Hybridität betrifft, ist die Fachliteratur schier uferlos. Daher haben verschiedene Autoren in den vergangenen zwölf Jahren den Versuch unternommen, sowohl den politischen als auch den wissenschaftlich-systematischen Gebrauch der Begriffe Identität und Hybridität nachzuzeichnen, zu systematisieren und zu historisieren. An erster Stelle ist hier eine Studie aus dem Jahr 2000 über „Kollektive Identität“ (Niethammer 2000) zu nennen, die dem Begriff und der Kategorie Identität nachspürt, ihre Herausbildung in der Zwischenkriegszeit nachweist und die Wege nachvollzieht, über die der Begriff sowohl in die politische Sprache als auch in die Wissenschaft Eingang fand und zur normativen Letztbegründung wurde. Diese Studie nimmt eine radikale und ideologiekritische Historisierung des Begriffs vor. Dem setzt Wolfgang Bergem den pluralen, prozesshaften und offenen Charakter von Identitätsformationen in liberal-demokratisch verfassten politischen Systemen entgegen. Er untersucht den spezifisch deutschen Gebrauch des Begriffs Identität im politischen und philosophischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland und zeigt, welche Schwierigkeiten, aber auch Annehmlichkeiten der Begriff und das Konzept Identität für den deutschen politischen Erfahrungs- und Diskurszusammenhang bietet (Bergem 2005). Eine systematische theoretische Herleitung des Begriffs Hybridität liefert die Studie „Zum Begriff der Hybridität“ von Yaser Aydin (Aydin 2003). Der Autor weist nach, was die Kategorien Identität und Hybridität in den Kulturwissenschaften vermögen und wo ihre Grenzen liegen.

<sup>12</sup> Vgl. Ujvári 2012; Balogh 2007; Rózsza 2010 sowie Miladinovic Zalaznik, Mira et al.: Benachrichtigen und vermitteln: deutschsprachige Presse und Literatur in Ostmittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, München, 2007.

<sup>13</sup> Vgl. auch die systematische Bestandsaufnahme bei Rózsza 2006.

## Aufbau, Vorgehen und Methode

Der erste Teil der Studie setzt sich mit den Kategorien bzw. Konzepten Identität und Hybridität auseinander. Im Vordergrund steht dabei die Verständigung über zwei Begriffe, die in den letzten 30 Jahren eine geradezu beispiellose Karriere in Debatten, in der politischen Publizistik sowie in der Wissenschaft gemacht haben. In einem ersten Schritt geht es um die Historisierung der beiden Kategorien. In einem zweiten Schritt begründet die Studie ihren eigenen Gebrauch der Begriffe Identität und Hybridität. Dieser definiert Medienaktivitäten von Minderheiten als Materialisierung von „sozialem Kapital“ (Bourdieu 1983: 190/191) und begreift Zugehörigkeit als das Ergebnis eines immer neu stattfindenden Aushandlungsprozesses.

Der zweite Teil der Studie ist in drei Abschnitte gegliedert und stellt die Befunde aus einer qualitativen Inhaltsanalyse der ausgesuchten Medien dar. Der erste Abschnitt widmet sich dem Themenkomplex „Sprache – Medien – Generation – Identität“ in den Ländern Polen, Rumänien und Ungarn. Der zweite Abschnitt befasst sich mit der jeweiligen gesellschaftspolitischen Aufstellung der Medien. Zunächst werden Selbstbild und Selbst-Funktionszuweisung der medienproduzierenden Minderheit analysiert, um sich dann folgenden Fragen zu widmen: Wie werden gesellschaftspolitische Konflikte in den Medien thematisiert? Findet eine Interessenspolitik als Minderheit in den Medien statt und wenn ja, in welcher Form? Der dritte Abschnitt fragt nach der Thematisierung von Geschichte und Geschichtspolitik in den Minderheitenmedien als Mittel von Ex- und Inklusion. Hier geht es um Thematisierung und Tabuisierung, um geschichtspolitische Initiativen, Kampagnen und Lobbyismus sowie um eine mögliche Multi-Perspektivierung von Geschichte. Alle drei Abschnitte des Analyseteils untersuchen die Unterschiede in Medienkonsum und Medienproduktion zwischen der Minderheiten-Jugend und

einer älteren Generation und ziehen Schlussfolgerungen für die jeweiligen Zugehörigkeitsmuster. Beleuchtet werden auch generationsbedingte Unterschiede in Feldern wie Selbstbild und Funktionszuweisung, Thematisierung von gesellschaftspolitischen Konflikten, Interessensvertretung oder Geschichte.

Methodisch wird die Fragestellung aus einer exemplarisch vergleichenden Perspektive analysiert. Dabei werden Gemeinsamkeiten und Parallelen sowie Unterschiede zwischen den deutschsprachigen Minderheiten in Polen, Rumänien und Ungarn anhand ausgewählter Medien herausgearbeitet. Durch eine qualitative Inhaltsanalyse dieser Medien, die besonderes Augenmerk auf den Gebrauch von Begriffen legt, wird es möglich, diese unterschiedlichen Medien miteinander zu vergleichen und systematisch auf Themen und Begrifflichkeiten zuzugreifen. Die Analyse geht hier über die Frage nach dem Informationstransfer und Meinungsbildung hinaus. Im Fokus stehen auch Selbst- und Fremdbeschreibungen, soziale, kulturelle wie politische Inklusions- und Exklusionsmechanismen, Definitionen von „deutscher Kultur“ sowie Sichtweisen auf die jeweilige Mehrheitsgesellschaft und Deutschland als mögliches „Heimatland“.

**Tabelle 1:** Medien der deutschen Minderheiten in Polen

<b>Titel</b>	<b>Erscheinungsweise</b>	<b>Auflage</b>	<b>Herausgeber</b>	<b>Sprache</b>
Wochenblatt (Print und Online)	1 x die Woche	ca. 6.000	Pro Futura, Oppeln/Opole	Deutsch/Polnisch
Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren (Print und Online)	1x im Monat	ca. 1.000	Verband der Deutschen Gesellschaften im ehemaligen Ostpreußen, Allenstein/Olsztyn	Deutsch/Polnisch
Schlesien Journal (TV)	1x die Woche	k. A.	Pro Futura, Oppeln/Opole	Deutsch/Polnisch
Schlesien Journal – jung! (TV)	1x im Monat	k. A.	Pro Futura, Oppeln/Opole	Deutsch/Polnisch
Schlesien Aktuell (Hörfunk)	5x die Woche	k. A.	Pro Futura, Oppeln/Opole	Deutsch
Schlesien Aktuell – das Magazin (Hörfunk)	1x die Woche	k. A.	Pro Futura, Oppeln/Opole	Deutsch
Die deutsche Stimme (Hörfunk)	1x die Woche	k. A.	DFK-Bezirk, Ratibor/Racibórz	Deutsch
Radio Mittendrin (Hörfunk und Online-Radio)	1x die Woche	k. A.	DFK-Bezirk, Ratibor/Racibórz	Deutsch/Polnisch/ Schlesisch
Internetportal der Deutschen in Polen			Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen	Deutsch/Polnisch
Bund der Jugend der deutschen Minderheit (BJDM)			Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen	Deutsch/Polnisch



Tabelle 2: Medien der deutschen Minderheiten in Rumänien

Titel	Erscheinungsweise	Auflage	Herausgeber	Sprache
Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien (ADZ) (Print und Online)	5x die Woche	3.000	Demokratisches Forum der Deutschen in Rumänien	Deutsch
Banater Zeitung (Print und Online)	1x die Woche als Beilage der ADZ	3.000	Stiftung zur Förderung der Deutschen Literatur in Rumänien	Deutsch
Karpatenrundschau (Print)	1x die Woche als Beilage der ADZ	3.000	Stiftung zur Förderung der Deutschen Literatur in Rumänien	Deutsch
Hermannstädter Zeitung (Print/Online)	1x die Woche	2.000	Stiftung Hermannstädter Zeitung	Deutsch
Sendung in deutscher Sprache	2x die Woche	400.000	TVR Öffentlich-rechtliches Rumänisches Fernsehen	Deutsch mit rumänischen Untertiteln
Deutsche Sendung von Radio Bukarest (Hörfunk)	7x die Woche	200.000	Öffentlich-rechtlicher Rumänischer Hörfunk	Deutsch
Die Sendung in Deutscher Sprache von Radio Temeswar/ Timișoara	7x die Woche	k. A.	Öffentlich-rechtlicher Rumänischer Hörfunk	Deutsch
Funkforum Temeswar (Hörfunk)	2x im Monat	k. A.		Deutsch
Funkforum (Deutschsprachiges Medienforum)				

**Tabelle 3:** Medien der deutschen Minderheiten in Ungarn

Titel	Erscheinungsweise	Auflage	Herausgeber	Sprache
Neue Zeitung (Print und Online)	1x die Woche	3.000	Neue Zeitung Stiftung	Deutsch
Unser Bildschirm (TV)	1x die Woche	k. A.	MTV Staatliches Ungarisches Fernsehen	Deutsch
Radio Fünfkirchen	täglich	k. A.	Radio Fünfkirchen/Pécs	Deutsch
Das Portal der Ungarn- deutschen			Stiftung Hermannstädter Zeitung	Deutsch/Ungarisch
Gemeinschaft Junger Ungarndeutscher				Deutsch/Ungarisch
Funkforum (Deutschsprachiges Medienforum)				

# 2.

## REFLEXION DER KONZEPTE „IDENTITÄT“ UND „HYBRIDITÄT“ UND IHRE VERWENDUNG

Diaspora-, Exil- und Migrationserfahrungen – und die daraus resultierende Minderheitenerfahrung – werfen wie kaum eine andere Lebenssituation die Frage nach Identität auf. Wie könnte es auch anders sein – reden und schreiben doch vor allem jene über Identität, die keine haben oder deren Identität in Frage steht. Sich auf Identität zu berufen bzw. nach ihr zu fragen, schließt die Verunsicherung, das Problem, bereits mit ein. Der jüdische Soziologe Zygmunt Bauman, der sich in vier verschiedenen Ländern eine neue Existenz aufbauen musste, beschreibt das Problem folgendermaßen:

„Man denkt an Identität, wann immer man sich nicht sicher ist, wohin man gehört; das heißt, man ist nicht sicher, wie man sich selbst innerhalb der evidenten Vielfalt der Verhaltensstile und Muster einordnen soll und wie man sicherstellen kann, dass die Leute um einen herum diese Einordnung als richtig und angemessen akzeptieren würden, (...). ‚Identität‘ ist ein Name für den gesuchten Fluchtweg aus dieser Unsicherheit.“ (Bauman 1997: 134)

Gilt diese Feststellung, erklärt sie auch die geradezu „unheimliche Konjunktur“ (Niethammer 2000: 460), die das Konzept Identität als Forschungs- und Reflexionsgegenstand der Sozial- und Kulturwissenschaften seit Beginn der 1960er Jahre erlebte. Wie Habermas bereits 1974 analysierte, werden in modernen, komplexen Gesellschaften Individuen und Gruppen durch die Wirkweise der Globalisierung in ihrer Identität so massiv gestört, dass identitätsbildende Normen ihren selbstverständlichen Geltungsanspruch verlieren und Identität selbst zum Problem wird (vgl. Habermas 1976: 96). Tatsächlich wird in der Literatur die Frage nach der Identität als individuelles und kollektives Problem weitgehend als Herausforderung der Moderne gewertet (Bergem 2005: 17). Inwiefern die Medien deutscher Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa versuchen, eine Antwort auf das Problem von Identität und Zugehörigkeit zu geben, wird im Folgenden untersucht.

Die Kategorien Identität und Hybridität sind keine „Dinge an sich“, sondern verweisen auf Bedeutungszusammenhänge (Aydin 2003: 16) und implizieren jeweils eine besondere Perspektive. Sie lassen sich nicht mit empirischen Wirklichkeiten gleichsetzen, sondern sind – wie alle sozialen Kategorien – sozial konstituiert und zugleich sozial konstitutiv (vgl. Bormann 2001: 17). Identität als Leitbegriff gewann in den Sozial- und Kulturwissenschaften mit Beginn der 1980er Jahre an Bedeutung<sup>14</sup> und erlebte seit den 1990er Jahren im Bereich der konstruktivistischen Gedächtnis- und Identitätsforschung einen regelrechten Boom,<sup>15</sup> der bis heute anhält. Auch in der öffentlichen Sprache politischer Diskurse und Institutionen hat der Begriff Identität einen zentralen Stellenwert.

Verschafft man sich einen Überblick über dessen massenhaften Gebrauch in der sozialwissenschaftlichen und kulturwissenschaftlichen Literatur, zeigt sich die unermessliche Bandbreite der modernen Identitätssemantik (vgl. Bergem 2005: 13-23; Niethammer 2000: 44). Identität wird sowohl synonym für die Kultur von Entitäten, deren Eigenschaften oder Eigenheit, als auch für Probleme der Selbstidentifikation, Selbstvergewisserung und Selbstverortung von Individuen im gesellschaftlichen Raum verwendet (vgl. Aydin 2003: 32). Das ist nicht verwunderlich, da eine – nicht unproblematische – Begriffs-offenheit im Wesen der Identitätskategorie gleich mehrfach angelegt ist: Erstens bezeichnet Identität etwas höchst Abstraktes, das als solches, das heißt losgelöst von der Wahrnehmung eines Beobachters, nicht existiert (vgl. Niethammer 2000: 45). Zweitens liegt die Abstraktion von Identität darin, dass sie sich nicht über „primäre Gegebenheiten“, sondern „negativ durch die Differenzen von etwas anderem definiert“ (Luhmann, 1972: 185). Der Begriff Identität

<sup>14</sup> Vgl. Kachel 2005: 43-57.

<sup>15</sup> Vgl. die angeführte Statistik zum Stichwort „Identität“ im Onlinekatalog der „Deutschen Bibliothek“ in Frankfurt und Leipzig bei Niethammer 2000: 21, Fußnote 23; Ondoa 2005: 7.

tät scheint in vielfacher Hinsicht ohne grundlegende theoretische Begründung auszukommen. Er wird als „konnotatives Stereotyp“ verwendet (Niethammer 2000: 55) und kann so problemlos als Ziel und Fluchtpunkt jedweder politischer und kultureller Initiative fungieren (vgl. Niethammer 2000: 9-28).

Mit der Konjunktur des Identitätsbegriffs wuchs zugleich die Kritik an ihm und zwar auf zwei Ebenen: Empirisch verweise er auf Entitäten, die, der Realität der Postmoderne entsprechend, weitaus komplexer und von diversen Einflüssen geprägt, letztlich also „hybride“ seien. Die Analyseperspektive Identität hingegen sei darauf angelegt, eine solche Komplexität und ihre Genese zu ignorieren. Auf normativer Ebene gab es den Einwand, dass die Kategorie der Identität per se Einheit fordere und zugleich in ihrer Inklusions- und Exklusionskraft das Abweichende marginalisiere und delegitimiere, letztlich also in Freund-Feind-Schematisierungen münde (vgl. Bergem 2005: 88-92). Die Kategorie der Hybridität wurde als theoretische Alternative zum Identitätsbegriff und in Kritik an ihm von Theoretikern der Postcolonial Studies entwickelt. Hybridität sollte eine Wahrnehmung des Anderen bieten, die vor essentialistischen Deutungsmustern sowie Ausgrenzung und Abwertung der Differenz bewahrt und Mischungen analytisch erfasst und aufwertet (vgl. Aydin 2003: 7).

### Historisierung des Begriffs Identität

Der Begriff der Identität ist attraktiv, weil er zur Zentralkategorie nicht nur zahlreicher wissenschaftlicher Studien und Forschungsverbünde, sondern auch der politischen Sprache geworden ist. Man muss den Begriff historisieren, um dessen Gebrauch bewusst zu machen und zu erklären, wie die Kategorie Hybridität entstanden ist.

Der moderne Identitätsbegriff speist sich aus dem in der aufklärerischen Philosophie entfalteten

Ideal der Unparteilichkeit, die Dichotomien wie das Universale versus das Partikulare, das Öffentliche versus das Private generierte und zugleich schon als ideologisches Legitimitätsmuster fungierte.<sup>16</sup> Als Begriff der politisch-gesellschaftlichen Semantik wurde die kollektive Identität nach dem Ersten Weltkrieg durch sechs verschiedene Theoretiker des 20. Jahrhunderts und ihrer Problemsicht auf die Massengesellschaft unabhängig voneinander, in höchst unterschiedlicher Intention und mit differierenden Ansätzen eingeführt.<sup>17</sup> Ihre Gemeinsamkeit bestand darin, dass alle versuchten, auf die Folgen der Diversitätserfahrung innerhalb des in die Krise gekommenen Nationalstaats<sup>18</sup> mit Hilfe der Kategorie Identität zu reagieren:

Die beiden politischen Denker Carl Schmitt und Georg Lukács konstruierten Identität. Ersterer als Identität von Führung und Volk, der zweite als Identität von Partei bzw. Intellektuellen und Proletariat. Innerhalb dieser Denkansätze wurde das Heterogene im Rahmen einer Ideologie der Ausgrenzung und Vernichtung preisgegeben und so ein handelndes, geschichtliches Subjekt geschaffen. In der Realität vorhandene soziale Diversität konnte so – bei gleich-

16 Denn die Art und Weise, wie dominante Gruppen für ihre partikuläre Position Universalität beanspruchten, wurde damit legitimiert (vgl. Aydin 2003: 13). Vgl. auch den Artikel „Identitätssystem, Identität, Indifferenz“ im Historischen Wörterbuch der Philosophie (Sandkühler 1976: 153-157) und die Grundlegung des Identitäts-Konzepts bei Jean-Jacques Rousseau (vgl. Bergem 2005: 61).

17 Für den Begriff der Identität bei den Autoren Carl Gustav Jung, Carl Schmitt, Georg Lukács, Sigmund Freud, Maurice Halbwachs und Aldous Huxley vgl. Niethammer 2000: 42/65. Siehe auch die Darstellung im Historischen Wörterbuch der Philosophie, Artikel „Identität, Ich-Identität“ (vgl. Dubiel 1976: 148-151). Dieser geistesgeschichtlichen Herleitung widerspricht Wolfgang Bergem, der auf die Ursprünge einer Konzeption von Identität bei Jean-Jacques Rousseau in der Identitätslehre der Demokratie verweist, auf die sich Carl Schmitt bezieht (vgl. Bergem 2005: 61).

18 Der Nationalstaat als Konzept fordert Einheitlichkeit, die von Anfang an nicht gegeben war, jedoch von Beginn des 20. Jahrhunderts an ganz offensichtlich dem Erfahrungsraum von Massengesellschaft, Globalisierung und totalitären Herrschaftsmodellen wich (vgl. Baumann 1998: 23-49).

zeitiger Legitimierung von Gewalt – in Homogenität umgewandelt werden (vgl. Niethammer 2000: 455-456). Schmitts Identitätskonzeption wurde später in der Neuen Rechten in der Bundesrepublik und im Frankreich der 1970er und 1980er Jahre intensiv rezipiert (vgl. Bergem 2005: 85).

Als Betonung „kultureller Differenz“ (Niethammer 2000: 454-455) erscheint Identität im Werk von Sigmund Freud und Maurice Halbwachs. Bei beiden entsteht Identität aus der Differenz einer politisch marginalisierten Gruppe im Verhältnis zu anderen Gruppen in der Erinnerung (vgl. Niethammer 2000: 458). Bei Freud ist die Grundlage kollektiver Identität der ethnische Charakter,<sup>19</sup> bei Halbwachs ein Gefühl, das durch die beständige Realisierung (Symbole, Gedenktage etc.) eines kollektiven Gedächtnisses innerhalb einer Gruppe entsteht (vgl. Niethammer 2000: 455/456).

Kultur- und Zivilisationskritik an der Massenzivilisation veranlassten Carl Gustav Jung und Aldous Huxley zu ihrem jeweiligen negativ besetzten Entwurf kollektiver Identität. Bei Huxley ist kollektive Identität ein Produkt der Macht, bei Jung eines der Krise (vgl. Niethammer 2000: 456/457).

Gemeinsam ist diesen sechs frühen theoretischen Identitätsentwürfen ihr Bedürfnis, Tradition zu begründen, wo eine solche in Frage stand bzw. zweifelhaft war (vgl. Niethammer 2000: 464). Im Rahmen ihrer spezifischen Sicht auf den politischen und gesellschaftlichen Raum nach dem Ersten Weltkrieg versuchten sie allesamt, sich mit einem nachhaltigen Gefühl des Verlusts von religiösen, imperialen, nationalen, ethnischen oder kulturellen Traditionen auseinanderzusetzen und füllten die entstandene Leere mit Identität als Antwort und Lösung (vgl. Niethammer 2000: 459).

Keiner der genannten Autoren erfuhr eine nennenswerte Rezeption seines Identitätsentwurfs unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg (vgl. Niethammer 2000: 469). Eine erste, von einer breiteren Öffentlichkeit getragene Beschäftigung mit Identität ging von den USA aus und hier fungierte sie als politischer Emanzipationsbegriff. In den 1960er und 1970er Jahren wurden in der Sozialpsychologie und in der politischen Kulturforschung emanzipatorische Entwürfe von Identität entwickelt. Unter der Formel der *civic culture* wurde Identität im Kontext von Projekten der Entwicklungshilfe und der Armutsbekämpfung auf die strukturellen Gegebenheiten in den ehemaligen europäischen Kolonien angewandt (vgl. Niethammer 2000: 471-474). Innerhalb der amerikanischen Gesellschaft machten Theoretiker der Bürgerrechtsbewegung soziokulturelle Identität zur theoretischen Zentralkategorie eines emanzipativen „Ethnicity“-Konzepts.<sup>20</sup>

In Europa wurde der Begriff Identität in den späten 1960er Jahren in den Debatten der Neuen Linken präsent und fand in den 1970er Jahren Eingang in die europäische Außenpolitik – als „europäische Identität“. In Deutschland wurde Identität zum Leitbegriff der Bildungsreform und der Reformpädagogik (vgl. Niethammer 2000: 479/480). Aber auch die politische Rechte entdeckte Identität als einen ihrer Argumentation dienlichen Begriff. Innerhalb der Neuen Rechten der Bundesrepublik fand ein die Substanzhaftigkeit des „Deutschtums“ als Grundlage der politischen Identität betonender nationalistischer Diskurs seinen Widerhall (vgl. Bergem 2005: 85).

So unterschiedlich die Kontexte und Argumentationsabsichten auch waren, lassen sich doch gewisse Gemeinsamkeiten im Gebrauch des Begriffs feststellen: Zum einen sind alle genannten Diskurse politischer Natur, zum anderen setzte der Begriff immer

19 Freud greift hier die biblische Auserwähltheit unter den Gesichtspunkten von Inklusion und Exklusion des jüdischen Volks auf (vgl. Niethammer 2000: 248-253).

20 Vgl. Niethammer 2000: 474; Bergem 2005: 15.

verschiedene Gruppen zueinander in ein Verhältnis. Dabei konnten die jeweiligen Inklusions- oder Exklusionsfunktionen des Konzepts unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Zusammenfassend betrachtet, offenbarte der Identitätsbegriff innerhalb dieser politischen Diskurse Merkmale, die bereits den Gebrauch in der Zwischenkriegszeit auszeichneten. Der „formelhafte Gebrauch“ führte dazu, dass der Begriff nicht weiterentwickelt wurde. Identität fungierte gleichsam als Worthülse, die auf Unterschiedlichstes verweisen konnte und in bereits bekannter Weise als „emphatische Ersatztradition“ (Niethammer 2000: 482) diene. Diese Eigenschaften, verbunden mit einer durchweg positiven Konnotation des Begriffs, bildeten eine der wesentlichen systematischen Voraussetzungen für die in der Folgezeit einsetzende Konjunktur der Kategorie Identität. Zum regelrechten „Renner“ der medialen und politischen Sprache wurde sie mit Beginn der 1980er Jahre. Die UNESCO erklärte 1983 kulturelle Identität zu einem Grundrecht der Nationen, auf das sich politisch marginalisierte Nationen, Ethnien und Regionen auch zunehmend beriefen, um unterschiedliche Ansprüche, konkreter oder abstrakter Art, geltend zu machen (vgl. Niethammer 2000: 497).

## Kritische Auseinandersetzung mit Identität: Hybridität

Eine breitere kritische Auseinandersetzung mit Identität als einem ethnozentrischen, essentialistischen und zugleich schablonenhaft die Welt vereinfachenden Konzept entstand Ende der 1980er Jahre durch zwei Begriffe: Ethnisierung<sup>21</sup> und Identitätspolitik (*identity politics*).<sup>22</sup> Wesentlicher Ansatzpunkt der Kritik war, dass es in der Logik der Kategorie Identität und ihrer Nutzung als Analysebegriff liege, Entitäten mit Begriffen der Substanz und nicht etwa als im Prozess begriffen oder in Relationen stehend zu beschreiben.<sup>23</sup> Solche Substanzeigenschaften werden Entitäten durch die Identitätskategorie als etwas Beständiges zugeschrieben:

„Identitätslogik impliziert Klassifikation, Vereinheitlichung, Vergleichbarkeit und Totalisierbarkeit. Sie unterdrückt folglich Differenzen, (...). (...) die Logik der Identität (...) produziert dichotomisierende hierarchische Gegensätze wie innen/außen, Essenz/Zufall, gut/böse, normal/abweichend, Subjekt/Objekt, Geist/Körper, Natur/Kultur etc.“ (Aydin 2003: 13)

In den 1990er Jahren entwickeln Vertreter der *Post-colonial Studies* ihre theoretisch-systematische Kritik am essentialistischen Identitätsdenken mit einem Gegenentwurf. Homi K. Bhabha, Gayatri Chakravorty Spivak und Stuart Hall entwarfen in dieser Zeit eine Hybriditätskategorie als tragfähige

21 Vgl. zum Begriff Ethnisierung Breidenbach 2000; Nghi Ha 2004; Salzborn 2005: 5-10; Jäger 2006: 18-21. Vgl. zu den Prozessen der alltäglichen Ethnisierung und der Ethnisierung in der Wissenschaft Hinnenkamp 1990: 289, 293/294.

22 Vgl. zum Begriff *identity politics* Campbell 1998; Younge 2010; Lavie 2012. Vgl. auch die eindringliche Warnung des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan 1997 vor „*identity politics*“ als größter „Bedrohung des Friedens und des Fortschritts“ unserer Zeit, da die Suche nach kollektiver Identität von Entitäten zwangsläufig in Abgrenzung von Anderen stattfindet und mit Abwertung dialektisch verbunden sei. Zitiert nach Niethammer 2000: 10-13. Vgl. auch die Darstellung von Identitätspolitik bei Bergem 2005: 18.

23 Vgl. Young 1990: 98; Bergem 2005: 86/87.

Alternative zum Identitätsbegriff und vertraten sie als wünschenswerte Option (vgl. Aydin 2003: 16). Dieser Entstehungszusammenhang zeigt, dass mit der Hybriditätskategorie von Beginn an auch ein normatives, politisches Projekt verbunden war: Als subversive Kraft betonte es die Differenz des Marginalen gegen universalisierende Strukturen und Diskurse der hegemonialen Narrative und Institutionen (vgl. Hardt/Negri 2001: 139).

Gemeinsam ist diesen Entwürfen von Hybridität, dass sie die dem Identitätsdenken eigene binäre Logik auflösen, indem sämtliche Kulturen per se als uneinheitlich und gemischt gedeutet werden. Die gängige Vorstellung innerhalb des Identitätsdenkens von der Existenz reiner, fixierter und getrennter Entitäten und ihrer Vorfahren weisen die Theoretiker der Postcolonial Studies, Spivak, Hall und Bhabha, als Illusion zurück.<sup>24</sup> Hybridbildung wird im Zeitalter der Globalisierung als die im Vergleich zur Identität angemessenere Beschreibung sozialer Realität rezipiert, in der sich alle kulturellen Formationen im Prozess der Hybridbildung befinden. Zugleich ermöglicht der Hybriditätsbegriff, die Grenzen der eigenen kulturellen Zugehörigkeit auf nicht essentialistische Weise zu thematisieren (vgl. Aydin 2003: 16). In den angelsächsischen Sozialwissenschaften ist der Begriff Hybridität um 2000 herum zu einer Zentralkategorie geworden, wohingegen sich der Begriff in den deutschen Sozial- und Kulturwissenschaften nur langsam verbreitet.<sup>25</sup>

24 Kulturelle Identität hat in den Schriften Halls per se einen hybriden Charakter, jedoch ist die gegenwärtige Form der Hybridität durch eine spezifisch historische Konstellation kultureller Formationen und deren Artikulation bestimmt (vgl. Papastergiadis 2000: 273). Spivak hingegen verwendet den Begriff Hybridität als Metapher für kulturelle Identität (vgl. Papastergiadis 2000: 277). Homi K. Bhabha begreift den Hybriditätsbegriff als Medium, welches Konflikte innerhalb des kolonialen Diskurses erkennbar mache (vgl. Bhabha, 1994: 129/130; Bhabha 2012: 36).

25 So ist der Begriff in deutschsprachigen Lexika der Sozial- und Kulturwissenschaften oder der Philosophie nicht enthalten.

## **Zugehörigkeitskonzepte im Spannungsfeld von Ethnizität, Nationalität und Transnationalität**

Die Konzeptionalisierung von Identität, angewendet nicht auf Individuen, sondern auf Gemeinwesen, gründet im Wesentlichen auf einem Mythos, dessen Ursprünge mit der Gründung der europäischen Nationalstaaten zusammenhängen. Ihm liegt die Vorstellung zugrunde, nach der Staat, Volk, Sprache und Nation eine Einheit bilden. Schon damals entsprachen solche homogenen Konzeptionalisierungen nicht der Realität eines vielschichtigen Gefüges aus Sprachen, Kulturen und Konfessionen, geschweige denn der Staatenbildung (vgl. Hinnenkamp/Meng 2005: 7/8). Vielleicht bedeutet gerade deshalb die Konzeptionalisierung eines modernen Volks- und Nationsbegriffs einen folgeschweren Paradigmenwechsel. Denn erst mit der Vorstellung von einer Mehrheitsbevölkerung als Staatsvolk wurden andere Gruppen zu Minderheiten (vgl. Matter 1999: 64). So führte die im deutschen politischen Kontext des 19. Jahrhunderts verbreitete Vorstellung von Volk/Nation, die sich wesentlich auf Sprachgemeinschaft bezog (vgl. Koselleck 1992: 149-151), zu neuen Grenzziehungen in Gebieten, die seit langer Zeit zweisprachig geprägt waren, wie zum Beispiel Oberschlesien (vgl. Rexheuser 1992: 36/37).

Ebenfalls im 19. Jahrhundert liegen die Gründe dafür, dass in Deutschland stärker als in anderen Ländern kollektive Identität im Allgemeinen und nationale Identität im Besonderen Teil des politischen Diskurses wurden und blieben (vgl. Bergem 2005: 18/19, 136-139). Wie es bereits Niethammer für die Identitätskonzeption in den Schriften der Theoretiker der Zwischenkriegszeit herleitete<sup>26</sup>, fungiert Identität hier als Ersatztradition und behebt einen empfundenen Mangel. Gerade in Anbetracht der mangelnden staatlichen, strukturellen und sozialen Gemeinsamkeiten im 19. Jahrhundert

26 Vgl. Niethammer 2000: 77-411.



fokussierten sich die politischen Diskurse auf ein Konzept von Volk(sgeist),<sup>27</sup> das sich auf deutsche Sprachgebundenheit und später verstärkt auf Abstammung berief (vgl. Dittrich/Radtke 1990: 22). Aufgrund jener historischen Zusammenhänge spielt die Nation im Sinne einer Sprachgemeinschaft und Volkszugehörigkeit als Bezugspunkt kollektiver Identität in Deutschland bis heute eine vergleichsweise wichtige Rolle (vgl. Bergem 2005: 22), etwa im Gegensatz zu völlig anderen Vergemeinschaftungskonzepten in den USA. Denn ein ethnisch-kulturelles Verständnis des Nationalen war lange Zeit in Deutschland die einzige Grundlage nationaler Zugehörigkeit und zugleich staatlicher Legitimation.<sup>28</sup> Darauf basierte ein verbreiteter essentialistischer Sprach- und Kulturbegriff, der weder sprachliche Hybridität noch polykulturelles Selbstverständnis kennt und bis heute seine Legitimität nicht restlos verloren zu haben scheint.<sup>29</sup>

Dies spiegelt sich trotz der Einführung des Optionsmodells zum 1. Januar 2000 für in Deutschland geborene Kinder von Ausländern bis heute im Staatsangehörigkeitsrecht der Bundesrepublik Deutschland. Im Gegensatz zu Frankreich, wo die moderne nationale Staatsbürgerschaft konzipiert wurde und im Gegensatz zu der Tradition der angel-

sächsischen Länder<sup>30</sup> galt in Deutschland bis zur Reform in den 1990er Jahren die Abstammung als das entscheidende Kriterium für ein Anrecht auf die Staatsbürgerschaft.<sup>31</sup> Das erklärt auch die bemerkenswerte Offenheit des Einwanderungsgesetzes gegenüber sogenannten Aussiedlern aus Ost-, Mittelest- und Südosteuropa bis 1992,<sup>32</sup> die als „deutschstämmig“ und damit als „zugehörig“ definiert wurden. Zugleich erklärt das Abstammungsprinzip aber auch, warum Deutschland lange Zeit nicht als Einwanderungsland angesehen werden wollte. Dabei war es längst eines, wenn man die Zahlen zur Arbeitsmigration seit den späten 1950er Jahren betrachtete (vgl. Münz/Ohliger 1997: 14).

30 Napoleon operierte mit einem modernen Staatsbürgerbegriff auf der Grundlage des „*ius soli*“, der es erlaubte, eroberte Gebiete und ihre Bewohner in die französische Nation einzubinden und zu normieren. Während in Frankreich also mit der Begründung eines modernen Staatsbürgerschaftsbegriffs zugleich die Grundlagen für eine weitgehende Inklusion geschaffen wurden, orientierte sich der deutsche politische und philosophische Diskurs an Sprache und Abstammung und betonte mit dieser Verbindung letztlich deren exklusive Funktionen (vgl. Brubaker 1994: 62, 122-128).

31 In den USA und Großbritannien gilt das Prinzip des Geburtsorts („*ius soli*“), nicht das „*ius sanguinis*“ wie in Deutschland (vgl. Münz/Ohliger 1997: 14).

32 Zwischen 1988 und 1992 verließen ca. 583.000 Mitglieder der deutschen Minderheit Polen, 195.000 emigrierten aus Rumänien. Damit reduzierte sich die deutsche Minderheit in diesen Staaten innerhalb kürzester Zeit. Während die Asylmigration aus Polen, der ehemaligen Tschechoslowakei und Ungarn in den 1990er Jahren unbedeutend war, begann sie aus Rumänien und Bulgarien erst im Jahre 1991. Als Folge davon wurden verschiedene gesetzliche Regelungen auf den Weg gebracht, die zum Ziel hatten, die Aussiedlermigration zu regulieren und zu begrenzen. Durch das Aussiedleraufnahmegesetz von 1990 und das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1992 kam es zu Einschränkungen und indirekt zu einer Neubestimmung der deutschen Staatsangehörigkeit. Angehörige der deutschen Minderheiten aus Rumänien, Polen und anderen ostmitteleuropäischen Ländern sind seitdem vom Aussiedlerstatus und damit von der Möglichkeit des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft weitgehend ausgeschlossen, es sei denn, sie können nachweisen, persönlich ethnische Diskriminierung erlitten zu haben. Anders verhält es sich mit der Einwanderung von Aussiedlern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Ihre Einwanderung wird durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz geregelt und ist nach wie vor möglich. Allerdings haben Personen, die nach 1992 geboren wurden, seit dem Jahr 2010 keinen eigenständigen Rechtsanspruch auf Aussiedlung mehr (vgl. Münz/Ohliger 1997: 15, 29; Brubaker 1994: 222).

27 Vgl. die Darstellung in dem Artikel „Volk(sgeist)/Volksseele“ im Historischen Wörterbuch der Philosophie (Grossmann 2001: 1102-1107). Vgl. auch die Darstellung in dem Artikel „Volk/Nation“ im Lexikon Geschichtlicher Grundbegriffe (Koselleck 1992: 325-335).

28 Vgl. Brubaker 1994: 33. Eine partielle Abkehr vom Abstammungsprinzip zeigt sich 1993 und v. a. 2000 in der Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes: Nach dem sog. Optionsmodell ist ein Kind, dessen beide Eltern Ausländer sind Deutscher, wenn es nach dem 1.1.2000 in Deutschland geboren wurde und ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt seit 8 Jahren einen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland hat. Diese Kinder besitzen zumeist noch eine weitere Staatsbürgerschaft. Die endgültige Entscheidung über ihre Staatsbürgerschaft treffen sie im jungen Erwachsenenalter per Erklärung.

29 Vgl. Hinnenkamp/Meng 2005: 7; Krüger-Potratz 2005: 13-14.

Die Bundesrepublik Deutschland definierte sich nach wie vor als Ethnonation (vgl. Münz/Ohliger 1997: 14/27). Insofern hat eine durch bestimmte Konventionen nachgewiesene Zugehörigkeit zum deutschen Volk<sup>33</sup> nicht nur – wie oben beschrieben – erhebliche Konsequenzen für den möglichen Erwerb der Staatsbürgerschaft mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten, sondern auch Folgen für die gesellschaftliche und kulturelle Anerkennung innerhalb Deutschlands.<sup>34</sup> Das besondere Interesse der Bundesrepublik an deutschen Minderheiten in Osteuropa hat also nicht nur politisch-historische Gründe,<sup>35</sup> sondern auch solche, die in in der Tradition eines ethnozentrischen Selbstverständnisses verankert und als solche längst zweifelhaft geworden sind.<sup>36</sup> Dabei haben sich die Projekte bundesdeutscher Institutionen gerade in Bezug auf Minderheitenförderung in Osteuropa gewandelt. Mit Blick auf ein vereintes, transnational ausgerichtetes Europa wird deutschen Minderheiten seit geraumer Zeit die Funktion von „Brückenbauern“ in kultureller, sozialer und politischer Hinsicht zugesprochen.

## Gebrauch der Kategorien und Begriffe in der Studie

An dieser Stelle soll ein konstruktivistischer, nicht essentialistischer Gebrauch der Begriffe Identität und Hybridität reflektiert werden: Die Identität einer Gemeinschaft liegt in der Fähigkeit ihrer Mitglieder, sich als Zusammenschluss von Menschen mit bestimmten wesentlichen Gemeinsamkeiten zu

begreifen.<sup>37</sup> Diese Gemeinsamkeiten werden durch Merkmale definiert, die als Identität zusammengefasst werden können. Objektive Merkmale sind zum Beispiel eine gemeinsame Sprache, gemeinsame Landesgrenzen, die häufig auch die Gültigkeit von Währung und Gesetzen beschränken, gemeinsame politische Institutionen sowie politische und historische Ereignisse, die das Leben der Gemeinschaft geprägt haben. Tatsächlich werden diese objektiven Anteile jedoch erst durch die subjektive Zuschreibung zur Identität. Nämlich dann, wenn Institutionen und einflussreiche Akteure und Gruppen dieser Gemeinschaft definieren, welchen der Eigenschaften die Bedeutung einer Identitätsbildung zukommt (vgl. Bergem 2005: 149). Das drastischste Beispiel hierfür ist die identitätsbildende Zuschreibung der „arischen“ Bluts- und Rassengemeinschaft in Deutschland während des Nationalsozialismus, eine wirksame Vorstellung, die kurze Zeit später als Ideologie diskreditiert wurde und nicht mehr salonfähig war.<sup>38</sup>

Aber nicht nur für die vermeintlich objektiven Anteile einer Identität wie Sprache und Landesgrenzen gilt, dass sie erst durch die subjektive Bedeutungszuschreibung Gewicht bekommen. Die Vorstellung, einer gemeinsamen Kultur, zum Beispiel der abendländisch-europäischen anzugehören, die prägende Bedeutung, die dem Christentum zugeschrieben wird oder die Vorstellung von einer gemeinsamen Geschichte und Abstammung sowie die Vision von einer gemeinsamen Zukunft – all diese subjektiven Zuschreibungen schaffen durch das Handeln von Akteuren Realitäten.<sup>39</sup> Zugleich gilt, dass sich eine Gemeinschaft durch solche als

33 Durch Herkunftsnachweis der Familien, Familiennamen etc.

34 Zum Abgrenzungspotenzial von Differenz als Prämisse für Identifikation vgl. Bergem 2005: 89.

35 In diesem Zusammenhang wurde die historische Verantwortung für volksdeutsche Minderheiten im osteuropäischen und ostmitteleuropäischen Ausland erklärt, insbesondere für diejenigen, die unter Diskriminierung und Entrechtung als Folge deutscher Kriegsverbrechen gelitten hatten (vgl. Brubaker 1994: 157).

36 Vgl. Brubaker 1994: 224–229; Münz/Ohliger 1997: 29; Bergem 2005: 13.

37 Vgl. Bergmann 1985: 46. Zur Bedeutung der Reflexion von Gemeinsamkeiten durch die Gruppe vgl. auch Bergem 2005: 86/149.

38 Zur Dekonstruktion eines essentialistischen Verständnisses von Nation und Volk und seines ideologischen Gehalts vgl. Bergem 2005: 85.

39 Vgl. Datta 2005: 75; Bergmann 1985: 46.

identitätsbildend begriffene Gemeinsamkeiten klar von anderen Individuen und Gruppen abgrenzt oder diese sogar ausgrenzt.

Angelehnt an eine kulturtheoretisch orientierte Medien- und Kommunikationsforschung sollen in dieser Studie die beiden Kategorien der Zugehörigkeit – Identität und Hybridität – nicht als feste Entitäten verstanden werden. Identität und Hybridität sind vielmehr das Ergebnis eines „komplexen Prozesses der Artikulation“ (Hepp et al. 2009: 180), ein zeitweiliges Resultat aus gedeuteter kultureller Herkunft und ihrer Verfügbarkeit (etwa über Sprache, eine bestimmte Geschichte, ein bestimmtes Wissen, eine bestimmte kulturelle Praxis) und aktuellem Lebenskontext. Im Prozess dieser Artikulation – in unserem Falle in den Medien der Minderheiten – finden „zuvor bestehende Elemente zu einer situativen Identifikation“ (Hepp et al. 2009: 181). Identität und Hybridität sind nach Stuart Hall das Ergebnis von Positionen und Positionierungen und deren Artikulation (vgl. Hall 1990: 226). Aus dieser Definition ergeben sich zwei wichtige Eigenschaften. Identität und Hybridität sind veränderbar und nicht homogen. Der Prozess der Vergemeinschaftung findet hier im Wesentlichen über die Medien statt. In ihm sind Differenzen, Widersprüche und Konflikte im Marxschen Sinne „aufgehoben“, da die Wirkung und Wirkweise der Differenzen das Ergebnis der Vergemeinschaftung erst hervorbringt.

# 3.

## STRUKTURELLE MERKMALE DER DEUTSCHEN MINDER- HEITEN UND IHRER MEDIEN

### 3.1 Minderheit – Identität – Ethnizität

Die strukturelle Verfasstheit der deutschen Minderheiten unterliegt seit den Umbrüchen in den sozialistischen Staaten und dem Kollaps des Ostblocks – nunmehr also seit über 20 Jahren – einem deutlichen Wandel: Eine nicht unerhebliche Zahl an Mitgliedern verschiedener deutscher Minderheiten ist nach Deutschland ausgewandert. Dadurch verkleinerte sich deutlich die Gruppe der Deutschen beispielsweise in Rumänien oder in Polen. Diese Entwicklung verzögerte die Bundesregierung 1993 durch gesetzliche Zuwanderungshürden. Zugleich sorgten die Verbliebenen unter den Rahmenbedingungen veränderter rechtlicher Möglichkeiten in ihren Geburtsländern für eine kulturelle und politische Renaissance – in Form von Medienaktivitäten, Vereinsgründungen, Schulinitiativen oder politischen Interessensvertretungen.

Aber was bedeutet der Begriff „Minderheit“? Die Bezeichnung „deutsche Minderheit“ legt nahe, dass es sich bei diesen Gruppen um klar von einer Mehrheit unterscheidbare, homogene Gemeinschaften innerhalb der Länder Ost- und Ostmitteleuropas handelt. Dies entspricht jedoch nicht der Wirklichkeit:

„Assimilierung an die Mehrheit wie auch das Fortbestehen älterer ethnischer, nur regionaler Identitäten, doppelte Staatsangehörigkeit und selbst wechselnde oder doppelte ethnische Zugehörigkeitsgefühle existieren nebeneinander. Die Identitätsbildung unter den (...) untersuchten deutschen Minderheiten war im 20. Jahrhundert großen inneren und äußeren Veränderungen unterworfen.“ (Münz/Ohliger 1997: 13)

Tatsächlich sind die Strukturen, Institutionen und kulturell-sprachlichen Eigenheiten dieser Gruppen nur noch vergleichsweise gering ausgeprägt, so dass sie selbst von den Mehrheitsgesellschaften kaum als homogene Gruppe wahrgenommen werden. Dennoch war in den letzten 20 Jahren eine Renaissance zu beobachten, die einerseits mit neuen

Möglichkeiten zu tun hat, andererseits mit einem neuen Bewusstsein für das soziale Kapital als Gruppe. Beides führt zu neuen Formen der Vergemeinschaftung. Minderheiten sind „vorgestellte“ Gemeinschaften („*imagined communities*“)<sup>40</sup>, sie sind eine „gedachte Ordnung“, die im Wesentlichen auf der „Erfindung einer Tradition“ (Anderson 1996: 9) beruht. Zentral für die gedachte Ordnung der Minderheitengemeinschaft ist die Konstruktion von kulturellen und sozialen Grenzen. Die Vergemeinschaftung deutscher Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa beinhaltet keinen festen und unveränderlichen Kern von Sprache, Kultur und Tradition, sondern eine kulturelle und soziale Grenzmarkierung, die nicht unbedingt sehr stark ist. Häufig strukturiert die Selbstwahrnehmung als Minderheit gerade den die Gruppengrenzen überschreitenden Sozialkontakt. Die Zugehörigkeit zu einer derartigen Gemeinschaft schließt demnach die Loyalität gegenüber anderen Sozialformationen und Gruppen wie Nationalität, Geschlecht, Konfession oder Berufsgruppe keinesfalls aus (vgl. v. Rhaden 2000: 20).

Eine solche Beschreibung eignet sich für die Analyse der besonderen Situation von Minderheiten, insbesondere deutscher Minderheiten in Ost- und Mittelosteuropa. Denn die Zugehörigkeit zu einer der deutschen Minderheiten in den drei Ländern, die dieser Studie als Fallbeispiel dienen, brachte keine einheitliche ethnische, sprachliche oder nationale Identität hervor. Ihr Zugehörigkeits- und

40 Vgl. Anderson 1996: 6/7: „It [nation] is an imagined political community [...] It is imagined because the members of even the smallest nation will never know most of their fellow-members, meet them, or even hear of them. [...] The nation is imagined as limited because even the largest of them, encompassing perhaps a billion human beings, has finite, if elastic, boundaries, beyond which lie other nations. [...] it is imagined as sovereign because the concept was born in an age in which enlightenment and revolution were destroying the legitimacy of divinely-ordained, hierarchical dynastic realm [...] Finally, it is imagined as a community, because regardless of the actual inequality and exploitation that may prevail in each, the nation is always conceived as a deep, horizontal comradeship.“

Zusammengehörigkeitsgefühl war im 20. Jahrhundert ständigen inneren und äußeren – zum Teil gewaltsam herbeigeführten – Veränderungen unterworfen (vgl. Münz/Ohliger 1997: 13).

Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks eröffnen grundlegend reformierte Minderheitengesetze in den Ländern Ost- und Mitteleuropas sowie europäische und bundesdeutsche Förderung vielfältige Möglichkeiten einer Konsolidierung als kulturell-ethnische Gruppe und womöglich auch als Interessensgemeinschaft. Gleichzeitig – vielleicht gerade bedingt durch die allgemeine Öffnung der Gesamtgesellschaft der osteuropäischen und ostmitteleuropäischen Länder im Hinblick auf Arbeits- und Bildungsmigration – werden die Grenzen nationaler, kultureller und ethnisch definierter Gemeinschaften durchlässiger.<sup>41</sup> Das gilt sowohl für die Minderheitengruppen als auch für die Mehrheitsgesellschaft. Insofern entwickeln Minderheiten in diesen Ländern eine Zugehörigkeitsstruktur, die sich auf neue Weise als „vielfältig, brüchig und wandelbar“ (Finkenstedt 2012: 152) erweist. Auf neue Weise deshalb, weil die Minderheiten in den osteuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg unter erheblichen Druck standen, ihre kulturellen und sprachlichen Eigenheiten zu verbergen und jene sichtbaren Anteile, die mit der Mehrheitsgesellschaft identisch waren, zu betonen. Drohte ihnen zu diesem Zeitpunkt noch Diskriminierung, überwogen nach der Wende und insbesondere der Osterweiterung der EU die Vorteile der Minderheitenförderung im eigenen Land sowie der Bildungs- und Arbeitsmigration ins Ausland. Kenntnisse der Minderheitensprache und Kultur werden jetzt zum kulturellen und sozialen Kapital für Individuen, die sich zuvor der Mehrheitsgesellschaft zugerechnet haben. Die Frage nach Zugehörigkeit innerhalb des

Spannungsfelds von Ethnizität, Nationalität und Transnationalität ist immer auch „eine politische, die Grenzen und Differenzen abstastet, Zugehörigkeiten schafft oder verwehrt.“ (Finkenstedt 2012: 152)

### 3.2 Strukturelle Merkmale und Voraussetzungen

#### Polen

Die polnischen Behörden verweigerten bis zum Ende des kommunistischen Systems aus politischen und historischen Gründen eine offizielle gesetzliche Anerkennung der deutschen Minderheit.<sup>42</sup> Im Rahmen einer Politik der sogenannten „Verifizierung“ konnten sich die meisten nach 1945 im neuen polnischen Staat verbliebenen Deutschen als Nachkommen autochthoner Polen identifizieren lassen und damit der Vertreibung entgehen (vgl. Urban 2000: 76-80). Durch die „Repolonisierung“ deutscher Familiennamen wurden die Folgen der „Germanisierungspolitik“ der Nationalsozialisten rückgängig gemacht und zugleich ein Prozess der „Polonisierung“ sowohl im Hinblick auf Orts- und Familiennamen als auch im Bereich der Gesetzgebung in Gang gebracht.<sup>43</sup> Die Vorstellung von einem homogenen polnischen Nationalstaat wurde ohne Rücksicht auf tatsächlich vorhandene Minderheiten aufrechterhalten und in der Folgezeit durch verschiedene gesetzliche Vorgaben zum Siedlungsgebiet, Sprachgebrauch, Bildung und Kulturinstitutionen bestärkt.<sup>44</sup> In der unmittelbaren Nachkriegszeit kam es zu systematischen Diskriminierungen von Deutschen in Oberschlesien (vgl. Kneip 2000: 19). Zusammen mit den nur wenige Jahre zurückliegenden Ereignissen des Zweiten Weltkriegs, die mit

41 Die Auswirkungen der Globalisierung auf nationale und kulturelle Gemeinschaften bestehen in der Darstellung von Stuart Hall in der Ausprägung neuer „Identitäten“, nämlich „Hybrididentitäten“.

42 Vgl. Janusz 2007: 144-185; Bricke 1995: 63. 67-69; Sakson 1993: 224-238; Butmaloiu 2008: 37.

43 Vgl. Münz/Ohliger 1997: 11/12; Urban 2000: 80-86; Sakson 2008: 66-68, 71.

44 Vgl. Urban 2000: 80-86; Kneip 2000: 9-11.

fürchterlichen Verbrechen an der polnischen Zivilbevölkerung verbunden waren,<sup>45</sup> führte dies dazu, dass Familiengeschichten über Herkunft nur noch in Kurzfassungen vermittelt wurden (vgl. Leisero-witz 2008: 10/11). Deutsche Bildungseinrichtungen fehlten vollständig. Die deutsche Sprache wurde nicht mehr gelehrt und selbst aus dem privaten Raum der Familien zunehmend verdrängt. Die Folge: Zum Zeitpunkt des demokratischen Umbruchs beherrschte nach eigenem Dafürhalten weniger als ein Drittel der Minderheit die deutsche Sprache „gut“. Großzügigen Schätzungen zufolge sprachen zum Zeitpunkt der Wende 58.000 Menschen in Polen Deutsch als Muttersprache.<sup>46</sup>

Polen hat nach wie vor eine relativ große deutsche Minderheit. Bezeichnenderweise variieren die Zahlen je nach Quelle, Zählkriterien und Perspektive zwischen 126.000 und 600.000 (sic!). In Polen leben gemäß der Volkszählung von 2011 noch 126.000 Menschen, die sich zur deutschen Minderheit rechnen.<sup>47</sup> Nach Angaben des „Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen“ (VdG) sind es sogar 300.000, die sich jedoch größtenteils dem Druck einer strikten Assimilierung nach dem Krieg beugten.<sup>48</sup> Allein die Tatsache, dass Schätzungen zufolge 2004 etwa 200.000 bis 250.000 der in Polen lebenden Menschen die doppelte Staatsangehörigkeit besaßen, macht die strukturell bedingte

Uneindeutigkeit der Kategorie ethnische Zugehörigkeit in diesem Raum offensichtlich.<sup>49</sup>

Erst einige Jahre nach dem politischen Umbruch 1989 verabschiedete das polnische Parlament Gesetze, die den Deutschen jene Minderheitenrechte einräumten, die in Europa zum Standard gehörten.<sup>50</sup> Wesentlich war hierfür zunächst die Ratifizierung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit 1991 und die Verabschiedung des Gesetzes über die nationalen und ethnischen Minderheiten sowie die Regionalsprache im Jahr 2005. Seitdem kann Deutsch als „Hilfssprache bei allen Amtshandlungen“ eingesetzt werden. Orte, deren Bevölkerung zu mehr als 20 Prozent aus Deutschen besteht, können auf Antrag zweisprachig beschildert werden.<sup>51</sup>

Die deutsche Minderheit in Polen ist in zahlreichen Verbänden und Vereinen organisiert. Aktive Mitglieder deutscher Minderheitenorganisationen gehören überwiegend einer älteren Generation an. Viele Vereinigungen leiden an Überalterung (vgl. Kneip 2000: 24). Die meisten Gesellschaften haben sich 1990 im Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften (VdG) in der Republik

45 Vgl. Ausmaß und Zahlen bei Butmaloiu 2008: 35; Beyrau 1999a: 73-79.

46 Vgl. Zahlen bei Urban 2000: 155. Vgl. auch die Zahlen der Tabellen 6 und 7 über die Sprachkenntnisse von Aussiedlern im Vergleich zwischen Rumänien, Polen, UdSSR/GUS bei Münz/Ohliger 1997: 24/25.

47 Vgl. Butmaloiu 2008: 37. Vgl. auch die Zahlen in dem Sammelband „Gehen oder Bleiben? Die Situation der deutschen Minderheiten“ (Keller 2011: 11) und die deutlich höhere Zahl von bis zu 400.000 des Historikers Sakson (Sakson 2008: 64/65).

48 Vgl. Zahlen bei Bricke 1995: 66/67; Scholtz-Knobloch 2012: 5; Urban 2000: 76-80.

49 So muss die Tatsache, dass eine Person der deutschen Minderheit angehört, nicht bedeuten, dass sie sich zwangsläufig mit der Bundesrepublik oder mit der deutschen Kultur und Gesellschaft identifiziert. „Ein charakteristisches Merkmal für Bevölkerungsgruppen, die in gewissem Sinne am Rande einer Nation leben, kann die Vielfalt der Identifikationen sein. Man kann sich gleichzeitig für einen Deutschen, Polen und Masuren oder auch Ermländer halten“ (Sakson 1999: 152). Vgl. dazu auch Münz/Ohliger 1997: 12.

50 Eine erste offizielle Anerkennung der Existenz einer deutschen Minderheit gab es in einer gemeinsamen Erklärung der deutschen und polnischen Regierung vom 14. November 1989, die es den Mitgliedern der deutschen Minderheit in Polen ermöglichte, sich in Verbänden zur „Pflege von Sprache, Kultur und Tradition“ zusammenzuschließen (vgl. Kneip 2000: 22). Zum genauen Ablauf der schrittweisen Anerkennung vgl. Sakson 2008: 62-75.

51 Zum Streit über Ortsschilder und Straßennamen sowie zur Frage der Amtssprachen vgl. Urban 2000: 159-172.

Polen zusammengeschlossen. Der Verband wird aus verschiedenen Quellen in Deutschland und Polen finanziert und zählt fast 270.000 zahlende Mitglieder.<sup>52</sup>

Politisch ist die Minderheit im Wahlkomitee Deutsche Minderheit zusammengeschlossen, welches von der Fünf-Prozent-Hürde befreit ist und somit durch Abgeordnete im Parlament vertreten werden kann.<sup>53</sup> Auf regionaler Ebene ist sie in der Wojewodschaft Oppeln mit sechs Mandaten drittstärkste politische Kraft. Auf kommunaler Ebene stellt sie drei Landräte (im Kreis Oppeln, im Kreis Groß-Strehlitz und im Kreis Rosenberg), 49 Kreistagsabgeordnete und 25 Bürgermeister. Letztere regieren überwiegend in Städten Oberschlesiens, wo die deutsche Minderheit in der Kommunalpolitik sehr aktiv und auch mehrheitsfähig ist. Jugendliche organisieren sich im Bund der Jugend der Deutschen Minderheit (BJDM), da sie weniger durch Brauchtumpflege als vielmehr von Bildungsmöglichkeiten und beruflichen Perspektiven angesprochen werden.

Auch im Bildungsbereich wurde der VdG aktiv. Rund 30.000 Schüler erlernen Deutsch in bilingualen Schulen. Landesweit wird inzwischen an 132 Grundschulen muttersprachlicher Deutschunterricht als Zusatzunterricht angeboten (vgl. Butmaloiu 2008: 37). Beklagt wird jedoch, dass im Gegensatz zu Rumänien keine Schulen existieren, in denen ausschließlich auf Deutsch unterrichtet wird. Seit dem Schuljahr 1999/2000 gibt es in Oppeln ein Gymnasium mit Deutsch als Unterrichtssprache (vgl. Kneip 2000: 24). In fast der Hälfte der Pfarrgemeinden der Diözese Oppeln werden Gottesdienste in deutscher Sprache abgehalten (vgl. Sakson 2008: 70). Bemerkenswert ist, dass der VdG nicht nur für die Mitglieder der Minderheit, sondern für die

ganze Region um Zweisprachigkeit wirbt.<sup>54</sup>

Die Informations- und Meinungsfreiheit wird von der deutschen Minderheit sowohl auf der Ebene der Printmedien als auch im Internet intensiv genutzt.<sup>55</sup> Die größte deutschsprachige Zeitung ist das polenweit orientierte, wöchentlich erscheinende „Wochenblatt“. Artikel werden dort in deutscher und polnischer Sprache gedruckt. Auch im Sinne des vom VdG vertretenen Konzepts einer „Region der Zweisprachigkeit unabhängig von der Herkunft“ gibt es in den Printmedien interessante Entwicklungen: Die deutsch-polnische Zeitung „Region“ informiert zu allen Fragen, die das Zusammenwachsen des deutsch-polnischen Grenzgebiets betreffen. Und die deutschsprachige Online-Zeitung polen-am-morgen.pl bietet Zusammenfassungen von Beiträgen zahlreicher polnischer Tageszeitungen. Beide Medien werden zwar nicht von der deutschen Minderheit produziert, ihre Existenz hat jedoch mit der deutschen Minderheit zu tun.

Im Fernsehen gab es etliche Versuche ein Magazin zu institutionalisieren, was immer wieder an der Finanzierung scheiterte. Mit dem Magazin „Schlesien Journal“ hat die deutsche Minderheit seit 1992 mit gewissen Unterbrechungen eine wöchentliche Fernsehsendung. Das „Schlesien Journal“ wird von der Produktionsgesellschaft Pro Futura GmbH im Auftrag der deutschen Minderheit produziert.<sup>56</sup> Im Hörfunk gibt es zehn regelmäßige Radiosendungen auf Lokalsendern. Dazu gehören „Radio Olsztyn“, „Radio Oppeln“, „Radio Park“, „Radio Vanessa“ sowie das deutsch-polnische „Radio Mittendrin“.

54 Zu den Bemühungen des Oppelner Woiwoden vgl. Urban 2000: 157. Siehe auch das Interview „Wir werben für Zweisprachigkeit“ des Vorsitzenden des Verbands der deutschen Sozialkulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) (vgl. ifa 2012: 5).

55 Der VdG betreibt die umfangreichste Internetseite, gefolgt von der Homepage des Bunds der Jugend der Deutschen Minderheit.

56 Das „Schlesien Journal“ startete 1992 beim Sender TVP3 Katowice. Heute wird die Sendung wöchentlich auf TVP Opole und TVP Katowice gesendet.

52 Vgl. Urban 2000: 129-134; Kneip 2000: 23.

53 Zur Entwicklung der Repräsentanz im Sejm vgl. Urban 2000: 121-129; Scholtz-Knobloch 2012: 4; Butmaloiu 2008: 37.



## Rumänien

Angehörige der deutschen Minderheiten in Rumänien lebten traditionell überwiegend in zwei Siedlungsgebieten: dem der katholischen Banater Schwaben an der Grenze zum ehemaligen Jugoslawien und Ungarn sowie dem der protestantischen Siebenbürger Sachsen im Karpatenbogen.<sup>57</sup> Trotz der konfessionellen, räumlichen, sozialen und linguistischen Unterschiede, die die verschiedenen Gruppen der Deutschen in Rumänien voneinander trennten,<sup>58</sup> erhielten sie nach dem Zweiten Weltkrieg die deutsche Sprache und eine jeweils eigenständige Kultur, die sich von der rumänischen der Mehrheitsgesellschaft unterschied. Trotz der Enteignung der Rumäniendeutschen nach 1945 und der Zwangsumsiedlungen und Diskriminierungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit (Buru et al. 2011: 50-52, 57), blieb ihnen als Gruppe ein gewisser Spielraum für kulturelle und sprachliche Autonomie, den sie auch nutzten: Deutsch blieb die Unterrichtssprache der weiterhin existierenden deutschen Schulen, wenn auch nach 1945 unter der Kontrolle der Zentralregierung in Bukarest.<sup>59</sup> Deshalb hat die Mehrheit der Angehörigen dieser Gruppe neben dem Rumänischen noch heute gute bis sehr gute deutsche Sprachkenntnisse und pflegt ihre Zweisprachigkeit.<sup>60</sup>

Nach der rumänischen Revolution im Dezember 1989 verließen innerhalb von sechs Monaten 100.000 Menschen – knapp die Hälfte der damaligen Bevölkerung mit deutschen Wurzeln – das Land

in Richtung Bundesrepublik Deutschland.<sup>61</sup> Gemäß der Volkszählung von 2011 gehören nur noch 45.000 bis 50.000 Menschen zur deutschen Minderheit,<sup>62</sup> bei der Volkszählung 2002 waren es noch fast 60.000, wobei die Erhebung es den Bürgern freistellte, Angaben zu ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu machen.<sup>63</sup> Diese kleine Gruppe ist von Überalterung geprägt (vgl. Jung 2011: 45/46). Rumänien betonte offiziell in den 1990er Jahren immer wieder, dass man die Abwanderung in die Bundesrepublik sehr bedauere. Auch innerhalb der rumänischen Mehrheitsgesellschaft genießt die deutsche Minderheit bis heute Anerkennung.<sup>64</sup>

Seit 1998 ist durch das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz der nationalen Minderheiten der Status der Minderheiten in Rumänien rechtlich geregelt. Zudem garantiert die Verfassung das Recht nationaler Minderheiten auf „Bewahrung, Entwicklung und Äußerung ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität“.<sup>65</sup>

In Ortschaften mit einem Bevölkerungsanteil von über 20 Prozent kommt die Minderheitensprache als Verwaltungssprache zur Anwendung. In Rumänien haben die Minderheiten ihre eigene Fraktion und erhalten unabhängig von ihrer Größe ein Mandat, sind also parlamentarisch vertreten. Ange-

57 Vgl. Münz/Ohliger 1997: 10; Juller 2008: 237/238.

58 Vgl. Fußnote 18 bei Münz/Ohliger 1997: 10.

59 In Rumänien gab es schon 1947 wieder ein umfassendes deutschsprachiges Schulwesen für die deutschen Minderheiten (vgl. Dingeldein 2010: 73).

60 Vgl. die Tabellen 6 und 7 über die Sprachkenntnisse von Ausiedlern im Vergleich Rumänien, Polen, UdSSR/GUS bei Münz/Ohliger 1997: 10, 24/25.

61 Vgl. den genauen Ablauf von der Beantragung eines „Aufnahmebescheids“ bei der Deutschen Botschaft in Bukarest bis zur tatsächlichen Auswanderung. Die Folgen dieser Abwanderung waren in den überwiegend von Deutschen bewohnten Dörfern und Städten gravierend (vgl. Jung 2011: 38/39/40). Für die Auswirkungen des Massenexodus auf das gesellschaftliche und kulturelle Leben der deutschen Minderheit vgl. Rammelt 2011: 69-71.

62 Vgl. die Angaben des Abgeordneten des „Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien“ (DFDR), Ovidiu Ganț, im Interview (ifa 2012: 9).

63 Vgl. Juller 2008: 233; Philippi 2000: 30.

64 Vgl. Aukerman 1995: 110. Zum Bewusstsein der rumänischen Kultur und ihrem besonderen, respektvollen Verhältnis zur deutschen Kultur und zur deutschen Minderheit vgl. Deutsches Kulturforum östliches Europa 2003: 12.

65 Vgl. Nelepucu 2012: 8; Juller 2008: 233/234.

hörige der deutschen Minderheiten, die sich bewusst zum Verbleib in der Heimat entschieden, gründeten 1990 als ihre Interessensvertretung das „Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien“.<sup>66</sup> In neun Kommunen gelang es dem Forum, zu überzeugen – nicht als Interessensvertretung der Minderheit, sondern als politische Kraft. In diesen Städten, in denen die deutsche Bevölkerung meist einen verschwindend geringen Prozentsatz ausmacht, erhielt das Forum die Mehrheit der Stimmen und stellt den Bürgermeister.<sup>67</sup> Die deutsche Minderheit begreift Rumänien ihrerseits als ihr Land und ihren Gestaltungsraum und beabsichtigt nicht, sich politisch oder kulturell zu separieren. Sie sieht ihre Aufgabe darin, allgemeinpolitisch zu agieren<sup>68</sup> und sowohl in der Kommunal- und Kreisverwaltung Verantwortung zu übernehmen als auch in Bezug auf die Beziehungen zu Institutionen der Bundesrepublik Deutschland.<sup>69</sup>

Seit 2008 ist die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprache in Rumänien gültig, die der deutschen Minderheit die Möglichkeit eines eigenen Bildungssystems mit Unterricht auf Deutsch als Muttersprache bietet (vgl. Juller 2008: 234/239). Das fördert die ohnehin vorhandene ausgeprägte Sprachbindung an das Deutsche – eine Tatsache, welche die einzige überregionale deutschsprachige Minderheiten-Tageszeitung in Osteuropa am Leben

hält.<sup>70</sup> Zugleich haben sich klassische Minderheiten-Publikationen bewusst entschieden, ihre Zielgruppe zu erweitern. So hat sich zum Beispiel die „Hermannstädter Zeitung“ (HZ) sowohl gegenüber Rumänen mit deutschen Sprachkenntnissen geöffnet als auch gegenüber sogenannten deutschen Expats, die in der Region Hermannstadt/Sibiu arbeiten, berichtet die Chefredakteurin Beatrix Unger. Seit der Revolution 1989 existieren deutschsprachige Bildungseinrichtungen, die im Gegensatz zu Polen und Ungarn nicht zweisprachig orientiert sind, sondern in denen tatsächlich auf Deutsch unterrichtet wird, nicht mehr nur für die deutsche Minderheit (vgl. Dingeldein 2010: 77). Die Klassen des deutschen Brukenthal-Gymnasiums in Hermannstadt bestehen beispielsweise zu 90 Prozent aus rumänischen Schülern.<sup>71</sup>

## Ungarn

In Ungarn sind die verbliebenen 132.000 Angehörigen der Minderheit, die sich bei der Volkszählung von 2011 als deutsch registrieren ließen, weitgehend vom integrativen Zusammenleben über mehrere Jahrhunderte mit den Ungarn und den übrigen Völkern des Karpatenbeckens geprägt<sup>72</sup> und somit heute fast vollständig mit der ungarischen Mehrheitsgesellschaft identifiziert.<sup>73</sup> Aufgrund dieser Ver-

66 Vgl. Philippi 2000: 42-44; Juller 2008: 233/234.

67 Ein Beispiel ist Hermannstadt (Sibiu). Vgl. auch das Interview mit dem Abgeordneten des „Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien“ (DFDR), Ovidiu Ganț (ifa 2012: 9).

68 Jüngstes Beispiel eines solchen Engagements ist die parlamentarische und mediale Debatte über den Goldabbau in Rumänien durch eine kanadische Firma. Hier gelang es politischen Vertretern der deutschen Minderheiten, durch eine klare Positionierung gegen eine umwelttechnisch riskante Abbaumethode zu agitieren und jenseits der Interessensvertretung der deutschen Minderheiten allgemeinpolitisch Einfluss auszuüben.

69 Vgl. das Interview mit dem Abgeordneten des „Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien“ (DFDR), Ovidiu Ganț (ifa 2012: 9). Für eine detaillierte Auflistung der Aktivitäten des DFDR vgl. Philippi 2000: 42-44.

70 Gemeint ist die „Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien“, die vom DFDR herausgegeben wird.

71 Vgl. Jung 2011: 8. Zu den Auswirkungen der Auswanderung auf das deutschsprachige Schulwesen in Rumänien vgl. Jung 2011: 40.

72 Schon an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert sind bewusste kulturelle Anpassungsprozesse wie zum Beispiel der Erwerb der ungarischen Sprache als Zweitsprache für den beruflichen Aufstieg zu beobachten. Die ethnische Zugehörigkeit spielte innerhalb der eigenen Interessenslage eine untergeordnete Rolle und wirkte sich daher als Bezugsgröße kaum aus. Vgl. Seewann 2004: 1/4/5.

73 Diese Identifikation hat wesentlich mit einem über Jahrhunderte laufenden freiwilligen Anpassungsprozess und einer spezifischen Ausprägung des Wir-Gefühls im Donau-Becken zu tun und weniger mit der Vertreibung und gesetzlichen Diskriminierung durch die ungarischen Regierungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Vgl. Seewann 1994: 133-138; Tóth 2007: 266/267.

wurzelung gab es auch nach der Wende keine nennenswerte Abwanderung der deutschen Minderheit in die Bundesrepublik (vgl. Rexheuser 1992: 31/32).

Obwohl die ungarische Verfassung von 1949 und die modifizierte Verfassung von 1972 die Eigenständigkeit und die Rechte der anerkannten Nationalitäten – und dazu gehörte die deutsche Minderheit – garantierte,<sup>74</sup> war die Sprachbindung an das Deutsche Ende der 1980er Jahre äußerst schwach und auf Familie und Verwandtenkreis beschränkt. Nur in Dorfgemeinschaften hatte sich die deutsche Muttersprache als Mischmundart noch erhalten. Die meisten Dialektsprecher gehörten der älteren Generation an, in der jüngeren Generation gab es kaum noch Mundartkompetenz.<sup>75</sup> Das Ungarische war die erste Sprache, die Zweisprachigkeit war bei den Jüngeren eher passiv als aktiv vorhanden.<sup>76</sup> Obwohl die rechtlichen Rahmenbedingungen der Deutschen in Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich besser waren als jene der deutschen Minderheit in Polen, hatte dies nicht die gleichen Auswirkungen wie in Rumänien (vgl. Meiners 1990: 279). Im ganzen Land verteilt, ohne ausgeprägte Identifikation, schien die deutsche Kultur Ende der 1980er Jahre in Ungarn nahezu ausgestorben.<sup>77</sup> Lediglich 32.000 Menschen gaben als Muttersprache das Deutsche an. Man kann aber davon ausgehen, dass diese Angabe zur deutschen Sprachbindung sehr optimistisch ist und nur die wenigsten tatsächlich von Kindheit an in der Familie Deutsch sprachen (vgl. Korb 2012: 18).

Seit 1993 sichert ein progressives Minderheitengesetz die kulturelle Autonomie der Minderheiten im Sinne einer staatlich initiierten positiven Diskriminierung.<sup>78</sup> Damit hat der Staat auf gesetzlicher und institutioneller Ebene die Initiative zur politischen und kulturellen Förderung von Minderheiten ergriffen.<sup>79</sup> Seit 1995 existiert eine Landesverwaltung der Ungarndeutschen (LdU) als politisches und kulturelles Repräsentationsorgan (vgl. Bricke 1995: 99). Diese Landesselbstverwaltung bildet die Dachorganisation für insgesamt 423 lokale Minderheitenselbstverwaltungen und über 500 ungarndeutsche Vereine und Kulturgruppen. Auch im kulturellen und sprachpolitischen Bereich entwickelten sich nach der Wende zahlreiche Initiativen, deutsche Vereine und Kulturgruppen, inzwischen gibt es über 500 (vgl. Korb 2012: 19).

Den Jüngeren stehen für den Spracherwerb sekundäre Sozialisationsinstanzen wie zweisprachige Kindergärten, bilinguale deutsche Nationalitätenschulen (die nicht nur den Kindern der Minderheit offen stehen und von Anfang an eine bestimmte Zahl an Deutschstunden anbieten sowie einzelne Fächer auf Deutsch unterrichten), bilinguale Gymnasien und Hochschulen zur Verfügung (vgl. Kappel/Tichy 2010: 22). Hier wird Deutsch entweder als Fach mit fünf Wochenstunden angeboten oder als Nationalitätenzweig, bei dem 50 Prozent der Unterrichtsstunden auf Deutsch angeboten werden.

2011 wurde in Ungarn ein neues Nationalitätengesetz verabschiedet, welches das von 1993 ersetzte. Im Unterschied zu Polen, wo zweisprachige Ortschil-

74 Vgl. Nelde 1990: 21; Szende 1990: 185-188.

75 Vgl. Richter 2008a: 192; Will 1990: 103/104.

76 Vgl. Spannenberger 2004: 82; Komlós-Knipp 1996: 127-131. Die Volksrepublik Ungarn ermöglichte Deutschunterricht für ungarndeutsche Kinder in Kindergarten und Grundschule. Es existierten drei Nationalitätengymnasien, an denen Deutsche Literatur und Grammatik, Geschichte und Geographie in deutscher Sprache unterrichtet wurden (vgl. Muráth 1990: 131; Szende 1990a: 78-80).

77 Bis zur Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen zu Ungarn blieben für ungarndeutsche Eltern die Vorteile einer Zweisprachigkeit völlig abstrakt (vgl. Szende 1990: 193-194; Bradean-Ebinger 1990: 226-227; Seewann 2004: 8/9).

78 Dies bedeutet das Recht auf staatlich finanzierte lokale, regionale und landesweite Selbstverwaltungen (vgl. Richter 2008: 206; Bricke 1995: 96; Spannenberger 2004: 73-74).

79 Zu den wichtigsten staatlichen Institutionen für die Minderheiten gehören: Das Amt für Nationale und Ethnische Minderheiten, der Ombudsmann im Parlament für die Nationalitäten- und Minoritätenrechte sowie die Regierungsstiftung für Ethnische und Nationale Minderheiten in Ungarn (vgl. Richter 2008: 206; Seewann 2004: 8).

der erst in Kommunen mit mindestens 20 Prozent Zugehörigen zu nationalen Minderheiten beantragt werden können, besteht diese Möglichkeit in Ungarn bereits in Kommunen, in denen sich mindestens 10 Prozent zu einer Nationalität bekannt haben. In solchen Gemeinden können Amtshandlungen auf Antrag auch in der Nationalitätensprache durchgeführt werden. Darüber hinaus regelt das „Gesetz CLXXIX vom Jahre 2011 über die Rechte der Nationalitäten“ umfassend individuelle und kollektive Minderheitenrechte: das Recht auf kulturelle Selbstverwaltung, das Recht auf Gebrauch der Muttersprache und muttersprachlichen Unterricht, das Recht auf eigene Medien und auf Bildungsautonomie. Das Gesetz ermutigt die Selbstverwaltung. So werden zunehmend Kultur- und Bildungseinrichtungen in Finanz- und Verwaltungsautonomie der Minderheiten übernommen. Die Minderheitenvertreter versuchten zu erreichen, dass in dem neuen Gesetz ihre parlamentarische Vertretung festgeschrieben wird, was ihnen bislang nicht gelang.<sup>80</sup> Jedoch versprach die Regierung, die Frage der parlamentarischen Vertretung über das Wahlgesetz zu regeln.

Aus Sicht der deutschen Minderheit besteht damit die Hoffnung auf eine lang ersehnte nationale und landesweite Vertretung im Parlament, die sie zu den Wahlen 2014 anstreben wird.<sup>81</sup> Die ungarische Politik schuf mit den genannten gesetzlichen Grundlagen und mit neuen infrastrukturellen Rahmenbedingungen solide gesetzliche Rahmenbedingungen für den Fortbestand der ethnischen Minderheiten. Der Staat nahm hierbei eine stark paternalistische Haltung gegenüber den Minderheiten ein, die sich jedoch streckenweise weniger an deren Bedürfnissen orientierte, als vielmehr auf die außenpolitische Wirkung dieser Gesetzgebung in Europa abzielte (vgl. Spannenberger 2004: 78). Zugleich besteht ei-

ne Differenz zwischen den gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Bereitschaft, diese im Detail zu erfüllen.<sup>82</sup>

Zugleich zeigt sich, dass die deutsche Minderheit in Ungarn diese formalen Bedingungen bislang nicht in vollem Umfang nutzen konnte. So wurde zum Beispiel erst vor wenigen Jahren eine Strategie für den Erhalt der deutschen Sprache innerhalb der Gemeinschaft entwickelt. Auch der Prozess der Übernahme von kulturellen Institutionen in die ungarndeutsche Selbstverwaltung ist noch nicht abgeschlossen. Zudem fällt es der deutschen Minderheit in den vorgesehen Interessensorganen äußerst schwer, eine erkennbare Interessenspolitik zu artikulieren und zu verfolgen.<sup>83</sup>

In Anbetracht der geringen Sprachfähigkeiten und einer insgesamt schwachen Bindung an deutsche Kultur hat die „Landesverwaltung der Ungarndeutschen“ „Erhalt und Förderung der deutschen Sprache, des geistigen Kulturerbes, der geschichtlichen Traditionen und der Identität“<sup>84</sup> als Ziele formuliert.<sup>85</sup> Im Sprachbereich erarbeitete die

82 Darauf weist Kristina Arnold, Redakteurin für das deutschsprachige Radio und Fernsehen sowie der „Neuen Zeitung“ im Interview mit der Autorin hin. Insbesondere seit der Finanzkrise geraten die Medien durch massive finanzielle Einsparungen unter Druck. Zum 1. Januar 2011 trat ein Mediengesetz in Ungarn in Kraft, das laut dem Medienbeauftragten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) den Regelungen autoritärer Regime entspricht. Überwacht werden die Medien durch eine neu gegründete Medienbehörde.

83 Das hat nicht nur mit einer grundsätzlichen strukturellen Schwäche, sondern auch mit der mangelnden historischen Erfahrung mit einer eigenständigen ethnisch orientierten Interessenspolitik zu tun (vgl. Spannenberger 2004: 82–83).

84 Vgl. Gespräch mit der Leiterin der Geschäftsstelle der Landesverwaltung der Ungarndeutschen, Olivia Schubert (ifa 2012: 19). Die genannten Ziele wurden bereits Ende der 1980er Jahre erkannt und von Seiten der Minderheit in Angriff genommen, jedoch über zehn Jahre hinweg ohne einschlägigen Erfolg (vgl. Kern 1990: 302).

85 Vgl. hier die Analyse zu den mangelnden Möglichkeiten eines „Identitäts-Managements“ innerhalb der ungarndeutschen Strukturen bei Seewann 2004: 8, 9.

80 Vgl. „Neue Zeitung“ vom 6. Mai 2011: 1/3.

81 Vgl. das Interview mit der Leiterin der Geschäftsstelle der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, Olivia Schubert (ifa 2012: 19).

Landesselbstverwaltung die Konzeption eines Bildungswesens, das vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung Spracherwerb fördern und Sprachbildungsangebote bereitstellen soll.<sup>86</sup> Durch die Übernahme von ungarndeutschen Institutionen wie zum Beispiel Schulzentren in eigene Trägerschaft soll die kulturelle Autonomie gesichert werden.<sup>87</sup>

Wichtig für die vorliegende Untersuchung ist die Frage, an welchen Aspekten und Kategorien sich die Zugehörigkeit dieser Gruppe in Ungarn festmacht. Im Gegensatz zu der geradezu erstaunlichen Inklusionskraft, die Angehörige der deutschen Minderheit auf die rumänische Gesamtgesellschaft ausüben, scheint es in Ungarn bislang in die andere Richtung zu gehen. Die deutsche Minderheit verfügt über kein besonders gut funktionierendes zweisprachiges Schulsystem, geschweige denn über ein deutschsprachiges, und sie besitzt auch kein ausgeprägtes Wir-Gefühl. In ihrem Selbstverständnis ist sie auf Ungarn bezogen.<sup>88</sup> Minderheitenorganisationen schätzen die Zahl der Personen mit deutscher Bindung auf mindestens 220.000, eine symptomatische Differenz zu den erhobenen Daten, die entweder auf ein geringes Wir-Gefühl der Gemeinschaft oder auf ein bewusst gepflegtes mehrfaches bzw. situationsbedingt wechselndes Zugehörigkeitsgefühl verweist.<sup>89</sup> Immerhin wuchs die Zahl der ungarischen Staatsbürger, die als Nationalität „deutsch“ angaben,

von 62.000 bei der Volkszählung im Jahre 2001 auf 132.000 im Jahre 2011.<sup>90</sup> Diese Verdoppelung hängt nicht nur mit der gewachsenen Bereitschaft zusammen, sich zur deutschen Nationalität zu bekennen, sondern auch mit der seit 2011 bestehenden Möglichkeit, zwei Nationalitäten anzugeben.

### 3.3 Medien und Minderheiten

Die Bedeutung der Medien für den Fortbestand und das Wir-Gefühl ethnischer Minderheiten ist unbestritten (vgl. Kriwak/Pallaver 2012: 8). Seit jeher strukturieren Medien die Wirklichkeit – auch die von Minderheiten: ihr Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft bzw. zu anderen gleichsprachigen Communities (vgl. Sommerauer 2012: 102). Nicht zufällig gründen die meisten größeren Migrationsgemeinschaften kurz nach ihrem Entstehen eigene Medien. Sie bieten Unterstützung und Dienstleistungen, ermöglichen Informationsflüsse und fördern die Meinungsbildung.<sup>91</sup> Davon zu unterscheiden ist die besondere Bedeutung von Medien für alteingesessene Minderheiten, die auf eine lange Tradition zurückblicken, ihren Platz in der Mehrheitsgesellschaft haben und häufig die Sprache der Umgebung mindestens so gut wie die Sprache ihrer Minderheit beherrschen, wenn nicht sogar besser.<sup>92</sup> In ihrem Fall ist der Fortbestand von Medien oder deren Neugründung Ausdruck ihrer besonderen Verfasstheit als Gruppe. Welche Funktionen übernehmen die Medien für diese Gruppen – die deutschen Minderheiten in Polen, Rumänien und Ungarn – bislang bzw.

86 Vgl. Korb 2012: 19. Motivierend für den Erwerb der deutschen Sprache könnten für die junge Generation die positiven Signale aus der Wirtschaft und der erweiterte europäische Horizont, konkret die EU-Mitgliedschaft Ungarns seit dem 1. Mai 2004 sein.

87 Vgl. Interview mit Schubert (ifa 2012: 19).

88 Vgl. Richter 2008: 214; Seewann 1992: 139-155.

89 Vgl. Zahlen bei Richter 2008: 206/112; Bricke 1995: 97. Viele Minderheitenangehörige verstehen sich heute bewusst als Träger einer Doppelidentität. Das dürfte auch einer der Gründe sein, warum keine verlässlichen Angaben zur Gesamtzahl der Minderheiten in Ungarn vorliegen. Je nach Situation begreifen sich manche Personen als ungarisch zugehörig oder als deutsch zugehörig, das Ergebnis mag als „situative Identität“ bezeichnet werden; vgl. von Rahden 2000: 20 zum Begriff der „situativen Ethnizität“.

90 Vgl. die Zahl von 62.000 in der Publikation des Goethe-Instituts (Keller 2011: 11).

91 Dafür gibt es unzählige Beispiele in Gegenwart und Geschichte. Ein aktuelles Beispiel ist die Bedeutung und Funktion von pakistanischen Wochenzeitungen und Printmedien für rund 40.000 pakistanische Migranten in Barcelona (vgl. Finkenstedt 2012: 164-168). Ähnlich bedeutsam ist die Medienlandschaft der russischsprachigen Migrationsgemeinschaft in Israel, die sich in den 1990er Jahren herausbildete (vgl. Bohlen 2014).

92 Dies gilt im Grunde für sämtliche heutige deutsche Minderheiten in Osteuropa.

neuerdings? Welche Möglichkeiten bieten sich durch Onlineformate und welche Folgen haben diese? Inwiefern wird die Funktion spezifischer Minderheitenmedien durch die Möglichkeit, über das Internet in der Muttersprache mit anderen transnational bestehenden Gemeinschaften zu kommunizieren und Informationen zu suchen, zumindest für die jüngere Generation außer Kraft gesetzt?

Als Minderheit Medien zu produzieren und zu konsumieren, ist grundsätzlich eine wichtige Form der Interaktion und sozialen Vernetzung innerhalb einer Gruppe. Die Beteiligten erzeugen damit soziales Kapital (vgl. Bourdieu 1983: 190/191). Durch eine solche Vernetzung können sie gezielt auf materielle und immaterielle Ressourcen und Leistungen zugreifen und diese für sich als Gruppe oder auch als Individuen nutzbar machen (vgl. Russmann 2012: 115). Soziales Kapital ist ein Schlüsselmerkmal von Gemeinschaften (vgl. Coleman 1988: 96): Nur solange es aktuell oder potenziell existiert, existiert eine Gemeinschaft. Soziales Kapital setzt im weitesten Sinne institutionalisierte soziale Beziehungen voraus, die Ressourcen beinhalten, die den Individuen oder dem Kollektiv Vorteile verschaffen (vgl. Henning 2010: 180). So wirft das Absterben bzw. Fehlen jeglicher institutionalisierter sozialer Interaktionen wie gemeinsame Treffen, Kulturkreise, Pflege der eigenen Sprache, Bildungsinitiativen und Bildungseinrichtungen sowie eigene Medien die berechtigte Frage nach der Existenz der Minderheit auf.<sup>93</sup> Als Beispiel eines solchen Prozesses kann das Schicksal der mittleren Nachkriegsgeneration der deutschen Minderheit in Polen angeführt werden. Soziales Kapital in Form von Vernetzung als Medienproduzenten und Medienkonsumenten für die Beteiligten verfügbar zu machen, ist insofern von zen-

traler Bedeutung für eine Gemeinschaft: Je größer und vielfältiger die Vernetzungsmöglichkeiten sind, desto größer ist die Möglichkeit, auf soziales Kapital zuzugreifen und dieses durch Kooperations- und Tauschbeziehungen unter den Gruppenmitgliedern nutzbar zu machen.<sup>94</sup>

Durch die Produktion und den Konsum deutschsprachiger Medien, die aufgrund dafür erforderlicher Sprachkenntnisse nur einer bestimmten Gruppe oder Gemeinschaft zugänglich sind, wird soziales Kapital abrufbar. Die von Bourdieu und auch Coleman noch behauptete notwendige Geschlossenheit einer Gruppe für den Nutzen von sozialem Kapital ist in neueren Studien widerlegt worden.<sup>95</sup> Diese betonen gerade den Vorteil für das soziale Kapital, der durch Brücken und Durchlässigkeit entsteht (vgl. Henning 2010: 180). Dieser These schließt sich die vorliegende Studie gerade in Anbetracht der neuesten Entwicklungen im Zeichen der Globalisierung an: Minderheiten sind auf Interaktion sowohl mit der Mehrheitsgesellschaft als auch mit der Ursprungsgesellschaft angewiesen, wenn sie als solche überleben wollen.<sup>96</sup> Zugleich wirken diese Aktivitäten gemeinschaftsbildend und erweitern damit das Potenzial des sozialen Kapitals. In traditionellen Medien wie Printmedien, Hörfunk und

94 Zur kommunikativen Vernetzung ethnischer Minderheiten vgl. Russmann 2012: 115. Vgl. auch den Gedankengang bei Henning: „Die Netzwerkressourcen stellen die potentiellen Ressourcen eines Netzwerks dar, während die Kontaktressourcen die genutzten Ressourcen in konkreten Handlungen widerspiegeln“ (Henning 2010: 182).

95 Vgl. Coleman 1990: 14/15.

96 Dafür muss man sich nur einmal vergegenwärtigen, wie der Spracherwerb der jüngsten Generation der polnischen Minderheit erfolgt: weniger in den Familien als vielmehr in den zweisprachigen Schulen. Mit dem Ziel, das erworbene soziale Kapital der Zweisprachigkeit für ihr berufliches Fortkommen, zum Beispiel in Form eines Studiums oder einer Ausbildung im deutschsprachigen Ausland zu nutzen. „Das heißt, dass man sich bei der Analyse von Sozialkapital genau überlegen muss, welche Ergebnisse unter welchen Bedingungen hervorgebracht werden...“, d. h. ob eher geschlossene oder eher offene Netzwerke einen Vorteil bzw. höheren Nutzen verschaffen (Henning 2010: 181).

93 Ohne soziales Kapital gibt es keine Grundlage mehr, sich als Gemeinschaft zu begreifen und diese zerfällt. Das gilt insbesondere für Sozialkapital auf der Kollektivebene, das die Lebenschancen der Gruppe erheblich erhöht und für alle Gruppenmitglieder zugänglich ist, sofern sie Teil der Gruppe oder sozialen Gemeinschaft sind (vgl. Coleman 1990: 14).



Fernsehen wird, indem dezidiert über die politische und gesellschaftliche Situation der Minderheiten berichtet wird, ein Forum geschaffen. Über dessen bloßen Informationswert hinaus wird über bestehende Institutionen und Initiativen der Minderheiten sowie über ihre Veranstaltungen berichtet oder die Gründung neuer Gruppen initiiert. Dies fördert die Meinungsbildung, aus der heraus eine konkrete politische Interessensvertretung möglich wird. Dieser Bereich lässt sich als mittelbare Vernetzung durch Multiplikation mit Hilfe der Medien beschreiben.

Zudem gibt es darüber hinaus die Möglichkeit einer unmittelbaren Vernetzung. In den Printmedien kann man Leserbriefe schreiben, Annoncen schalten und Leserbefragungen durchführen. Auch im Hörfunk und im Fernsehen besteht die Interaktion nicht nur in der Multiplikation von Informationen, sondern auch in interaktiven Formaten wie zum Beispiel Hörersendungen über Themen, die die Minderheiten beschäftigen.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien – in der vorliegenden Studie geht es um Internetportale und Online-Radio – ermöglichen eine solche Interaktion in besonderem Maße. Überall auf der Welt bieten sie frei zugängliche Informationen und mit geringen personellen und technischen Mitteln ist es möglich, mit ihrer Hilfe ein Interaktionsforum zu schaffen. Letztlich sind die Medien dann nicht nur Indikator, sondern auch Faktor der Globalisierung, sie übernehmen im Globalisierungsprozess eine wichtige Rolle (vgl. Sommerauer 2012: 101-103). Über das Internet, konkret über interaktive Internetportale, können Nutzer Informationen austauschen, in einen Dialog treten und neue Leistungen und Ressourcen mobilisieren. Dies hat Auswirkungen auf das Wir-Gefühl. Neue Untersuchungen zeigen, dass insbesondere Menschen, „die kollektive Interessen verfolgen oder Menschen mit einem gemeinsamen kulturellen Hintergrund sich

zunehmend online verbinden“ (Russmann 2012: 111). Dabei stellt sich zwangsläufig die Frage, ob ein Internetportal nicht nur von der Minderheit, sondern auch von anderen Sprachkundigen aus der Mehrheitsgesellschaft bzw. von Muttersprachlern im Ursprungsland genutzt wird. Damit ist zugleich die Frage nach der Geschlossenheit des Netzwerks und der (Minderheiten)-Gruppe aufgeworfen: Inwiefern wird hier ein bestimmtes kollektives Kapital erhalten und in der Gruppe reproduziert? Und inwiefern richtet sich das Angebot auch an die Mehrheitsgesellschaft und hat damit einen gegenseitigen und allgemeinen Nutzen (vgl. Henning 2010: 179)?

### 3.4 Entwicklung der Medien seit dem Zusammenbruch des Ostblocks

In den mehr als 20 Jahren seit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Öffnung der Grenzen 1989/90 hat sich in der Presse, im Hörfunk, im Fernsehen und nicht zuletzt im Internet viel verändert in Ost- und Mittelosteuropa. Der grundlegende Wandel betraf dabei nicht nur die Presse- und Medienlandschaft der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft, sondern auch die Minderheiten-Medien. Die Internationale Medienhilfe (IMH) registrierte zwischen 1990 und 2010 einen Zuwachs an deutschsprachigen Medien von zehn Prozent weltweit, Osteuropa hat daran den höchsten Anteil. Pro Jahr wurden dort drei bis vier neue Publikationen gegründet (vgl. Stegherr/Liesem 2010: 22/23). Dieser mediale Expansionsprozess ist im Zuge der Finanzkrise zum Erliegen gekommen. Die Expansion hatte mit einer Renaissance der deutschsprachigen Minderheiten zu tun, die von einer kulturellen und sprachlichen Revitalisierung geprägt war, einer „revolutionären Phase“.<sup>97</sup>

<sup>97</sup> Eine Phase der bewussten Förderung von Minderheitenkultur und Minderheitensprache, ein kulturelles Re-Empowerment der Minderheit. Kennzeichnend für diese Phase ist, dass der Erwerb der Minderheitensprache und ihrer Kultur unter dem Kriterium der „Moralität“ und weniger unter dem der Nutzbarkeit und Anwendbarkeit betrachtet wird (vgl. Skutnabb-Kangas 1990: 342/343).

Die Mobilisierung der Minderheiten nach dem staatlichen Zusammenbruch und den Revolutionen in Osteuropa war möglich, obwohl viele ihr Geburtsland verließen und in die Bundesrepublik auswanderten.<sup>98</sup> Eine Erklärung ist die starke Motivation unter veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen, die sich sowohl auf die kulturelle Selbstverwaltung der Minderheiten als auch auf die politischen Strukturen auswirkte (vgl. Skutnabb-Kangas 1995: 343). Die deutschen Wurzeln der eigenen Familie erschienen den Betroffenen in dieser Phase als ein besonders wertvolles Gut.

Einfluss auf den Boom nehmen jedoch auch die neuen Zielgruppen, die sich nach der Wende gebildet haben: Deutschsprachige Zeitungen und Zeitschriften wurden zu einer wichtigen Informationsquelle für deutschsprachige Geschäftsleute, Touristen und Studenten einerseits sowie andererseits für jene Einwohner, die Deutsch lernen, um sich eine berufliche Zukunft im deutschsprachigen Ausland aufzubauen (vgl. Stegherr/Liesem 2010: 22/23). Damit wuchs das zuvor dramatisch reduzierte „potentielle Publikum“ (Marcinkowski 1993: 83) wieder, also die Anzahl möglicher Hörer, Zuschauer und Leser. Interessant ist, dass von dieser neuen Zielgruppe gerade traditionsreiche Publikationen profitieren, die zum Teil zwischenzeitlich bereits seit vielen Jahrzehnten aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr existierten. Einige davon wurden in den 1990er Jahren zu neuem Leben erweckt und erschienen in veränderter Gestalt auf dem Medienmarkt in Russland, im Kaukasus, im Baltikum und

in Ungarn.<sup>99</sup> Diese Entwicklung hat jedoch auch eine Kehrseite. Zum einen verlieren manche Medien ihr Minderheitenprofil, indem sie versuchen, auch andere Zielgruppen anzusprechen. Zum anderen sind jene Medien, die sich als ausgesprochene Minderheitenmedien begreifen – zum Beispiel klassische Vereinsblätter – nicht ohne Weiteres in der Lage, die gesamte Bandbreite der eigenen deutschsprachigen Minderheiten als Publikum zu gewinnen. Häufig ist das tatsächlich erreichte, „aktuelle Publikum“ nur ein verschwindend geringer Teil des „potentiellen Publikums“ der Minderheit.<sup>100</sup>

## Polen

Aus den in Kapitel 3.2 benannten strukturellen, historischen und politischen Gründen konnten in Polen erst seit 1989/90 deutschsprachige Zeitungen und Zeitschriften wieder gegründet werden.<sup>101</sup> Seit 1998 ist es auch gelungen, eigene Radio- und Fernsehsendungen zu etablieren. Zwei Mediengesellschaften wurden von der deutschen Minderheit 1992 gegründet, um das Medienangebot zu erweitern und zu verbessern: Zum einen der Verlag Silesiapress, dessen Anteilseigner die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD)

99 Dazu zählt die älteste deutsche Auslandszeitung, die „Sankt Petersburgische Zeitung“, die – 1727 gegründet – nach mehr als 70 Jahren seit 1991 wieder erscheint. Ein ähnliches Beispiel ist die 1870 gegründete „Moskauer Deutsche Zeitung“, die als Wochenzeitung mit neuem Konzept seit 1998 wieder erhältlich ist. In demselben Jahr wurde in Nowosibirsk die „Sibirische Zeitung“ neu gegründet, ebenso wie in Kaliningrad der „Königsberger Express“. Seit 1994 erscheint wieder die 1906 in Tiflis gegründete „Kaukasische Post“ sowie die „Baltische Rundschau“ in Litauen. Ebenfalls 1994 wurde der „Neue Pester Lloyd“, der an die Tradition des 1854 von jüdischen Geschäftsleuten gegründeten „Pester Lloyd“ anschließt, als Wirtschaftszeitung für Geschäftsleute neu gegründet (vgl. Hess-Lüttich 2010: 44/45/46). Die Finanzkrise hat der „Pester Lloyd“ allerdings nicht überlebt.

100 Vgl. die Begriffe „Aktuelles Publikum“ und „Potentielles Publikum“ bei Marcinkowski 1993: 83.

98 Insbesondere wurden die deutschsprachigen Minderheiten Russlands und Rumäniens durch den Exodus reduziert (vgl. Olhausen 2005: 163).

101 Zuvor gab es seit 1988 nur das Kultur- und Informationsbulletin des Deutschen Freundschaftskreises Bezirk Ratibor, das alle zwei Monate in kleiner Auflage erschien (vgl. Beckmann 2004: 37).



sowie 16 Gemeinden der Woiwodschaft Oppeln und seit 1996 auch der Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften (VdG) sind. Der Verlag ist seit 1993 Herausgeber der größten deutschsprachigen Wochenzeitung in Polen, des „Schlesischen Wochenblatts“, das 1990 in einer Phase politischer Aufbruchsstimmung unter dem Namen „Oberschlesische Nachrichten“ gegründet wurde und mit einer Anfangsauslage von 30.000 alle vierzehn Tage erschien.<sup>102</sup> Im Gegensatz zur „Neuen Zeitung“ in Ungarn fungierte die Zeitung durchaus als Sprachrohr des Dachverbands der deutschen Minderheit in Polen (vgl. Stegherr/Liesem 2010: 246). Das „Schlesische Wochenblatt“, das heute unter dem Namen „Wochenblatt“ erscheint, ist das einzige Medium der Minderheit, das neben der finanziellen Unterstützung durch das polnische Kulturministerium und des ifa durch das Anzeigengeschäft, das unter anderem vom deutschsprachigen Ausland genutzt wird, Eigeneinnahmen erwirtschaftet (vgl. Beckmann 2004: 36-39). Die Zeitung hat eine Auflage von 6.500, davon gehen 13 Prozent an Abonnenten oder an institutionelle Kunden. Die Zielgruppe der Zeitung sind ältere, deutschsprachige Landbewohner, von denen viele in Deutschland arbeiten (vgl. Richter 2004: 46).

Die Startbedingungen für eigene Radiosender waren für die deutsche Minderheit in Polen nicht günstig. Obwohl die öffentlich-rechtlichen Sender für Minderheitenprogramme staatliche Zuschüsse erhalten, ist im polnischen Hörfunk nicht die Förderungspraxis der meisten anderen mittelosteuropäischen Länder üblich, deren Minderheitenformate Journalisten aus der Minderheit produzieren, die von den Sendern speziell dafür eingestellt werden (vgl. Beckmann 2004: 37/38). Eine eigene Hörfunksendung wurde erst sieben Jahre nach der Wende als „Die Deutsche Stimme aus Ratibor“ auf Initiative des

Deutschen Freundschaftskreises Bezirk Schlesien gegründet (Klein, 2004: 49). Heute heißt die Sendung „Die deutsche Stimme“. Ihr Programm besteht aus Nachrichten über Deutschland und die Region Ratibor, Informationen für die Minderheit, Interviews, Reportagen und vor allem Musik (vgl. Klein 2004: 49). 1999 entstand auf Initiative der Redaktion die Jugendsendung „Mittendrin“, in der die deutsch-polnischen Beziehungen spielerisch thematisiert werden; eine Sendung pro Monat findet auf Deutsch und Polnisch und Oberschlesisch statt (vgl. Klein 2004: 50). Mittlerweile existieren in Polen acht deutsche bzw. zweisprachige Sendungen und fast alle Radioredaktionen, die Programme für die deutsche Minderheit machen, werden vom ifa mit Geldern für Personalkosten, Geräte, Infrastruktur und die Entsendung von ifa-Redakteuren gefördert (vgl. Beckmann 2004: 37).

1992 wurde die Produktionsgesellschaft Pro Futura GmbH gegründet und produziert seitdem regelmäßig deutschsprachige Programme im „Schlesien Journal“ für das polnische öffentlich-rechtliche Fernsehen TVP. Seit 2001 produziert Pro Futura einmal im Monat ein Jugendformat, das „Schlesien Journal – jung!“. 1996 wurde Pro Futura in eine eigenständige Gesellschaft umgewandelt, deren Teilhaber die Organisationen der deutschen Minderheiten sind. Seit 1998 produziert Pro Futura auch fünfmal pro Woche die Sendung „Schlesien Aktuell“ für das öffentlich-rechtliche „Radio Opole“, einmal pro Woche „Schlesien Aktuell – das Magazin“, täglich „Schlesien Aktuell kompakt“, einmal die Woche in zwei Teilen die Sendung „Musikschachtel“ auf „Radio plus opole“ und einmal die Woche ein Format zu „Frauenfragen“. Pro Futura präsentiert im Radio und im Fernsehen vor allem Reportagen, Dokumentarfilme und Fernsehdiskussionen. Die Themen beschäftigen sich mit der deutschen Minderheit, der deutsch-polnischen Versöhnung und dem Abbau von Vorurteilen. Diese Programme wurden 1997 und 2002 mit dem deutsch-polnischen Jour-

102 Von 1990 bis 1991 hieß die Publikation „Oberschlesische Nachrichten“, bis 1995 „Oberschlesische Zeitung“ (vgl. ifa 2004: 52/53).

nalistenpreis ausgezeichnet, der für besonderes Engagement in der deutsch-polnischen Versöhnung verliehen wird.<sup>103</sup>

## Rumänien

In Rumänien haben sich Anzahl und Auflagen der deutschsprachigen Presse anders als in anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks rückläufig entwickelt (vgl. Olhausen 2005: 183). Entsprechend der dramatischen Abwanderung der Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen nach Deutschland, welche die ursprüngliche Zahl von 185.000 Menschen mit deutschen Wurzeln auf rund 37.000 verkleinerte, schlossen sich 1993 die beiden Tageszeitungen „Neuer Weg“ und die „Neue Banater Zeitung“, sowie seit 1996 auch die Zeitschrift „Karpatenrundschau“ zur „Allgemeinen Deutschen Zeitung für Rumänien“ (ADZ) zusammen, die fünfmal pro Woche erscheint (vgl. Müller 2002: 107). Vergleicht man deren Auflagenzahlen mit jenen der Zeitung „Neuer Weg“ in den späten 1980er Jahren, so wird die Bedeutung der Abwanderung für die Kultur der Minderheiten deutlich: Während „Neuer Weg“ vor der Revolution eine Auflage von 70.000 erreichte, druckt die „ADZ“ heute 2.800 bis 3.800 Exemplare und wird staatlich finanziert (vgl. Müller 2004: 67).

Die rumänische Regierung fördert auch das 1989 gegründete Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien. Nach eigenen Angaben reicht das Forum 50 Prozent der Zuschüsse an die deutschsprachigen Minderheitenmedien weiter, unter anderem an die beiden deutschen Zeitungen „ADZ“ und die „Hermannstädter Zeitung“ (HZ).<sup>104</sup>

Die „ADZ“ ist die einzige deutschsprachige Tageszeitung Osteuropas, der es zur eigenen Existenzsicherung gelungen ist, sich neue Leserschichten zu erschließen. Einerseits wird die traditionelle Zielgruppe der deutschen Minderheiten bedient, andererseits die Zielgruppe der an Wirtschaft und Hauptstadtgeschehen orientierten deutschsprachigen Geschäftsleute (vgl. Olhausen 2005: 419). Da die Zeitung auch über die rumänische Tagespolitik und Wirtschaft berichtet, ist sie zudem für rumänische Germanistik-Studenten und deutschsprachige Austauschstudierende, Intellektuelle, Geschäftsleute und Touristen interessant (vgl. Müller 2004: 67).

Eigenständig und als wöchentliche Lokalzeitung erscheint die „HZ“, die in der Stadt in einer Auflage von 2.000 – die Hälfte der Abonnenten lebt im Ausland – Nachrichten aus der Region liefert (vgl. Olhausen 2005: 183). Es handelt sich um eine „Mikrozeitung“, deren Lokalnachrichten auf Hermannstadt und Region fokussiert sind.<sup>105</sup> Die Zeitung, die ebenfalls aus staatlichen Geldern finanziert wird (vgl. Müller 2004: 68), hat zusätzliche Einnahmen durch den Verkaufspreis sowie durch Anzeigen. Beatrice Ungar, die Chefredakteurin, möchte für die „HZ“, alle, die Deutsch lesen können, als Leserschaft gewinnen und zwar unabhängig davon, ob sie der deutschen Minderheit angehören oder nicht.<sup>106</sup> Neben den genannten vier Publikationen existieren in geringer Auflage noch kirchliche Blätter wie die „Landeskirchlichen Informationen“ oder der „Schäbburger Gemeindebrief“ (vgl. Hess-Lüttich 2010: 53).

Das deutschsprachige Radio- und Fernsehprogramm Rumäniens erhielt Anfang der 1990er Jahre Aufwind, das Angebot erweiterte sich. Schon Ende 1989 begann das 1984 infolge der rigiden Minderheitenpolitik eingestellte „Radio Temeswar“ wieder zu

103 Vgl. Fußnote 210 bei Stegherr/Liesem 2010: 246.

104 Vgl. Stegherr/Liesem, 2010: 186; vgl. Interview Prof. Dr. Paul-Jürgen Porr, Vorsitzender des DFDR.

105 Vgl. Interview mit Beatrice Ungar, Chefredakteurin der Hermannstädter Zeitung am 11.09.2013 in Berlin.

106 Ebd.

senden. Die erste deutschsprachige Fernsehsendung seit 1985 wurde am 12. Januar 1990 ausgestrahlt (vgl. Olhausen 2005: 184). Heute existiert „Radio Bukarest“, das täglich eine Stunde in deutscher Sprache sendet. Mehrere Chefredakteure der deutschsprachigen Regionalsendungen – „Radio Neumarkt“, „Radio Temeswar“, „Radio Bukarest“, „Reschitza“, „Arad“, „Großkarol“, „Schäßburg“ – haben sich zum Funkverband Funkforum, dem auch Hörfunkredakteure eines deutschsprachigen Senders in Serbien und in Ungarn angehören, zusammengeschlossen. Ziele sind die enge Zusammenarbeit und ein intensiver Erfahrungsaustausch, was die Qualität der Sendungen erheblich steigerte (vgl. Schiffer 2004: 74/76). Zweimal im Monat produziert das Funkforum eine gemeinsame überregionale Sendung; außerdem gibt es eine eigene Internetpräsenz.<sup>107</sup> Dennoch haben auch die deutschsprachigen Radiosendungen seit Jahren rückläufige Publikumszahlen (vgl. Müller 2004: 69).

Gleichwohl erreichen die Journalisten eine vielfältige Zielgruppe: die ältere Generation der Rumäniendeutschen, Unternehmer aus Deutschland und jüngere deutschsprachige Rumänen, die deutsche Schulen besucht haben. Immer donnerstags um 15.30 Uhr beginnt die einzige landesweit ausgestrahlte deutschsprachige eineinhalbstündige Fernsehsendung der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt TVR1 in Bukarest. In dieser Zeit wird ebenso über Heimatfeste wie über deutsche Investoren oder die Verleihung des Literaturnobelpreises an Herta Müller berichtet. Nach Angaben der Fernsehanstalt wird diese Sendung von 400.000 Zuschauern gesehen, unter anderem deshalb, weil die Sendungen nach einem Rundfunkgesetz der 1990er Jahre Rumänisch untertitelt werden (vgl. Müller 2004: 69). Sämtliche andere deutschsprachige Radio- und Fernsehsendungen werden auf Regionalprogrammen ausgestrahlt. In den beiden großen traditionellen

deutschsprachigen Siedlungsgebieten Rumäniens, Banat und Siebenbürgen, entstanden schon 1992 neue regionale TV-Sendungen mit wöchentlichen Beiträgen von jeweils 20 Minuten.<sup>108</sup>

Während in anderen Ländern, wie zum Beispiel in Russland und auch in Polen, bei den Medien der deutschen Minderheiten eine Tendenz zur Zweisprachigkeit zu beobachten ist, erscheinen in Rumänien immer noch über 90 Prozent der Medien der deutschen Minderheiten einsprachig.<sup>109</sup>

## Ungarn

In Ungarn stieg die Zahl deutschsprachiger Zeitungen 1989 sprunghaft an. Viele neue lokale Zeitungen entstanden, von denen heute jedoch nur noch einige lokale Beilagen in anderen Zeitungen übrig sind. Zugleich begannen ungarische Lokalzeitungen beispielsweise in Fünfkirchen und in Mohatsch eine regelmäßige deutschsprachige Rubrik zu produzieren (vgl. Olhausen 2005: 177). Analysiert man den deutschsprachigen Presseboom, müssen jedoch zwei Segmente unterschieden werden: zum einen die Presseerzeugnisse der deutschsprachigen Minderheit und zum anderen eine wachsende Zahl an Presseerzeugnissen für deutschsprachige Geschäftsleute, Touristen und Germanistik-Studenten (vgl. Hess-Lüttich 2010: 48). Dies ist eine Entwicklung, die viel über die neuen wirtschaftlichen, kulturellen und bildungspolitischen Beziehungen Ungarns zu deutschsprachigen Ländern aussagt. Ein Paradebeispiel war 1994 die Neugründung der Wochenzeitung „Neuer Pester Lloyd“, die in der Tradition des 1854 gegründeten und 1945 eingestellten „Pester Lloyd“ stand, einer hochkarätigen Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur mit einer Tagesauflage

108 Vgl. Müller 2004: 66; Olhausen 2005: 185.

109 Nur der „Schäßburger Gemeindebrief“, ein kirchliches Blatt, wird zweisprachig auf Deutsch und Rumänisch publiziert. (vgl. Hess-Lüttich 2010: 53). Vgl. auch die Übersicht der deutschsprachigen Medien in Rumänien bei Schiffer 2004: 77.

107 Vgl. [www.funkforum.net](http://www.funkforum.net).

von 15.000 und einer Sonderausgabe-Auflage von 25.000. Die Zeitung überlebte die 2007 beginnende Finanzkrise nicht. Zuvor war der Bedarf in diesem Bereich groß genug, um ein direktes Konkurrenzblatt zuzulassen. Ehemalige Mitarbeiter des „Neuen Pester Lloyd“ gründeten 1999 die „Budapester Zeitung“, die jedoch noch stärker auf Wirtschaft ausgerichtet ist. Sie finanziert sich über Anzeigen und Sponsoren. Für deutschsprachige Touristen und Rentner, die sich in Ungarn niedergelassen haben, wurde 1998 die „Balaton Zeitung“ vom Plattensee gegründet, die monatlich als Regionalzeitung erscheint (vgl. Olhausen 2005: 178). Sechs Jahre lang, zwischen 1990 und 1996, existierte zudem der „Deutsche Bote“, der zehnmal im Jahr für die Minderheiten erschien. Die bis zum Ersten Weltkrieg ungeheuer reichhaltige deutschsprachige Presselandschaft Ungarns ist auf einige wenige Erzeugnisse geschrumpft, die noch nicht einmal drei Prozent der Minderheit erreichen (vgl. Seewann 2004: 8). Im Printbereich existieren nur noch die Wochenzeitung „Neue Zeitung“ (NZ), die 1957 gegründet wurde und durchgängig erschien, sowie das 1994 wieder gegründete, alle zwei Monate erscheinende „Sonntagsblatt“.<sup>110</sup>

Die „NZ“ wird hauptsächlich durch Fördermittel des ungarischen Staats finanziert,<sup>111</sup> hat eine Auflage von 2.600 Exemplaren, erscheint aber auch aktuell als Onlineversion und versteht sich als Forum der deutschen Minderheit in Ungarn. Dabei begreift sich die Zeitung nicht als Sprachrohr einer einzigen Minderheitenorganisation, sondern als Forum der ungarndeutschen Selbstverwaltung, sämtlicher Vereine und Kulturgruppen und dient dadurch der internen Kommunikation. Diesen Zweck erfüllt

1992 auch die Vereinsgründung der Neue-Zeitung-Stiftung, die unter Mitwirkung des Verbands der Ungarndeutschen und zahlreicher anderer Vereine und Einzelpersonen zustande kam (vgl. Schuth 2010: 90). Die Stiftung ist Herausgeberin der „NZ“ und seit 2010 auch Herausgeberin des „Ungarndeutschen Wochenblatts“. Die „NZ“ berichtet über aktuelle politische und gesellschaftliche Ereignisse der deutschen Minderheit, über die Selbstverwaltungen, über Vereine und Organisationen. Tagesaktuelles Geschehen in Ungarn findet dagegen in der Zeitung keinen Widerhall. Insgesamt fünf der sechzehn Seiten sind für Kinder und Jugendliche konzipiert – vier Seiten gehören der sogenannten „NZ Junior“ und werden auch im Deutschunterricht verwendet. Eine weitere Seite ist der Gemeinschaft Junger Ungarndeutscher vorbehalten. Sie informieren über das Europäische Dialogforum für die Minderheiten beim europäischen Parlament, über Minderheitenschutz und über unterschiedlichste Bildungsmöglichkeiten und Schulungsangebote in den Bereichen Sprache, Minderheiten und Interkulturalität in Europa (vgl. Györi et al. 2010: 186/187). Zudem finden sich alle zwei Wochen die „Ungarndeutschen Christlichen Nachrichten“ in der Zeitung.<sup>112</sup> Als Forum verschiedener Institutionen und Vereine hält sich die „NZ“ mit politischer Polarisierung zurück und bietet stattdessen einen Überblick über Traditionspflege, Kultur und Bildung der deutschen Minderheit.

Im Vergleich hierzu positioniert sich das 1994 neu gegründete „Sonntagsblatt“ politisch sehr viel stärker (vgl. Uscnay 2004: 61). Die Publikation wird von der Jakob Bleyer Gemeinschaft als Mitglieder-Zeitung herausgegeben. Sie enthält auf 32 Seiten Nachrichten, Meinungen und Beiträge zur ungarndeutschen Minderheit und erscheint alle drei

110 Vgl. Uscnay 2004: 61.

111 Da Ungarn die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen unterzeichnet hat, ist es verpflichtet, über eine gemeinnützige Regierungsstiftung die Einrichtung bzw. Erhaltung mindestens einer Zeitung in den Minderheitensprachen zu fördern (vgl. Schuth 2010: 91).

112 Alle zwei Wochen gibt es eine Doppelseite der „Ungarndeutschen Christlichen Nachrichten“, viermal im Jahr wird ein Fachforum für Deutschpädagogen veröffentlicht (vgl. Uscnay 2004: 61; Schuth 2010: 91/92). Das ist jedoch heute nicht mehr der Fall, die Buschtrommel erscheint jetzt unabhängig von der „Neuen Zeitung“.

Monate. Das kostenlose Blatt wird durch Spenden aus Ungarn und Deutschland finanziert (vgl. Györi et al. 2010: 188/189).

Rundfunk und Fernsehen können nur ein inhaltlich stark eingeschränktes Minimalprogramm senden,<sup>113</sup> das mit seiner wöchentlichen (als Fernsehsendung) und täglichen (als Radiosendung) Regelmäßigkeit erst 1993 durch das neue ungarische Minderheitengesetz und 1996 durch das Mediengesetz finanziell und gesetzlich abgesichert wurde (vgl. Gerner 2010: 96).

Den Produzenten der deutschen Minderheitenmedien in Ungarn ist bewusst, dass sie eine jüngere Generation ansprechen müssen, wenn sie eine Zukunft haben wollen. Dieser Anspruch wird immer wieder in den Medien selbst thematisiert. Sie versuchen mit Nachdruck – vom Radiosender MR4 einmal abgesehen – Konzepte zu entwickeln, die jüngere Ungarndeutsche ansprechen. Tatsächlich wirkt sich das auch auf ihre Formate aus: Zeitungen produzieren Jugendseiten und das Fernsehen legt häufig einen Schwerpunkt auf Themen, die Kinder und Jugendliche interessieren.

---

113 Vgl. Interview mit Kristina Arnoldt, der Redakteurin des deutschsprachigen Fernsehens und Radios am 13. September 2013. Ihrer Meinung nach ist es aufgrund von Finanz- und Personalmangel kaum möglich, qualitativ hochwertige Sendungen zu produzieren (vgl. auch Seewann 2004: 8).

# 4.

## WIRKUNG DER MEDIEN DER DEUTSCHEN MINDER- HEITEN

#### 4.1 Zum Zusammenhang von Sprache, Medien und Zugehörigkeit in unterschiedlichen Generationen

Sprache ist das Baumaterial, aus dem Menschen ihre Wirklichkeit konstruieren. Als konstitutives Element von Gemeinschaften verleiht Sprache sozialen Prozessen ihren Sinn und stellt Reziprozität her (vgl. Dittrich/Radtke 1990: 22). So verfügen verschiedene Sprachen über eine jeweils andere Struktur, um bestimmte Dinge, Phänomene oder Vorgänge auszudrücken. Dass solche Sprachstrukturen letztlich das Verständnis der Wirklichkeit prägen, ist offenkundig.<sup>114</sup> Sprache bildet diese Wirklichkeit nicht ab, sondern verweist auf sie und ist Ausdruck sowohl des kollektiven Gedächtnisses einer Gemeinschaft als auch ihrer Kultur. Über dieses Wissen hinaus speichern Sprache und Begriffe auch Emotionen, die ebenfalls kulturell geprägt sind (vgl. Sieber 2005: 41/42). Das lässt sich insbesondere bei Menschen beobachten, die ihre Minderheitensprache zu Hause als „Muttersprache“ erwarben. Der Gebrauch der Sprache ist in diesem Fall emotional besetzt und zugleich in der Lage, Emotionen zu transportieren (vgl. Dorobantu et al. 2011: 78/79). Wesentlich jedoch trägt die Schulsprache zur überlokalen und überregionalen Vergemeinschaftung bei (vgl. Dittrich/Radtke 1990: 22). Die Differenzen in Spracherwerb und Sprachfähigkeiten in Polen und Ungarn einerseits und Rumänien andererseits sind hierfür symptomatisch: In Polen und Ungarn existieren für die deutschsprachigen Minderheiten bilinguale Kindergärten und Schulen sowie Nationalitätenschulen. Es gibt jedoch nur ganz wenige Schulen, in denen der Unterricht ausschließlich auf Deutsch stattfindet.<sup>115</sup>

#### Einsprachigkeit/Zweisprachigkeit

Das Medium Sprache kann sowohl der Inklusion als auch der Exklusion dienen (vgl. Krüger-Potratz 2005: 81-93). Nach innen, also für jene Minderheit, die das Deutsche versteht, verweist Sprache auf einen gemeinsamen kulturellen und emotionalen Wissensvorrat (vgl. Reiner 1995: 38), anders ausgedrückt: Sie verweist auf soziales Kapital.<sup>116</sup> Das gilt insbesondere deshalb, weil die Beherrschung der Sprache, in der die jeweiligen Medien produziert werden, die „erste Zugangsbedingung“ (Bartholy 1992: 176) zur Teilhabe an diesem System darstellt. Zugleich findet darüber aber auch eine – manchmal gezielte – Exklusion statt: Minderheitenmedien können von denjenigen, die kein Deutsch verstehen, nicht genutzt werden. Die Sprache verweist aber auch auf einen „kulturellen Wissensvorrat“ (Reiner 1995: 38), über dessen Semantik nur jene verfügen, die bis zu einem gewissen Grad an der Kultur teilhaben. Je nach Machart und Zielgruppe der Minderheitenmedien können also Menschen, obwohl sie die Sprache beherrschen, aufgrund einer extralinguistischen Differenz auf der Beziehungsebene nicht in jeglicher Hinsicht den Inhalt der Medien erfassen.<sup>117</sup> Genauso wie Zugehörigkeit nicht erschöpfend über einen essentialistischen Nations-, Kultur- und Ethnobegriff definiert werden kann, existieren unterschiedliche Formen von Mehrsprachigkeit, also von „sprachlicher Hybridität“ (Hinnenkamp/Meng 2005: 7). Insbesondere die alteingesessenen Minderheiten und ihre Medien in Polen, Rumänien und Ungarn sind nicht einfach „deutschsprachig“. Sie beherrschen

114 Vgl. Roth 1997: 188-192; Krüger-Potratz 2005: 213.

115 Sämtliche Minderheitenvertreter und Medienvertreter sahen darin einen wichtigen Sozialisationsunterschied, der sich letztlich – so die allgemeine Einschätzung – stark auf die Sprachbindung auswirke. Vgl. hierzu die Abschlussdiskussion der Internationalen Medientage deutschsprachiger Medien in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa vom 11.-13. September 2013 in Berlin.

116 Ein Bewusstsein dieses „Sozialen Kapitals“ entsteht bestenfalls automatisch und zwangsläufig im Vergleich der beiden Sprachen und mit der Erkenntnis, dass sich sprachliche Mittel sehr voneinander unterscheiden können (vgl. Oomen-Welke/Schumacher 2005: 289; Gnutzmann 1997: 228).

117 Vgl. Bartholy 1992: 176; Krüger-Potratz 2005: 93-97.

immer die Sprache der Mehrheitsgesellschaft<sup>118</sup> und manche ihrer Mitglieder sind zusätzlich deutschsprachig in unterschiedlicher Form.<sup>119</sup> Genau diese Art von Mehrsprachigkeit bilden die untersuchten Medien der Minderheiten ab. Manchmal spiegeln die Medien auch wider, dass Sprache nicht zwangsläufig die Zugehörigkeitsgrenzen definieren muss, sondern nur ein potenzielles Kennzeichen eines kulturellen oder gesellschaftlichen Zugehörigkeitsgefühls sein kann (vgl. Kummer 1990: 169). Zugleich – und das wird sowohl inhaltlich als auch formal-didaktisch in den Medien deutlich – ist die Vorstellung, Inklusion und Exklusion über die Grenzen der „Sprachgemeinschaft“ zu definieren, häufig implizit wirksam.<sup>120</sup> Die Medien reagieren auf mangelnde Deutschkenntnisse, sie interagieren durch sprachpolitische Formen und Inhalte sowie durch sprachdidaktische Ansätze und Experimente. Wie dies im Einzelnen aussieht und welche Unterschiede zwischen den einzelnen Minderheitengruppen und Ländern bestehen, soll im Folgenden dargestellt werden.

## Rumänien

Abhängig davon, welchen sprachlichen Rückhalt die Medienproduzenten innerhalb ihrer Zielgruppe voraussetzen können, entwickelte sich seit der Wende eine Art „Sprachpolitik“ innerhalb der untersuchten Medien:

In Rumänien, wo die Sprachbindung an das Deutsche innerhalb der Minderheiten relativ stabil ist, wird durchgängig und ausnahmslos in deutscher Sprache publiziert. Eine deutliche enklavenpublizistische Ausrichtung in sprachlicher Hinsicht weist die „Banater Zeitung“ auf, indem sie eine von vier Seiten in Banater Mundart veröffentlicht, einem Dialekt, der vom Aussterben bedroht ist. Die Fernsehproduktionen der deutschen Minderheiten müssen rumänisch untertitelt sein; nur ein Lokalformat, die „Bistritzer Notizen“, sendet zweimal im Monat für eine Stunde sowohl auf Deutsch als auch auf Rumänisch. Die Hörfunksendungen der Minderheiten laufen alle durchgängig auf Deutsch. Dennoch erfüllt nur ein Teil davon die Aufgaben von Enklavenmedien, wie etwa die „Banater Zeitung“, die „Karpatenrundschau“ und die „HZ“, die jede Woche selbst recherchierte Beiträge über die Minderheit liefern. Das ursprüngliche Publikum, das sich die Medienmacher als Zielgruppe vorstellen (vgl. Marcinkowski 1993: 80-84), ist in Rumänien seit dem großen Exodus in die Bundesrepublik geschrumpft.<sup>121</sup> Insofern definieren die Redakteure der ursprünglichen Minderheitenmedien inzwischen ihre Zielgruppenvorstellung neu. Einige Medien produzieren für alle, die Deutsch verstehen, etwa die „HZ“ oder die „ADZ“. Medien in deutscher Sprache wenden sich insofern nicht nur an neue Deutsche, die aus beruflichen Gründen in Rumänien leben oder hier studieren, sondern auch an ein rumänisches Publikum, das die deutsche Sprache beherrscht oder noch lernen möchte.

Zwei Beispiele für bewusste sprachdidaktische und sprachstrategische Experimente sollen an dieser Stelle vorgestellt werden: Die „HZ“ versuchte sich

118 Eine Ausnahme bildete jene Generation Deutscher, die im ehemaligen Oberschlesien und in den Masuren lebte und erst nach dem Krieg polnisch wurde. Viele von ihnen beherrschten bestenfalls das „Wasserpölnische“, eine dialektale Form des Polnischen, das stark vom Deutschen beeinflusst war. Sie mussten die polnische Hochsprache erst lernen (vgl. Urban 2000: 82/154). Auf diesen Sachverhalt gehen auch die Allensteiner Nachrichten vom 24. März 2013 in dem Artikel „Aber wir hatten zwei Renten...“ ein, der Beitrag thematisiert die finanzielle Situation der Rentner der deutschen Minderheit.

119 Vgl. Abschnitt 3.2. dieser Studie.

120 Gegenüber der polnischsprachigen Gesamtgesellschaft fungiert die deutsche Sprache mitunter als Waffe in einem sozialen, politischen und historischen Konflikt (vgl. Kummer 1990: 169).

121 Zentrales Problem der rumäniendeutschen Kultur ist weniger die Finanzierung, die über die Minderheitenvertretung durch die rumänische Regierung gewährleistet ist als vielmehr die personelle Basis. Weder das hervorragende System einsprachiger deutscher Schulen wäre denkbar, wenn sich nicht auch die rumänische Bevölkerung und Politik dafür interessieren würden, noch zahlreiche neuere Projekte für die Minderheit (vgl. Müller 2004: 71).



in den letzten fünfzehn Jahren an zwei Projekten, deren Ziel es war, junge Leser zu gewinnen. Dabei verfolgte die Redaktion eine eindeutig sprachdidaktische Richtung. Das erste Experiment war die Seite „HaZett für junge Leute“. Seit 1998 gestaltete eine Schülerredaktion einmal monatlich die Seite mit eigenen Beiträgen über Kino, Musik und Jugendleben. Der Erfolg war offensichtlich; bis zu 100 zusätzliche Zeitungen wurden in den zwei Jahren ihres Bestehens an Schulen verkauft.<sup>122</sup> Das zweite Experiment, das im Gegensatz zum ersten inzwischen fester Bestandteil der Zeitung geworden ist, betrifft die Rubrik „Junior-Ecke“ (HZ vom 7. Juni 2013: 6). Sie richtet sich an Kinder von etwa 8 bis 14 Jahren und enthält viele interaktive Elemente zwischen Lesern und Redaktion.<sup>123</sup> Diese tragen erheblich zum Erfolg bei, denn sie fördern jene emotionale Bindung, die eine wichtige Voraussetzung auch für kognitive Bindung darstellt: So finden sich in der „Junior-Ecke“ deutsche Sprichwörter mit Erklärung sowie Volkslieder und Erzählungen (vgl. HZ vom 6. September 2013: 6).

Die Beherrschung des Deutschen wird in Rumänien als soziales Kapital betrachtet. Das zeigt sich auch in den Medien: Letztlich kann man unterscheiden zwischen jenen wenigen Medien, die sich als klassische Enklavenmedien der deutschen Minderheiten begreifen und jenen Medien, die sich einem Klientel geöffnet haben, das aus unterschiedlichen Gründen deutschsprachige Zeitungen liest, deutschsprachiges Radio hört und deutschsprachiges Fernsehen sieht. Üblicherweise thematisieren jene Medien, die sich als Enklavenmedien gezielt an eine verwurzelte deutsche Minderheit wenden, die Beherrschung der deutschen Sprache kaum. Sprach-

beherrschung ist hier vielmehr Bestandteil eines gewachsenen, nicht hinterfragten Selbstverständnisses. Die anderen Medien – und diese bilden die Mehrheit – thematisieren Zweisprachigkeit regelmäßig als erwerbbares soziales Kapital. Diese Medien, die sich an eine neue Zielgruppe wenden, die nicht zur klassischen Minderheit gehören, informieren über konkrete Möglichkeiten und Vorteile, welche der Erwerb und die Beherrschung der deutschen Sprache mit sich bringen. Der Zweisprachigkeit werden nicht nur Reportagen gewidmet, sondern es wird auch versucht, sie im Rahmen der eigenen Möglichkeiten zu fördern. Die Medienmacher haben sich offenkundig strategische und didaktische Gedanken zur Förderung von Spracherwerb und Spracherhalt gemacht. Davon zeugen zahlreiche Experimente,<sup>124</sup> von denen sich ein Teil inzwischen bewährt und konsolidiert hat. Insofern findet hier eine gezielte Werbung für Zweisprachigkeit als sozialem Kapital statt.

## Polen

In Polen bedeutet die Entscheidung, ein einsprachig deutsches Medium zu produzieren, nur einen geringen Teil der deutschen Minderheit zu erreichen.<sup>125</sup> Deshalb produzieren alle Fernsehformate, das „Schlesien Journal“ und sein Jugendformat ebenso wie die „Schlesische Wochenschau“ auf Deutsch und Polnisch.

Im Printbereich hat es bei verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften unterschiedliche Entwicklungen gegeben. Das „Wochenblatt“ publiziert seine

122 Eine Konsolidierung des Experiments fand nicht statt (vgl. Galon 2008: 102 und Fußnote 247).

123 Hier finden sich Informationen zu Sprach-Sommerschulen, wie dem Sommerlager „Deutsch mit Spaß“ oder die Aufforderung, Briefe an die Redaktion zu schreiben: „Wir freuen uns immer auf Post!“ (vgl. Hermannstädter Zeitung vom 7. Juni 2013: 6). Darüber hinaus gibt es zahlreiche Möglichkeiten, an Wettbewerben oder Preisausschreiben teilzunehmen.

124 Zwei Experimente der „Hermannstädter Zeitung“ wurden in diesem Abschnitt vorgestellt.

125 Nach dem Zweiten Weltkrieg war der öffentliche Gebrauch der deutschen Sprache zunächst verboten. Deshalb hatten in Oberschlesien und Masuren die Kinder und Enkel der Zurückgebliebenen keine Gelegenheit, an einem Deutschunterricht teilzunehmen. Ende der 1960er Jahre boten Schulen in Niederschlesien, Pommern und Danzig wieder Deutschunterricht an (vgl. Urban 2000: 154-158).

Artikel sowohl auf Deutsch als auch auf Polnisch. Tatsächlich nutzen viele Leser das „Wochenblatt“, um Deutsch zu lernen oder ihre Zweisprachigkeit zu verbessern (vgl. Richter 2004: 46). Insofern verfolgt das „Wochenblatt“ auch gezielt didaktische Ansätze. In der Rubrik „Der Maulwurf Gwarek“ wird über Kulturveranstaltungen für Kinder informiert und dazu eine deutsch-polnische Vokabelliste gestellt (Wochenblatt, 13.-19. September 2013: 4). Die Jugendseite „Keks“ publiziert ausschließlich auf Deutsch und bietet Schülern zweisprachiger Schulen und Germanistik-Studenten die Möglichkeit, eigene Beiträge zu publizieren. Eine sehr interessante Form der sprachlichen Hybridität und ihres Niederschlags in den Medien ist das Oberschlesische.<sup>126</sup> Im polnischen „Wochenblatt“ gibt es hierzu seit Juli 2010 eine Reihe: Als eigene Kolumne erscheinen unter dem Titel „*Karolin lunaczi*“ wöchentlich Texte von Karolina Jokiel, in denen sie sowohl Heiteres als auch Ernsthaftes auf Oberschlesisch behandelt.<sup>127</sup> Dies spiegelt ein in den letzten 20 Jahren neu entstandenes Sprachbewusstsein für den oberschlesischen Dialekt, der zunehmend eine zugehörigkeitsfördernde Funktion in der Region übernimmt.<sup>128</sup> Anstelle der alten Differenzierung innerhalb der Minderheit, die das Deutsche als eigene und das Polnische als fremde Sprache begriffen, ist eine neue Grenzziehung entstanden, nach der die schlesische Sprache, die „*język slaski*“, als das „eigentliche Eigene“ definiert ist.<sup>129</sup> Hier wird ein lokales Selbstbewusstsein gefördert, das bereits Grundschüler in Oberschlesien als prestigeträchtig empfinden, weil es Zugehörigkeit

im positiven Sinne signalisiert.<sup>130</sup> Die sprachliche Hybridität des Polnischen, das im Sprachkontakt mit dem Deutschen bzw. von deutschen Muttersprachlern gesprochen, zahlreiche Veränderungen erfuhr und Germanismen aufnahm, begann sich bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu entwickeln.<sup>131</sup> In der Zeitung der deutschen Minderheit stärkt die Kolumne im oberschlesischen Dialekt sowohl die Gruppenidentität als auch die lokale und regionale Zugehörigkeit, die quer zu den Grenzen von Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft verläuft.<sup>132</sup>

Obwohl sämtliche andere Presseerzeugnisse der Minderheiten regionale Zielgruppen haben und als Vereinsblätter oder Medien mit ähnlichem Profil die Funktion einer Enklavenpublizistik übernehmen, sind einige zweisprachig. Zu diesen gehört beispielsweise das „Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren“, ein klassisches Vereinsblatt, das monatlich auf 20 Seiten über das Leben der Deutschen in der Region Ermland und Masuren informiert.<sup>133</sup> Seit 1989 werden bestimmte Beiträge der Zeitschrift ins Polnische übersetzt, etwa ein Bericht über die Auseinandersetzungen innerhalb des Verbands in der Märzangabe 2013.<sup>134</sup> Die zwei Jugendseiten des Blattes erscheinen zu didaktischen Zwecken regelmäßig sowohl auf Deutsch als auch auf Polnisch.<sup>135</sup> In diesem Falle führt Sprache nicht zur Exklusion. Selbst Jugendliche, die das Deutsche nicht beherrschen, sich aber für die Aktivitäten der Minderheit interessieren, können so teilhaben (vgl. Haerdle 2004: 41).

126 Bereits im Abschnitt 3.4. wurde darauf hingewiesen, dass die Jugendzeitung „Mittendrinn“ von Radio Ratibor einmal im Monat eine Sendung auf Deutsch und Polnisch/Oberschlesisch produziert.

127 Vgl. Wochenblatt vom 9.-15. Juli 2010 bis heute.

128 Auf politischer Ebene führte das zu einer höchst konfliktgeladenen Bewegung der Autonomisten, die sich ebenfalls den Dialekt symbolisch aneigneten.

129 Vgl. Peretzki 1994: 31.

130 Vgl. Feleszko 1999: 195; Kosek 1999: 160-163.

131 Vgl. Feleszko 1999: 191/192; Rexheuser 1992: 36.

132 Vgl. die Autonomiebewegung.

133 Vgl. die Onlineversion als pdf-Datei unter [www.zsnwim.eu](http://www.zsnwim.eu).

134 Ebd.

135 Ebd.

Im Hörfunk gibt es inzwischen acht Formate, davon sind fünf deutschsprachig und drei zweisprachig. Die Radioredaktion Ratibor produziert zwei Sendungen wöchentlich, die sich an die deutsche Minderheit in Oberschlesien richten und im Wesentlichen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gemacht werden: zum einen seit 1997 „Die deutsche Stimme“, zum anderen seit 1999 wöchentlich die Jugendsendung „Mittendrin“, die auf Deutsch, Polnisch und Schlesisch moderiert wird. Das rund 50-minütige Magazin „Die deutsche Stimme“ präsentiert u. a. lokale Kulturnachrichten und überregionale Beiträge. Zum Beispiel gab es in der Sendung vom 29. September 2013 Informationen zur deutschen Bundestagswahl, Hörer-Glückwünsche überwiegend in Gedichtform und ein Wunschkonzert mit Volksmusikliedern.<sup>136</sup> Die Sendung ist höchst altmodisch-konservativ gestaltet, angepasst an das Alter der Hörerschaft.<sup>137</sup>

Das Jugendformat hingegen ist dynamisch gestaltet, mit einem zügigen Wechsel zwischen Beiträgen, Interviews, Intros und Musik. Ausgewählt wird aktuelle Musik; die Beiträge beschäftigen sich mit Themen, die den Alltag der jungen Generation betreffen<sup>138</sup> und halten über wichtige Ereignisse und Veranstaltungen auf dem Laufenden.<sup>139</sup> Das Programm ist auf „Radio Vanessa“ und online über „Radio Mittendrin“ zu hören. Seit Oktober 2010 werden beide Formate auch in der Woiwodschaft

Oppeln gesendet. Seit dem 1. Februar 2010 gestaltet das deutsch-polnische „Radio Mittendrin“ unter dem Namen „Präsent“ auch ein Programm der deutschen Minderheit für „Radio Katowice“. Die deutsch-polnische Radioredaktion „Mittendrin“ wurde 1997 auf Initiative des Deutschen Freundschaftskreises in Schlesien gegründet und von Beginn an von jungen Leuten realisiert. Die Mitarbeiter kommen überwiegend aus bilingualen Klassen und dem Deutschlehrerkolleg. Jeder, der die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrscht und sich für die deutsch-polnischen Beziehungen interessiert, kann sich ausbilden lassen und mitmachen. Dies spricht nicht nur Jugendliche der deutschen Minderheit an, sondern auch polnische Jugendliche.<sup>140</sup>

Sowohl formal-didaktisch, als auch inhaltlich liegt ein Schwerpunkt von „Radio Mittendrin“ auf der Sprachdidaktik. Dabei verfolgt das Programm eine erprobte Lernstrategie<sup>141</sup>: Die Sprecher wechseln zwischen Deutsch und Polnisch, nehmen in ihren Beiträgen aufeinander Bezug bzw. treten in Dialog miteinander. Damit zielt das Format bewusst auf eine Zweisprachigkeit ab, bei der sowohl das Polnische als auch das Deutsche die Funktion der „starken Sprache“ (Nauwerck 2005: 42) einnehmen kann. Zugleich wird das Rollenprinzip der funktionalen Sprachtrennung eingehalten (Nauwerck 2005: 67). Konkret bedeutet dies: Einer der beiden Moderatoren in der Sendung spricht stets Deutsch, der andere stets Polnisch.

Aber auch inhaltlich wird Sprachpolitik gemacht. Ein Beispiel hierfür ist die „Mittendrin“-Sendung vom 15. September 2013. Sie thematisiert die Bedeutung und die Vorteile des Erlernens von Fremdsprachen, insbesondere des Deutschen in Polen sowie die Vorteile des Praktizierens der deut-

136 Vgl. [www.mittendrin.pl/archive/catalog](http://www.mittendrin.pl/archive/catalog).

137 Die meisten Geburtstage, zu denen gratuliert wird, liegen zwischen dem 70. und 80. Lebensjahr.

138 So zum Beispiel die Mittendrin-Sendung vom 1. Mai 2013, die sich mit den unterschiedlichen Chancen und der Behandlung von Frauen und Männern im Arbeits- und Berufsleben beschäftigte. Die Brücke zur deutschen Minderheit und den deutsch-polnischen Beziehungen wurde durch ein langes Interview mit Pieper, der im Auswärtigen Amt Beauftragten für die deutsch-polnischen Beziehungen, geschlagen. Vgl. [www.mittendrin.pl/archiv?archive\\_catalog](http://www.mittendrin.pl/archiv?archive_catalog).

139 Vgl. die Mittendrin-Sendung vom 9. Juni 2013 mit dem Bericht über das Treffen des Bunds der Jugend der deutschen Minderheit mit einer Delegation aus Unterfranken.

140 Vgl. Mittendrin vom 15. September 2013.

141 Vgl. Merten 1997: 109-117; Butzkamm/Butzkamm 1999: 53-54, 326, 351.

schen Minderheitensprache.<sup>142</sup> In dieser Sendung wurde die Geschichte der deutschen Sprache und insbesondere jene der deutschen Minderheit in Polen in einer Reportage zusammengefasst. Die kritische Haltung gegenüber der Zweisprachigkeit innerhalb der Minderheit wurde thematisiert und auf ihre historisch-politischen Hintergründe zurückgeführt. In klar identitätsbildender Absicht betonte man die Bedeutung der Sprache und ging auf Möglichkeiten des Spracherwerbs ein.<sup>143</sup>

## Ungarn

Die Medien der ungarndeutschen Minderheit publizieren durchgängig auf Deutsch, das einzige deutschsprachige Fernsehformat ist ungarisch untertitelt. Gezielt didaktisch und sprachpolitisch arbeitet zum Beispiel die „Neue Zeitung Junior“ (NZ Junior). Auf bis zu sechs Seiten werden nicht nur Jugendliche, die bereits recht gut Deutsch lesen können, durch Berichte und Reportagen angesprochen, sondern auch jüngere Kinder an Sprachklang und Sprachkultur herangeführt – durch Kinderreime und -lieder, durch Sprichwörter, die ergänzt werden müssen oder durch Bilderrätsel, die in Redensarten umgesetzt werden sollen.<sup>144</sup> Aber hier geht es nicht nur um Sprache und Phraseologie, sondern auch um kulturelle Bildung. So wird etwa die Sage vom „Rattenfänger von Hameln“ erzählt oder eine Bildergeschichte von Wilhelm Busch abgedruckt (NZ Junior vom 16. August 2013: 3/9). Tatsächlich wird die „NZ Junior“ viel von Schülerinnen und Schülern der bilingualen Nationalitätenschulen gelesen. Regelmäßig veranstaltet die „NZ Junior“ Schreib-

und Lesewettbewerbe. Die Kinder schicken Geschichten, Berichte und Briefe in deutscher Sprache, die zum Teil in der „NZ Junior“ veröffentlicht werden. Zusätzlich wird in regelmäßigen Abständen von der Neue-Zeitung-Stiftung ein Preis für die beste deutschsprachige Schülerzeitung ausgeschrieben.<sup>145</sup>

Die einzige deutschsprachige Fernsehsendung „Unser Bildschirm“, die einmal pro Woche ausgestrahlt wird, legt in ihren Berichten und Reportagen einen Schwerpunkt auf Unterricht und Bildung. Hier wird intensiv für die Vorteile der Zweisprachigkeit und für zweisprachige Bildungseinrichtungen geworben. Darüber hinaus gibt es detaillierte Berichte über zweisprachige Bildungsmöglichkeiten und Kulturveranstaltungen. Eltern, Jugendliche und Kinder kommen mit ihren Erfahrungen, aber auch Bedenken zu Wort.<sup>146</sup> Die Sprachbindung spielt hier jedoch eher indirekt eine Rolle: Die Sendung informiert über Möglichkeiten des Sprach- und Bildungserwerbs, fördert aber nicht die Sprachpraxis selbst. Interaktive Formate, bei denen Kinder und Jugendliche zu Wort kommen oder sich an den Sendungen beteiligen können, sind selten. Das ist bedauerlich, ergab doch eine Umfrage, dass immerhin 70 Prozent aller ungarndeutschen Jugendlichen zwischen 19 und 29 Jahren die Fernsehsendung kennen. Insofern wäre es sinnvoll, dieses Medium stärker zu nutzen bzw. auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, die Fernsehsendung online anzusehen (vgl. Tichy 2010: 204).

Für die interaktive und rekursive Sprachpraxis weitaus bedeutsamer sind Internetseiten und Foren, zum Beispiel jenes der Gemeinschaft der jungen Ungarndeutschen.<sup>147</sup> Die Zahl der ungarndeutschen

142 Mittendrin vom 15. September. 2013.

143 Ebd.

144 Vgl. NZ Junior vom 16. August 2013: 2-9. Hierbei handelt es sich um klassische sprachdidaktische Ansätze für den Zweitspracherwerb im Vorschul- und Grundschulbereich, bei dem musische und spielerische Aktivitäten sowie Inhalte im Vordergrund stehen, die den Kindern Freude machen, sie mit allen Sinnen und auf affektiver Ebene ansprechen (vgl. Nauwerck 2005: 69, 169-171).

145 Vgl. <http://www.neue-zeitung.hu/54-8058.php> (eingesehen im Mai 2010); Schuth 2010: 91.

146 Vgl. Archiv der Homepage „Unser Bildschirm“ und die Analyse über den Zeitraum Juli 2008 bis Dezember 2009 bei Ancsin et al. 2010: 178-181.

147 Vgl. <http://gju.hu/Web/>

Gruppierungen in Internetforen wächst stetig (vgl. Tichy 2010: 199). Grundsätzlich ist das Internet das Medium, das von Jüngeren am meisten genutzt wird – sowohl, um Zeitung zu lesen, Fernsehen zu schauen, Radio zu hören, als auch zur Kommunikation. Damit schafft das Internet eine neue Form des Zugehörigkeitsgefühls und der Identifikation. Jeder kann direkt an der Kommunikation teilnehmen – im Gegensatz zu den klassischen Medien, die nur eine indirekte und durch professionelle Journalisten gesteuerte Kommunikation erlauben (vgl. Busch 1999: 14).

Die einzige deutschsprachige, landesweit ausgestrahlte Hörfunksendung in Ungarn ist der tägliche „Treffpunkt am Vormittag“ auf dem Vierten Kanal des Ungarischen Rundfunks (MR4). Sie beginnt von Montag bis Freitag jeweils um 10 Uhr.<sup>148</sup> Die Zielgruppe sind deutsch sprechende Menschen in Ungarn – auch solche, die nicht zu der Gruppe der klassischen Ungarndeutschen gehören, so genannte „neue Deutsche“ bzw. all jene, die sich für Sprache, Kultur und Leben der ungarndeutschen Minderheit interessieren. Jüngere Menschen werden von der Themen- und Musikauswahl der Sendung kaum angesprochen (vgl. Tichy 2010: 196). Für die ältere Zielgruppe jedoch, die das Deutsche noch als echte Muttersprache in der Familie gesprochen hat, bedeutet das Wunschkonzert mit Grußmöglichkeit im deutschsprachigen Programm des ungarischen

Rundfunks ein Stück Heimat. Man kann sagen: Hier findet Heimat statt – in sprachlicher, musikalischer, kultureller, emotionaler und kommunikativer Hinsicht (vgl. Erdei 2010: 107). Ein zentraler Aspekt ist dabei die Interaktion, die auf Gemeinschaft basiert, aber auch Gemeinschaft schafft.

### Ergebnisse des Zusammenhangs von Medien – Sprache und Identitätsbildung

Medien begreifen Sprache letztlich als entscheidenden Faktor für den Erhalt oder gar Aufbau der Minderheitengemeinschaft in den jeweiligen Ländern. Sprache wird hier als zentrales Kennzeichen ethnischer und kultureller Identität verstanden.<sup>149</sup> Das ist charakteristisch für Minderheiten, die sich neu konstituieren. Die Muttersprache fungiert als Bindemittel zwischen den Individuen, innerhalb der Gruppe und ihrer Kultur und Geschichte. Entsprechend wird sie gefördert, gelernt und gelehrt. Sprache erscheint als probates Mittel, das den Erhalt der Gemeinschaft garantiert und zugleich als klar identifizierbares Kriterium Gruppengrenzen definiert. In gewisser Weise scheint Sprache in der Lage zu sein, das zu Beginn der Studie dargestellte Problem einer Definition von Zugehörigkeit und Identität abzumildern. Deshalb erscheint Sprache hier immer wieder als Mittel der Selbstbehauptung in Konflikten, die sich in einer Situation ethnischer Unterdrückung oder Infragestellung entwickeln.

Die Medien in Polen vollführen in der Sprachfrage einen Spagat. Einerseits sehen sie ihren Auftrag darin, die Bedeutung der Sprache herauszustellen, andererseits orientiert sich ihre Sprachpraxis

148 Programmablauf: Die Sendung beginnt mit den aktuellen Nachrichten aus Ungarn zu Politik, Wirtschaft und Kultur, die um 11 Uhr wiederholt werden. Um 10:15 Uhr kommt der erste Beitrag zum aktuellen Hauptthema, um 10:30 Uhr folgen die Meldungen über und für Ungarndeutsche in Form von Programmen, Veranstaltungen, Ausschreibungen etc. Von 10:45 Uhr bis 11:45 Uhr gibt es Interviews, Reportagen und Berichte, meist mit deutschem oder ungarndeutschem Bezug, unterbrochen von deutschen Schlagern, volkstümlicher Musik, ungarndeutscher Musik und etwas modernerer deutscher Musik. Um 11 Uhr strahlt MR4 die Weltnachrichten der Deutschen Welle aus (vgl. Erdei 2010: 101); 60 Prozent des Programms sind Musikstücke, 40 Prozent Wortbeiträge. Digitale Rundfunkübertragung, Internet sowie Radio-on Demand oder Podcasts wären technische Möglichkeiten, um die schlechten Sendezeiten auszugleichen.

149 Dass es nicht selbstverständlich so sein muss, zeigt überzeugend ein Aufsatz von Werner Kummer, der zwar die historische Genese einer solchen Vorstellung in der europäischen und insbesondere deutschen Volks- und Nationstheorie nachzeichnet, zugleich aber auch deutlich macht, dass eine Sprachgrenze als Zugehörigkeitsgrenze das Konstrukt einer ethnischen Intelligenzija ist, die dieses Konzept als Waffe in sozialen und politischen Konflikten entwickelt hat (vgl. Kummer 1990: 274).

an den gesellschaftlichen Gegebenheiten. Inhalte haben die Funktion der Vergemeinschaftung übernommen, werden aber auch in polnischer Sprache vermittelt.

Die Medien korrespondieren und kooperieren als gesellschaftliche Instanz mit Schulen, den wichtigsten Bildungsinstitutionen für Spracherwerb und Sprachausbau. Dafür gibt es in den drei untersuchten Ländern zahlreiche Beispiele. Die Medien versuchen den Spracherwerb ideell und informativ zu begleiten. Sie berichten regelmäßig über die Bedeutung der Zweisprachigkeit und fungieren als Multiplikatoren, indem sie Informationen etwa über Veranstaltungen, Kurse oder Austauschmöglichkeiten aufbereiten und verbreiten. Indem die Medien auf Veranstaltungen aufmerksam machen, die von politischen, kulturellen oder religiösen Institutionen der Minderheiten gestaltet werden, fördern sie Vergemeinschaftungsprozesse.

Die zweite Ebene, auf der Medien deutscher Minderheiten Sprache fördern und für die Identitätsbildung nutzen, ist die der Didaktik. In diesem Bereich experimentieren Medien sowohl mit Formaten, die eine aktive Leser-, Hörer- und Zuschauerbeteiligung fordern, als auch mit der Ausschreibung von Wettbewerben und der Möglichkeit, sich aktiv als Deutschschüler oder Deutschschülerin an der Produktion von Medien zu beteiligen.

## 4.2 Gesellschaftspolitische Aufstellung der Medien zwischen Minderheitengesellschaft, Mehrheitsgesellschaft und transnationalen Perspektiven

Die Medienmacher der deutschen Minderheiten stehen in Polen, Rumänien und Ungarn jeweils vor einer grundsätzlich ähnlichen Herausforderung: Welche Art von Medien und welche Inhalte sind dazu geeignet, die Zielgruppe der Minderheiten zu erreichen und wie können diese Medien auf ihre Rezipienten eine vergemeinschaftende Wirkung ausüben? Im Printbereich bewegen sich die Möglichkeiten zwischen einem Vereinsblatt und einer Publikation als Sprachrohr der politischen und institutionellen Minderheitenorganisation. Solche Publikationen übernehmen eher die Funktion von Enklavenpublizistik.<sup>150</sup> Denkbar ist jedoch auch ein Blatt, das eine vollständige Ausrichtung der publizistischen Linie auf die Minderheitenorganisation ablehnt und allgemeinere Fragen und Interessen bedient.<sup>151</sup> Auch im Fernsehen und Hörfunk reicht die Bandbreite von Formaten, die sich explizit an die Minderheiten richten, bis zu solchen, die einen breiteren Kreis ansprechen.<sup>152</sup>

150 Vgl. die Einführung des Modells der „Enklavenpublizistik“ als „gezielte Exklusion“ bei Reiner 1995: 38 und als Inklusion auf der Grundlage des Bewusstseins der „Enklavenidentität“ bei Reiner 1995: 41.

151 Vgl. die Richtungsentscheidung in den späten 1990er Jahren in den Redaktionen der „Allgemeinen Zeitung für Rumänien“ und der „Hermannstädter Zeitung“. Beide Redaktionen definierten während einer anhaltenden Debatte ihre meinungspolitische Selbstständigkeit innerhalb gewisser Grenzen gegenüber der Minderheitenvertretung (vgl. Galon 2008: 97).

152 Vgl. die konzeptionellen Unterschiede zwischen dem Jugendformat „Mittendrin“ und der Hörfunk-Sendung „Deutsche Stimme“. Die deutsch-polnische Hörfunksendung „Mittendrin“ aus Ratibor wendet sich an Jugendliche und junge Menschen, die sich für Deutsch und für Themen, die im weitesten Sinne mit Deutschland und dem deutsch-polnischen Verhältnis zu tun haben interessieren (vgl. [www.mittendrin.pl](http://www.mittendrin.pl)). Die „Deutsche Stimme“ wird ausschließlich auf Deutsch gesendet und wendet sich an die ältere Generation der deutschen Minderheit.

Einer grundsätzlichen Frage müssen sich alle Medienmacher innerhalb der Minderheiten in den drei untersuchten Ländern stellen: Welche Art von Medien und welche Themen sind geeignet, auch in Zukunft die kulturelle und gesellschaftliche Existenz der Minderheiten zu sichern? Wie lassen sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene durch Medien ansprechen und als Teil der Minderheit vergemeinschaften?

#### 4.2.1 Selbstbild und Funktionszuweisung als medienproduzierende Minderheit

Ausgehend von diesen grundsätzlichen Fragen lässt sich anhand der untersuchten Medien beobachten, dass die Minderheiten in den drei Ländern in ihrem Selbstverständnis und in ihrem Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft mit höchst unterschiedlichen Problemen kämpfen. Im Grunde handelt es sich um drei grundsätzlich verschiedene Situationen, die sich sowohl in der Art der Medien als auch in ihren Inhalten niederschlagen.

##### Polen

Die deutsche Minderheit in Polen ist mit Sicherheit in der schwierigsten Situation, da sie sich im Alltag und in gesellschaftspolitischer Hinsicht mit großen Konflikten auseinandersetzen muss.<sup>153</sup> Dies hat sehr viel mit den historischen Entstehungsbedingungen der Minderheit zu tun. Die Regionen des früheren Schlesiens, West- und Ostpreußens sowie Posens sind multinational, multikulturell und multilingual geprägt. Teile einer sich als deutsch definierenden Bevölkerung wurden durch Grenzverschiebungen infolge der Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg zur Minderheit. Polen erhielt die vom Königreich Preußen annektierten Gebiete Westpreußen

und Posen zurück. In der Zwischenkriegszeit wurde Polen durch Volksabstimmung ein Teil Oberschlesiens zugesprochen. Das frühere Ostpreußen und Westoberschlesien kam als Folge des Zweiten Weltkriegs zu Polen.<sup>154</sup> In der Nachkriegszeit wurde das Verhältnis zwischen polnischer Bevölkerung und deutscher Minderheit sowohl durch Debatten um die Anerkennung der neuen Grenzen als auch durch die allgegenwärtige Erinnerung an den Terror der deutschen Besatzer gegenüber der polnischen Zivilbevölkerung schwer belastet.

Auch in heutigen Konflikten kommen deshalb schnell Misstrauen oder ein gegenseitiges Gefühl mangelnder Achtung auf. Nicht selten sind die Auslöser relativ kleine Anlässe, denen eine immense Bedeutung zugeschrieben wird und die dann zu generalisierenden Äußerungen führen wie zum Beispiel die Behauptung des Oppelner PiS-Parteichefs,<sup>155</sup> die deutsche Minderheit verhalte sich gegenüber dem polnischen Staat illoyal.<sup>156</sup> Ein anschauliches Beispiel für historisch-symbolische Konflikte ist die Debatte im Frühjahr 2013 um die Veröffentlichungspolitik der Regierung in Zusammenhang mit der zuvor erhobenen Volkszählung. Vordergründig ging es in dem Konflikt um die Frage, in welchen Ortschaften sich über 20 Prozent der Bevölkerung zur deutschen Nationalität bekannt hatten und demzufolge – aus

154 Vgl. mehr zu den Gründen im Kapitel über „Geschichtsthematisierung als Identitätsstiftung in den vier Ländern im Vergleich“.

155 Die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ wurde 2001 von den Kaczynski Brüdern gegründet und ist national-konservativ ausgerichtet.

156 Vgl. den Artikel in der Oberschlesischen Stimme vom 15.-28. März 2013, die als Beilage des „Wochenblatts“ erscheint. Unter der Überschrift: „Weitere Angriffe auf die deutsche Minderheit: „Hier ist Polen!“ wird berichtet, dass am 8. Mai 2013 ein Marsch durch die Oppelner Straßen unter dem Motto „Hier ist Polen!“ stattfinden soll. Die deutsche Minderheit provoziere den polnischen Staat, sei illoyal und undankbar, so der Oppelner PiS-Parteichef in dem Beitrag. Weiter wird berichtet, dass Angriffe auf die deutsche Minderheit zunehmen. Der Oppelner PiS-Parteichef erklärte, seitdem er ein „Weißbuch der Illoyalität der Deutschen gegenüber dem polnischen Staat angelegt“ habe, erhalte er zahlreiche Hinweise von polnischen Bürgern.

153 Zu den Gründen vgl. das Kapitel über „Geschichtsthematisierung als Identitätsstiftung“.



Perspektive der Minderheit – ein Anrecht auf die zweisprachige Beschreibung besteht.<sup>157</sup> Diese Fragen sind so konfliktträchtig, weil die Minderheiten meinen, ihre Existenz sei 45 Jahre lang von offizieller Seite geleugnet worden und es herrsche immer noch eine Verweigerungshaltung.

Vergleicht man die Inhalte der Printmedien, Hörfunksendungen und Fernsehproduktionen der deutschen Minderheit in Polen mit den Inhalten der Medienprodukte der deutschen Minderheiten in Rumänien oder in Ungarn, so ist auf den ersten Blick eines ganz auffällig: Innerhalb der deutschen Minderheit in Polen scheinen Trachten und Volkstanz eine vergleichsweise geringe Rolle zu spielen.<sup>158</sup> Während die Ungarndeutschen und die Banater Schwaben sowie Siebenbürger Sachsen in Rumänien sich Jahrhunderte lang als kulturelle und sprachliche Diaspora begriffen und bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch entsprechende Kennzeichen ausgebildet haben, sind die deutschen Minderheiten in Polen erst in der Zwischenkriegszeit beziehungsweise infolge des Zweiten Weltkriegs zu solchen geworden. So reicht die deutschsprachige Printmediendition in Rumänien und Ungarn zum Teil bis ins 18. Jahrhundert zurück und ist zugleich eng mit den evangelischen und katholischen Kirchen verknüpft, während die deutsche Minderheit in Polen erst kurz vor der Wende über die Möglichkeit eigener Vereinsblätter und Printmedien im Sinne echter Minderheitenpublikationen nachzudenken begann.

157 Vgl. auch den Artikel „Deutsche in Polen – warum so wenige?“ in den *Allensteiner Nachrichten* vom 24. März 2013 und den Kommentar von Scholtz-Knobloch im *Wochenblatt* vom 15.-21. Februar 2013: 2.

158 Folklorisierende Inhalte wie die Darstellung des „Tags der deutschen Kultur“ in Groß Peterwitz, in dessen Mittelpunkt die Präsentation der deutschen Minderheit gegenüber eine „breiten Öffentlichkeit“ in Form von „alten Gassenhauern“, „schlesischen Volksliedern“ und Volkstänzen stand, finden zwar regelmäßig Widerhall in den Medien der deutschen Minderheit, haben jedoch weder quantitativ noch qualitativ die gleiche Bedeutung wie folkloristische und folklorisierende Inhalte in den Medien der ungarndeutschen Minderheit oder der deutschen Minderheiten in Rumänien (vgl. *Minderheit Aktuell* vom 12. Oktober 2013, 16.20 Uhr).

Auf drei Ebenen beschäftigen sich die Medien der deutschen Minderheit in Polen sowohl mit der Frage nach der Wir- und Gemeinschaftsdefinition als auch mit der Funktion ihrer Medien: Auf einer ersten Ebene wird versucht, die Vorteile bzw. das soziale Kapital der eigenen Minderheitenexistenz deutlich zu machen. Das geschieht erstens in Form von Jugendformaten, wie etwa bei „Radio Mittendrin“ und deutlich offensiver in den Jugendforen<sup>159</sup> und im Jugendmagazin des „Bunds der Jugend der Deutschen Minderheit“.<sup>160</sup> Dessen Aktivitäten sollen nicht nur junge Menschen aus der Minderheit ansprechen, sondern stehen auch Jugendlichen aus der Mehrheitsgesellschaft offen. Zweitens fungieren klassische Enklavenmedien<sup>161</sup> als Vergemeinschaftungsinstrumente, zum Beispiel das ansprechend gestaltete und informative Vereinsblatt „Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren“. Hier werden gesellige Termine, Veranstaltungen und Aktivitäten sowie Möglichkeiten für Spracherwerb oder Sprachwettbewerbe bekannt gegeben, wie auch genaue Informationen darüber, unter welchen Bedingungen zum Beispiel jemand mit doppelter Staatsbürgerschaft an der anstehenden Bundestagswahl im September 2013 teilnehmen kann. Auf dieser Ebene wird soziales Kapital über Medienproduktion und Medienkonsum für die Gemeinschaft nutzbar gemacht. Diese Art der „Identitätsbildung“ schließt häufig sowohl die polnische Mehrheitsgesellschaft als auch den europäischen Horizont mit ein. Besonders erfreulich sind hier die Aktivitäten der Jugendlichen, bei denen

159 Zum Beispiel gibt es die Kontaktbörse „Deutschkontakt“ für alle, die ihre Deutschkenntnisse verbessern möchten unter [www.bilingua.vdg.pl](http://www.bilingua.vdg.pl).

160 Vgl. unter [www.bjdm.eu/de/](http://www.bjdm.eu/de/) die Zeitschrift „Antidotum“ des „Bunds der Jugend der deutschen Minderheit“ und die Präsentation zum 20-jährigen Bestehen 2013 im „Schlesien Journal“ vom 20. März 2013 (abzurufen bei [www.youtube.com](http://www.youtube.com)).

161 Im Fall der deutschen Minderheit in Polen bedeutet die Funktionszuweisung „Enklavenmedien“ übrigens nicht, dass diese nicht auch zweisprachig gehalten sein können. Es findet also keine Exklusion durch Sprache statt (vgl. das Konzept der „Enklavenpublizistik“ bei Reiner 1995: 41).



die deutsche Sprache nicht selten eine integrative Funktion hat, also der Inklusion dient.<sup>162</sup>

Die zweite Ebene, auf der die deutschsprachige Minderheit in Polen ihre Selbstdefinition sowie die Funktionszuweisung ihrer Medien vornimmt, ist die einer ausgeprägten Politisierung. Dafür wurden oben bereits einige Beispiele genannt, denen noch mehr hinzuzufügen wären. In diesem Bereich tun sich jedoch nur bestimmte Medien hervor, die es sich offenbar zum Ziel gesetzt haben, als bewusste Interessensvertretung und als „Anwalt“<sup>163</sup> der deutschen Minderheit aufzutreten.

Die Thematisierung von Geschichte stellt die dritte wesentliche Ebene dar, auf der deutschsprachige Minderheitenmedien ein Gruppengefühl herstellen. In unterschiedlich offensiver Form wird hier die „andere Seite“ der Geschichte erzählt. Manchmal sehr vorsichtig, manchmal sehr konfrontativ wird darauf verwiesen, dass die Geschichte bestimmter Regionen eine zumindest zweisprachige und multi-

kulturelle gewesen war und ist.<sup>164</sup> Hier geht es letztlich um eine Multiperspektivierung von Geschichte, die, aufgrund des ihr entgegengesetzten Widerstands, selbst droht, eindimensional zu werden.

## Rumänien

Die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in Rumänien verfügen über ein gefestigtes Selbstbewusstsein als kulturelle Gruppen; sie sind sich ihrer Sprachfähigkeiten im Deutschen und ihrer Kulturgüter sehr bewusst. Sowohl die Banater Schwaben als auch die Siebenbürger Sachsen verfolgen in Bezug auf die eigene Gemeinschaft und in Hinsicht auf die Mehrheitsgesellschaft eine Art Substanzialisierung von Andersheit.<sup>165</sup> Äußere Anzeichen dieses „Anderssein“ finden sich in alten Festtraditionen, Trachtenumzügen, Heimattreffen, Tänzern, Gottesdiensten und Messen in traditionsreichen Kirchenburgen und Wallfahrtskirchen. Solche folkloristischen Phänomene finden auch einen häufigen und offenbar sehr geschätzten Widerhall in den Medien der deutschsprachigen Minderheiten in Rumänien.<sup>166</sup> Es handelt sich um eine Art Selbst-Folklorisierung, die auf die Jahrhunderte alten Traditionen und auf den Bestand der Gemeinschaften

162 Vgl. hierzu das „Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren“ vom September 2013: 16. Unter der Überschrift „Buntes Sprachengemisch“ wird über ein Treffen von 60 Kindern aus Polen, Tschechien und Deutschland bei einer Jugendfreizeit berichtet, die der Bund der Vertriebenen organisiert hatte. Es kamen 30 Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren aus dem Ausland und noch einmal so viele aus Deutschland in die Bungalowsiedlung. „Viele besuchen zweisprachige Schulen und haben bei Wettbewerben zur deutschen Sprache, bei Gesang oder Literatur gut abgeschnitten“, erklärte Violetta Klimanek aus Oppeln. Zwar würden die zweisprachigen Schulen in Schlesien natürlich stark von der deutschen Minderheit besucht, aber auch viele Polen schickten ihre Kinder dorthin. In einem vereinten Europa seien gute Sprachkenntnisse für jeden vorteilhaft. Deutsch war deshalb auch bei der internationalen Mischung auf dem Friedberg die bevorzugte Sprache zwischen den Nationen.

163 Vgl. zu dieser Funktionszuschreibung des „Wochenblatts“ für die deutsche Minderheit in Oberschlesien das Interview mit dem Chefredakteur Till Scholtz-Knobloch, das die Autorin der Studie am 12. September 2013 auf den Internationalen Medientagen in Berlin geführt hat.

164 Vgl. das Interview im Wochenblatt vom 15.-21.2013 mit der Überschrift „Verminter Kulturraum“. Darin spricht der Chefredakteur Scholtz-Knobloch mit dem Studienleiter vom Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. Es geht um die Ergebnisse der aktuellen Studie über Nachwendeschulbücher in Schlesien.

165 Die Wendung „Substanzialisierung von Andersheit“ meint die Zuschreibung von Eigenschaften, die einer Gruppe als feste Eigenschaften ihrer Ethnie zugeordnet werden. Siehe auch den Begriff in der Analyse von Elka Tschernokosheva, die die Darstellung der Sorben in der deutschsprachigen Presse analysiert (vgl. Tschernokosheva 2000: 85).

166 Vortrag von Gedichten in der „siebenbürgisch-sächsischen Mundart“ (HZ vom 28. Juni 2013) beim Festival Huet. Urban feierte seine dritte Auflage im Grünen (HZ vom 7. Juni 2013: 1/4): „Unter dem Titel ‚Das einstige Hermannstadt‘ referierte der Ehrenvorsitzende des DFDR, Prof. Dr. Paul Philippi, im Kleinen Café am späten Nachmittag. Zur gleichen Stunde tanzten Schülerinnen und Schüler der Brukenhalschule sächsische Tänze unter der Leitung von Getraud Nowak.“

verweist. Während Folklorisierung einer Minderheit durch die Mehrheitsgesellschaft immer eine Form der Machtausübung und den Versuch der Eindämmung in einen gesellschaftlichen Nischenbereich bedeutet,<sup>167</sup> hat diese Art der Selbst-Folklorisierung der Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen eine andere Funktion und Bedeutung: Es geht hier um kulturelle, sprachliche und nicht zuletzt religiöse Selbstvergewisserung, die der drohenden Gefahr des kulturellen Aussterbens der Gemeinschaft entgegengesetzt wird. Die Medien wirken dabei als Verstärker und Multiplikator. Die Folklore ist mit der Familientradition, dem emotionalen Erleben von Gemeinschaft, der Vergemeinschaftung per se, aber auch mit der Eindämmung von Angst und Schmerzen die Gemeinschaft betreffend verbunden. Denn einerseits dienen solche Erlebnisse der Bestätigung der Gemeinschaft, zugleich lassen die Zusammenkünfte aber auch offensichtlich werden, wie viele Mitglieder die traditionelle Gemeinschaft bereits verlassen haben.<sup>168</sup> Das damit verbundene Gefühl des Schmerzes wird in Rituale des Erinnerns und der Beschwörung von Gemeinschaft gefasst, wie zum Beispiel auf den Treffen zur Banater Heimatmesse und im Deutschen Forum.<sup>169</sup> Auf dem Friedhof wird an die Verstorbenen und an die Gemeinschaft erinnert, wie sie „vor dem großen Exodus“ bestand, die „wir nicht zu schätzen wussten“ und jetzt so „schmerzlich vermissen“ (vgl. FunkMagazin vom September 2013). Im Anschluss wird das Lied „Ich hatt’ einen Kameraden“ angestimmt, dessen Text und Vertonung zu Beginn des 19. Jahrhunderts

wiederum aus der „verlassenen Heimat“ Schwaben stammt.<sup>170</sup> Die Gemeinschaft wird beschworen, indem zugleich die Erfahrung des Verlusts der Gemeinschaft zum Ausdruck kommt, so in der „HZ“ vom 6. September 2013 in der Aussage: „Freude an der Gemeinschaft hat mit Qualität zu tun, nicht mit Quantität“.<sup>171</sup> Ähnlich wird das Erlebnis des Zurückbleibens in der Ausgabe vom 31. Mai 2013 geschildert: „Nicht Wenige der Ausgewanderten kehrten ihrer alten Heimat den Rücken zu und begannen ein neues Leben in Deutschland oder Österreich. Heute sind nur vereinzelt Deutsche auf den Dörfern im Banat zu finden.“

Letztlich stehen im Mittelpunkt solcher Veranstaltungen die Demonstration von „Zusammenhalt“ (vgl. FunkMagazin vom September 2013) und zugleich die Substanzialisierung von Gemeinschaft. Damit ist die Selbstzuschreibung von bestimmten Eigenschaften verbunden: „fleißig“, „traditionsbewusst“, „verantwortungsbewusst“, „zuverlässig“ und „integer“ (vgl. HDZ; ADZ, September 2013). Diese Selbstzuschreibung funktioniert in den Medien jedoch nicht einfach nur als Selbstvergewisserung, sondern zielt auch, wenn nicht sogar in gleichem Maße, auf die Mehrheitsgesellschaft ab. Insofern geht es hier auch um eine Selbst-Funktionszuweisung der rumäniendeutschen Minderheiten innerhalb der rumänischen Gesamtgesellschaft. Es zeichnen sich drei Schritte in der Selbst-Funktionszuweisung innerhalb der Medien der deutschen Minderheiten in Rumänien ab: Neben Selbst-Folklorisierung und Substanzialisierung findet in den Medien auch eine Universalisierung der Perspektive statt. Immer wieder wird auf die Bedeutung

167 „Die Folklorisierung von Andersheit ist ein wesentlicher Mechanismus, aber zugleich Agens und Resultat des Reinheitsparadigmas. Diese spezifischen Reinigungs- und Homogenisierungsansprüche werden, (...) sowohl von außen, (...) wie von innen (...) erhoben. Sie sind Teil des gesamten nationalen Machtkonstrukts. Es ist ein Produkt und begleitet mehr oder weniger offen die historisch längst überholte Vorstellung von einer homogenen Nationalkultur.“ (Tschernokosheva 2000: 102)

168 Vgl. den Bezug auf den „großen Exodus“.

169 Vgl. die Septemberausgabe des „FunkMagazins“, Beitrag Radio Temeswar.

170 Die Bedeutung des Lieds, dessen Text ursprünglich das Opfer im Krieg thematisiert und den Verlust des „Kameraden“, wird hier ebenfalls diffus universalisiert: Es geht nicht mehr um konkrete Kontexte, sondern um das Gefühl des Verlusts von Gemeinschaft, Freundschaft etc.

171 Vgl. die Beiträge „Kronenfest als Fest der Gemeinschaft in Kerz am Alt“: „*Vun no huch färr*“ (Von nah und fern) in der HZ vom 6. September 2013: 4.

der eigenen deutschen Minderheiten-Kultur als Teil einer Kultur, die für eine größere Gemeinschaft, nämlich rumänienweit, europaweit oder weltweit von Bedeutung ist, hingewiesen. Nachdem ein enger Zusammenhang zwischen Ethnisierung und Religion, zum Beispiel in einer Reportage der „HZ“ über die Siebenbürger Sachsen und die protestantische Kirche hergestellt wurde, wird darauf verwiesen, dass die meisten Besucher aus dem Ausland kommen und es das Ziel sein müsse, die Kirchenburgen unter Rumänen bekannter zu machen, die seit einiger Zeit eine „Metamorphose zur Destination für Kulturtouristen durchmachen.“ (HZ, 24. Mai 2013) Mit dem Verweis auf den internationalen Kulturtourismus wird schließlich auf die Wirkung des Kulturerbes auf die eigene Mehrheitsgesellschaft Bezug genommen.

Auch die 12. Kulturtage in Sathmar werden in dieser Ausgabe der „HZ“ religiös und kulturell substantzialisiert und zugleich multikulturell gedeutet. Ausführlich wird über das „Schwabentum“, über Tänze, Trachten, Gesänge und die „Hymne der Schwaben“ berichtet. Gedeutet wird das im gesellschaftlichen Kontext der „gelebten Multikulturalität“. „Diese berge die Chance, „das Land, den Kreis, die Stadt voranzubringen.“

Auch bei den Heimattreffen in Heltau/Cisnădie und Brăler/Bruia betonte die „HZ“ die Welt-offenheit in konfessioneller und kultureller Hinsicht: „Schließlich war der Sonntag für die evangelische Kirchengemeinde und ihre Kirchenburg ein Tag der offenen Türen“, „zum Zeichen der Offenheit gegenüber allen“, wie Stadtpfarrer Kezdi sagte (HZ, 7. Juni 2013). Ähnliches zeigt die Analyse der Berichterstattung über eine Marienwallfahrt im „FunkMagazin“: Am 2. August nahmen in Maria-Radna, einem Wallfahrtsort in Westrumänien im Banater Bergland, auch die nach Deutschland Ausgewanderten den Tag zum Anlass, um die Verwandten zu besuchen und zur Wallfahrt zu kommen. In

der medialen Darstellung und Wiedergabe dieser Hörfunksendung werden Glaube und Ethnie im gemeinsamen mundartlichen Gebet, im Rezitieren der traditionellen Marienlieder und im Begehen der Erinnerungsorte wie den Friedhof und die Wallfahrtskirche verbunden.<sup>172</sup> Aus dieser höchst innigen Gemeinschaftsdarstellung öffnet sich die Perspektive des Radiobeitrags mit dem Hinweis, dass die alte Wallfahrtskirche jetzt auf Initiative der Banater Berglandsschwaben renoviert wird. Ovidio Gaň, der Minderheitenvertreter der Deutschen im rumänischen Parlament, kommt zu Wort und lenkt den Blick des Zuhörers von der substantzialisierten Minderheit hin zur rumänischen Mehrheitsbevölkerung: Nicht nur die Schwaben, für die bekanntermaßen die Wallfahrtskirche als Heimat- und Erinnerungsort eine große emotionale Bedeutung habe, würden von der Renovierung profitieren, sondern auch das rumänische Umfeld und die Stadt.<sup>173</sup>

Die Verortung der Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen in ihren Medien findet über einen Dreischritt statt: Die in den Medien sehr auffällige Selbst-Folklorisierung macht die Gemeinschaft nicht nur auf Heimatfesten, Kirchenfesten und ähnlichen Treffen erlebbar, sondern multipliziert diese Gemeinschaft – für alle, die dabei gewesen sind und eben auch für diejenigen, die nicht dabei sein konnten.<sup>174</sup> Zweitens findet sowohl auf Seiten der Banater Schwaben als auch auf Seiten der Siebenbürger Sachsen eine klare Selbstdefinition über die Substanzzuschreibung als Gruppe statt: Das jeweilige „wir“ wird als integer, traditionsbewusst, korrekt und tief mit der Gemeinschaft verwurzelt beschrieben. Drittens, und dies zeugt davon, wie souverän sich die deutschsprachigen Minderheiten in Rumänien

172 Vgl. „Funkforum“, „Wir sprechen Ihre Sprache“, Beitrag über die römisch-katholische Wallfahrt nach Maria Radna in der August-Ausgabe.

173 Ebd.

174 Etwa nach Deutschland Ausgewanderte, die ebenfalls zur Zielgruppe der „HZ“ gehören.

europäischer affirmativer Schlagwörter bedienen, werden diese Substanziialisierungen immer wieder in einem europäischen oder gar internationalen Rahmen gedeutet, wo die großen Fluchtlinien in „Multikulturalität“, „Weltoffenheit“ und „Völkerverständigung“ münden. Ein Teil dieser Kategorien, wie zum Beispiel das Konzept „Multikulturalität“ wird wiederum als Teil der eignen Minderheitengemeinschaft, als eigene Substanz gedeutet.

Ausgehend von der festen Überzeugung der Substanzialität der eigenen Gemeinschaft, findet eine Öffnung statt. Tatsächlich fördern die rumänien-deutschen Minderheiten das Bewusstsein, die Kraft und die Aufgabe zu haben, nicht nur eine Interessensvertretung nach innen zu betreiben, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen zu wollen. In den Medien spiegelte sich das sehr deutlich anhand des Skandals um den Goldabbau in Rumänien wider.<sup>175</sup>

## Ungarn

Für die deutschen Minderheiten in Ungarn steht im Gegensatz zu Rumänien weniger die Substanzialisierung von Eigenschaften, die der Gemeinschaft als Ganzes zugeschrieben werden, im Vordergrund – auch nicht die ausgeprägte Politisierung der Frage des Wir-Gefühls – als vielmehr die Tendenz zur ausgeprägten Folklorisierung innerhalb der Darstellung der Minderheitenaktivitäten in den Medien sowie zur Universalisierung insbesondere im Bereich der Jugendmedien. Zu der Folklorisierung gehört nicht nur die Musikauswahl in der ungarndeutschen Hörfunksendung, die vor allem aus Blasmusik und Schlagermusik besteht und deshalb eher dem Geschmack einer älteren Generation entspricht.<sup>176</sup> Es wird auch

großer Wert auf Trachtentraditionen, Messen und Tanz gelegt. „Gemeinschaft“ ist auch hier ein wichtiges Schlagwort, sie wird in den Medien regelrecht beschworen:

„(...) eine echte Gemeinschaft konnte man an diesem wunderschönen Nachmittag und beim anschließenden gemeinsamen Abendessen erleben“ (NZ, 11. Oktober 2013).

Die Aktivitäten der Gemeinschaft Junger Ungarndeutscher (GJU) und ihre mediale Selbstdarstellung weichen hiervon deutlich ab. Ein längerer Beitrag des ungarndeutschen Hörfunks vom 16. Oktober 2013 über das Treffen der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV), deren Gastgeber und Organisator die Gemeinschaft Junger Ungarndeutscher war, macht dies deutlich. Für dieses Treffen sind die Minderheiten verschiedener Länder zusammengekommen, um Erfahrungen über Netzwerk- und Lobbyarbeit auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Die Reportage des ungarndeutschen Rundfunks fragt hier gezielt nach Identität und danach, welche Rolle innerhalb des Netzwerks der Jugend Europäischer Volksgruppen die Gemeinschaft Junger Ungarndeutscher<sup>177</sup> einnehmen könne und wolle. Auffällig ist die weltoffene und kosmopolitische Selbstverortung der Jugend der Ungarndeutschen: Auf die Frage der Reporterin, was für sie „Identität“ bedeute, erläutern sie, dass eine solche gerade für junge Angehörige von Minderheiten wichtig sei, da sie häufig zwischen zwei Kulturen, Sprachen und Traditionen, nämlich denen der Mehrheit und denen der Minderheit aufwachsen. Wichtig für sie sei eine Selbstverortung und letztlich der reflexive Umgang damit. Zugleich führen die engen Kontakte von Jugendlichen verschiedener Minderheiten über Internet und soziale Netzwerke dazu, dass letztlich ein intensiver Austausch über ihre jeweilige Situation als Gruppe stattfindet. Die Rolle, die sich die Ungarndeutsche Jugend selbst innerhalb der Jugend

175 Etwa in der „HZ“ oder „ADZ“.

176 Vgl. Neue Zeitung vom 16. August 2013: 1/3, Beitrag: „VIII. Heimattreffen in Metschge. Ein Tag voller Melancholie“: Die hiesige Tanzgruppe, Groß und Klein, unterhält die Gäste, ein Lied darf keinesfalls fehlen, und zwar das Volkslied ‚Nach meiner Heimat‘. Spätestens da kullern die Tränen bei allen über 60-jährigen.“

177 Die GJU ist seit 1993 Mitglied des JEV.

Europäischer Volksgruppen zuschreibt, ist die des Brückenbauers und Vermittlers zwischen westeuropäischen und osteuropäischen Minderheiten-Jugendverbänden. Man gibt sich ausgesprochen weltoffen und kosmopolitisch. Zu einer nationalen Minderheit zu gehören, wird universalisiert, wodurch der Minderheitenstatus von Fragen der nationalen und ethnischen Zugehörigkeit losgelöst wird. Damit hat sich die Ungarndeutsche Jugend von einem substanzialisierten Verständnis von Volkszugehörigkeit, Kultur und Sprache gelöst. Doppelte Zugehörigkeit wird, je nach Situation und Kontext, souverän in Anspruch genommen. Insofern erweist sich Zugehörigkeit als ein immer wieder neu stattfindender gesellschaftlicher, politischer und sozialer Aushandlungsprozess. So kann das klassische Konzept von Identität aufgebrochen werden. Identität fordert Eigenschaft, Hybridität ist das Ergebnis eines Prozesses.

### **Ergebnisse von „Selbstbild und Funktionszuweisung der deutschen Minderheiten“ in den drei Ländern im Vergleich**

Über eine Neuaneignung von Sprache, Geschichte und Tradition sowie einer Politisierung nicht nur in der Interessensvertretung, sondern auch in historischen und kulturellen Debatten haben sich die deutschen Minderheiten in Polen in den letzten 20 Jahren auf bemerkenswerte Weise konsolidiert. Dass dieser Prozess in Anbetracht der historischen Bedingungen nicht konfliktfrei abläuft, spiegelt sich in den Medien der deutschen Minderheiten. Die Stiftung eines Selbstbilds und die Funktionszuweisung geschehen dabei nicht selten in Konfrontation und Abgrenzung zur polnischen Gesamtgesellschaft.

Im Vergleich dazu steht die Bedeutung der deutschen Minderheiten in Rumänien auf einem sehr stabilen Fundament. Ihre gesellschaftliche Akzeptanz durch die rumänische Gesamtgesellschaft steht außer Frage. Deshalb sind sie in der Lage, sowohl

nach innen – also für die eigene Gemeinschaft – Interessen zu vertreten und zugleich eine Sonderrolle in der rumänischen Politik und Gesellschaft einzunehmen. Das Selbstbild basiert auf einer weitgehenden Substanzialisierung positiver Eigenschaftszuschreibungen, die wiederum eine wesentliche Voraussetzung für die Bedeutung der Minderheiten in der rumänischen Politik und Gesellschaft darstellt.

Obwohl die Ungarndeutschen auf eine ähnlich lange Tradition wie die deutschen Minderheiten in Rumänien zurückblicken können, ist ihre gesellschaftliche Situation anders. Sie versuchen aus einer hohen Identifikation mit der ungarischen Gesellschaft heraus eine neue Eigenständigkeit zu entwickeln. Diese äußert sich in kultureller Autonomie und politischer Interessensvertretung. In diesen Bereichen greifen sie in den Medien auf eine Substanzialisierung des Selbstbilds zurück. Zugleich richtet die Jugend ihren Blick auf Kooperationsmöglichkeiten im europäischen Kontext.

### **4.2.2 Thematisierung von gesellschaftspolitischen Konflikten und Interessenspolitik**

Inwieweit eine Minderheit als Gruppe in der Lage ist, gesellschaftspolitische Konflikte auszutragen, die unter anderem mit dem eigenen Status als Minderheit zu tun haben, sowie ihre Interessen formulieren und vertreten kann, hängt wesentlich von der Selbstwahrnehmung als Gruppe und dem Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft ab. Wie spiegelt sich das Verhältnis der jeweiligen Minderheit gegenüber der Mehrheitsgesellschaft in den Medien? In einem Dreischritt wird nun jeweils die Interessensvertretung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland und die europäische Ausrichtung untersucht.

## Polen

Ein Teil der Interessenspolitik der deutschen Minderheit in Polen besteht darin, Informationsflüsse zu sichern. Das gilt zum Beispiel für die Rechte jener Bürger, die die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen. So informiert das Wochenblatt Mitte März 2013 auf Seite eins darüber, dass das Konsulat in Oppeln einen neuen Service anbietet, nämlich deutsche Personalausweise für deutsche Staatsbürger ausstellt.<sup>178</sup> Das „Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren“ informiert im September 2013 darüber, dass die Sensburger deutsche Gesellschaft „Bärentatze“ als Erste in der Region ein eigenes Jugendprofil auf Facebook, „dem in Polen beliebtesten sozialen Netzwerk“ hat:

„Wenn wir unsere Organisation verjüngen wollen, die Jugend zur aktiven Teilnahme an ihrem Leben ermuntern wollen, dann müssen wir sie erreichen. In der heutigen Zeit ist Facebook die beste und schnellste Art, Informationen weiterzugeben. Deshalb habe ich auch beschlossen, dass wir ein Konto unserer Organisation einrichten“, erklärt Karol Czerwiński. (...) Er lädt dort Photographien aus dem Leben der Gesellschaft und Informationen über geplante und vergangene Ereignisse hoch (...).“ (Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren, September 2013)

Abgesehen von ihrer Funktion als Informationsvermittler der Minderheiten begreifen sich die deutschen Minderheitenmedien in Polen streckenweise als „Anwalt“<sup>179</sup> der Minderheit. In jenen Bereichen, in denen die Medien eine Interessenspolitik verfolgen, gibt es zumeist auch gesellschaftspolitisches Konfliktpotenzial. Insofern bedeutet Interessenspolitik hier auch immer eine Auseinandersetzung

mit polnischen Behörden und manchmal mit Halbtungen in der polnischen Bevölkerung. Ein Beispiel findet sich in einem Kommentar des Wochenblatts vom Februar 2013, in dem die „fragwürdige Veröffentlichungspolitik der Regierung“ bei den Ergebnissen der Volkszählung von 2011 angeprangert und zugleich über die Bedingungen informiert wird, unter denen Ortschaften zweisprachige Ortsschilder erhalten.<sup>180</sup> Die Frage der zweisprachigen Ortsschilder sorgt immer wieder für Konflikte und ist offenbar symbolisch stark aufgeladen.<sup>181</sup>

Ebenfalls mit der Nationalitätenerhebung von 2011 beschäftigt sich ein Artikel in den „Allensteiner Nachrichten“ unter der Überschrift „Deutsche in Polen - warum so wenige?“ In dem Artikel wird spekuliert, dass die Anzahl innerhalb der Altersgruppe der Mitsechziger aufgrund der Erfahrung der Unterdrückung im kommunistischen Polen so gering sei: „Gibt es wirklich so wenige Senioren? Oder haben die älteren Jahrgänge noch Angst, sich offiziell als Deutsche zu ‚registrieren‘?“ Und so folgert der Artikel:

„Menschen, die Jahrzehnte lang in Angst lebten, auch, wenn sie in der Gesellschaft aktiv sind, wollten daran nicht glauben, dass die Daten anonym bleiben und zu böswilligen Zwecken nicht genutzt werden.“ (Allensteiner Nachrichten, 24. März 2013)

Das Thema der vermeintlichen Unterdrückung, Benachteiligung und Diskriminierung der deutschen Minderheit ist in den Medien sehr präsent. So berichtet die „Oberschlesische Stimme“ von „Angriffen

178 Darüber informiert das „Wochenblatt“ vom 15.-21. März 2013 unter der Überschrift „Konsulat mit neuem Service“.

179 Chefredakteur des „Wochenblatts“ in Polen, Scholz-Knobloch, im Interview auf den Medientagen im September 2013.

180 Wochenblatt vom 15.- 21. Februar 2013: 2.

181 Kommentar von Scholz-Knobloch im Wochenblatt vom 15.-21. März 2013, S. 2: „Wie zum Beispiel die Bitte der deutschen Minderheit an den Oppelner Woiwoden, die Entscheidung in Malapane bezüglich der zweisprachigen Ortsschilder (siehe Wochenblatt 1087) zu kontrollieren. Bravo, vor allem für die kluge Argumentation, denn – so die Zeilen vom SKGD-Vorsitzenden Norbert Rasch – auch negative Entscheidungen müssten doch einer Kontrolle des Woiwoden unterliegen.“

auf die Deutsche Minderheit“. Der Oppelner Parteichef der national-konservativen Partei PiS führe ein „Weißbuch der Illoyalität der Deutschen gegenüber dem polnischen Staat“ (Oberschlesische Stimme, 15.-28. März 2013) und am 8. Mai sei eine Demonstration durch die Oppelner Straßen unter dem Motto „Hier ist Polen“ geplant. Auch weist ein Kommentar im „Wochenblatt“ darauf hin, dass die Regelung für eine zweisprachige Beschilderung unter der Voraussetzung, dass mindestens 20 Prozent der Bevölkerung sich zur deutschen Nationalität bekennen, „im europäischen Maßstab (...) zu Recht umstritten“ (Wochenblatt, 15.-21. Februar 2013: 2) ist. Der europäische Standard sei, dass innerhalb einer Ortschaft das Bekenntnis von zehn Prozent der Gesamtbevölkerung zu einer Minderheitennationalität schon zu zweisprachigen Ortsschildern führe.

Insgesamt scheint das Gefühl, nicht erwünscht zu sein, tief im kollektiven Bewusstsein der deutschen Minderheit, insbesondere in Oberschlesien, verankert und schon bei geringen Anlässen abrufbar zu sein. Umgekehrt scheint nicht nur in nationalistischen Kreisen Polens sehr schnell das Gefühl zu entstehen, dass von jener Bevölkerungsgruppe, die sich zur deutschen Nationalität innerhalb Polens bekennt, eine Gefahr ausgehe. Der Verdacht einer grundlegenden Illoyalität kommt schnell auf.

In den Medien spiegeln sich aber auch das Verhältnis der deutschen Minderheit zur Bundesrepublik Deutschland und die entsprechenden Erwartungen an das Land. Auch hier geht es um eine Interessenspolitik der Minderheit. Ein konkretes Beispiel ist die Frage der politischen Partizipation an der bundesdeutschen Politik, etwa die Möglichkeit, an der Bundestagswahl 2013 teilzunehmen. So meinte der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag im „Wochenblatt“, dass „Deutschen in Polen doch noch die Teilnahme an Bundestagswahlen“ (Wochenblatt, 26. April-2. Mai 2013: 1/3) erleichtert werden solle. Bislang

galt der Nachweis des sogenannten „Vertrautheits-Kriteriums“ mit der bundesdeutschen Politik als Voraussetzung für eine Teilnahme an bundesdeutschen Wahlen. Die Medien betonten, dass ein Großteil der Minderheit sehr genau über die bundesdeutsche Tagespolitik Bescheid wisse und daher ein Nachweis überflüssig sei, „der Pass soll entscheiden“ (Wochenblatt, 26. April-2. Mai 2013: 1/3).

Auch das Thema Altersarmut wird aufgrund der früheren politischen und sozialen Bedingungen von Angehörigen der Minderheit in der Nachkriegszeit in Polen von den Medien aufgegriffen:

„Von derartigen Situationen sind oft Mitglieder der deutschen Minderheit betroffen. Nach dem Krieg kannten viele kein Polnisch. Deswegen hatten sie einen begrenzten Zugang zur Bildung. (...) Beim Sozialamt bekommen sie von den Mitarbeitern zu hören, dass sie doch Familie ‚im Reich‘ haben und diese helfen sollte.“ (Allensteiner Nachrichten, 24. März 2013)

Diese alte Bezeichnung für Deutschland aus der Zeit des Nationalsozialismus ist in diesem Zusammenhang eine Spitze, die in gewisser Weise impliziert, dass der polnische Staat schon allein aus historischen Gründen nicht für die Mitglieder der Minderheit finanziell aufkommen wird. Der Artikel fordert anschließend zu Spenden aus der Bundesrepublik auf, die immer schon „ein wichtiger Faktor für die Tätigkeit unserer Gesellschaft“ waren. Die Geldspenden würden die Realisierung verschiedener Projekte, so zum Beispiel Seniorentreffen oder Studienreisen erleichtern. Hier wird eine klare Erwartungshaltung gegenüber Menschen in der Bundesrepublik formuliert, die eine Verbindung zum ehemaligen Ostpreußen haben. Zugleich ist der Redaktion klar, dass sich „der Kreis jener Menschen, die noch an Ostpreußen denken und für Ermländer wie Masuren etwas übrig haben“, verkleinert: „Ihre Kinder und Enkelkinder fühlen keine emotionale Bindung an diese Region und interessieren sich für die alte Heimat nicht mehr.“



In den Medien kommt auch immer wieder die Frage nach Zugehörigkeit und „Heimat“ auf. Eine im Jugendbereich wahrnehmbare Neuausrichtung ist an dieser Stelle von besonderem Interesse. Die Frage nach Zugehörigkeit und Heimat wird zunehmend nicht nur an die Jugend der deutschen Minderheit gerichtet, sondern auch an Jugendliche, die sich für das deutsch-polnische Verhältnis interessieren. Ein Beispiel ist der Essay-Wettbewerb, den der „Bund der Jugend der Deutschen Minderheit“ ausgeschrieben hat. Unter der Fragestellung „Deutschsein, Polnischsein – was heißt das?“ können deutschsprachige Jugendliche aus ganz Polen an dem Wettbewerb teilnehmen, indem sie die Fragen beantworten, die eine auf Polnisch, die andere auf Deutsch. Als Preis winkt ein zweimonatiges Praktikum in der Redaktion der Deutschen Welle in Bonn. Hier wird soziales Kapital, über das die Minderheit verfügt, nämlich ihre institutionellen Kontakte zu bundesdeutschen Medien- und Kulturmittlern, mobilisiert und nicht nur der Jugend der Minderheiten, sondern auch jenen zur Verfügung gestellt, die sich für die deutsch-polnischen Beziehungen interessieren. So wird Identität möglich – jenseits von Exklusion und Inklusion.

Bei solchen Initiativen geht es jedoch nicht nur um die binationalen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, sondern auch um eine transnationale und europäische Orientierung. In diesem Bereich wird zunehmend ein neues soziales Potenzial als Minderheit entdeckt. Ein Artikel im „Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren“ berichtet über die Feier zur Übergabe der Ehrenflagge Europas an die Stadt. Die Flagge wurde der Stadt für ihr „Engagement (...) in der internationalen Zusammenarbeit und der Verbreitung der Idee eines vereinigten Europa“ übergeben. Der Bericht betont, dass die Zusammenarbeit mit der deutschen Seite unter Beteiligung der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft stattfand. Hier werden der Beitrag und die Leistung der Minderheitenorganisation für die

deutsch-polnische Zusammenarbeit klar herausgestellt. In solchen Zusammenhängen gelingt es der lokalen Minderheitenorganisation, ihre Arbeit in den Dienst sowohl der polnischen Gemeinde als auch der europäischen Idee zu stellen und auf diese Weise ihr soziales Kapital für eine größere Gemeinschaft verfügbar zu machen.

## Rumänien

In den klassischen Bereich der Interessensvertretung als Minderheit gehört die Bildungsarbeit, bei der es sowohl um Qualitätssicherung als auch um die Finanzierung vielfältiger Bildungsaufgaben geht:<sup>182</sup> die Multiplikation von Informationen wie zum Beispiel die Ausschreibung von Stipendien der Deutschen Botschaft für Studenten der deutschen Minderheit,<sup>183</sup> die finanzielle Unterstützung einer Sprachkonferenz der deutschen Minderheit in Hermannstadt, die damit verbundene auf Minderheiten bezogene Kultur- und Bildungspolitik<sup>184</sup> sowie Bildungspraxis<sup>185</sup> wie auch die Kosten für den Unterhalt von Gebäuden und Kulturdenkmälern, die der

182 Vgl. eine Pressemitteilung des DFDR zur vierten Vorstandssitzung im Jahr 2013 in der ADZ vom 24. September 2013.

183 Vgl. ADZ vom 13. Juni 2013: 6.

184 Vgl. ADZ vom 14. Juni 2013: 6.

185 Vgl. FunkMagazin vom 26. Oktober 2013: „Fächerübergreifende Zusammenarbeit im rumäniendeutschen Bildungswesen: „Lehrer aus dem Banat und dem Kreischland sowie aus Nordsiebenbürgen, die Deutsch als Fremdsprache oder in Deutsch als Muttersprache unterrichten, trafen sich am Samstag, um sich über didaktische Methoden auszutauschen. In fünf Gruppen befassten sich die Teilnehmer mit dem Rollenspiel als Methode des kooperativen Lernens sowie mit den Aspekten fächerübergreifender Zusammenarbeit anhand verschiedener Projekte. Des Weiteren ging es in den Workshops um das Lernen mit den neuen Themen des deutschen Sprachdiploms, den sogenannten Sternchenthemen: die Kooperation zwischen Grundschule und Kindergarten sowie fächerübergreifende Zusammenarbeit im Bildungswesen.“



deutschen Minderheit gehören.<sup>186</sup>

Die Interessenspolitik als Minderheit für die Minderheit bedeutet auch immer ein bestimmtes Verhalten gegenüber der Mehrheitsgesellschaft. Das zeigt sich besonders deutlich in Rumänien. Dort gibt es – ablesbar an den jeweiligen Medien – die Kraft und das Selbstbewusstsein, eine offensive Interessenspolitik für die Minderheiten zu verfolgen. Dabei werden diese nicht nur im regionalen Bereich als politische Kraft innerhalb der rumänischen Politik wahrgenommen. Auf regionaler Ebene erlangte das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien in verschiedenen Stadträten die absolute Mehrheit. Das ist insofern bemerkenswert, als die Wählerschaft dieser Städte bestenfalls zu einem Prozent den deutschen Minderheiten angehört.<sup>187</sup>

Was hier auf der Ebene der Stadträte geschieht, setzt sich auf der allgemeinpolitischen Ebene fort. Innerhalb der rumänischen Gesellschaft gilt der wichtige Beitrag der Deutschen für das Gemeinwesen als unstrittig und ist sogar in allgemeiner Form in die Verfassung eingeschrieben worden.<sup>188</sup> Diese Tatsache spiegelt sich auch in den Minderheitenmedien und wird dort mit Stolz und Selbstbewusstsein hervorgehoben. So reist für ein Bundestreffen der Sathmar-Schwaben im deutschen Biberach der rumänische Kreisvertreter an, um zu betonen, dass

sie „als Mitglieder einer Region, wo die deutsche Minderheit eine sehr große Rolle spielt, (...) ebenfalls die Interessen der Minderheitenangehörigen“ (ADZ, 11. Juni 2013: 6) vertreten und ihre Aufgabe darin sehen, dazu beizutragen, deren Identität zu bewahren.

Auch auf höchster Ebene zeigt sich die Bedeutung der deutschen Minderheiten in Rumänien und das Verhältnis Rumäniens zu Deutschland. So druckt die „Banater Zeitung“ einen fünfspaltigen Bericht von Ovidiu Ganț, dem Abgeordneten des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien, der den rumänischen Premier als Mitglied seiner Delegation nach Deutschland begleitete.<sup>189</sup> Darin berichtet der Abgeordnete, dass sich die deutsche Bundeskanzlerin bereits im ersten Satz bei dem rumänischen Premier dafür bedankte, dass er den deutschen Minderheitenvertreter in seine Delegation aufgenommen hatte. Aus dem Gespräch berichtet Ganț, dass wichtige Themen der

„rumänischen und europäischen Politik angesprochen wurden, wobei natürlich die bilateralen Beziehungen im Mittelpunkt standen. (...) Die Kanzlerin wollte wissen, wie es der deutschen Minderheit geht, verlangte aber auch meine Meinung zu anderen Themen. Ich nutzte die Gelegenheit, um mich bei den beiden Regierungen für die uns gewährte Unterstützung zu bedanken, (...). Victor Ponta und seine anwesenden Minister (...) bedankten sich bei mir für die Art und Weise, wie ich nicht nur die deutsche Minderheit, sondern auch das allgemeine Interesse Rumäniens vertreten habe.“ (Banater Zeitung, 19. Juni 2013: 2)

In diesem Beitrag sind sämtliche Bausteine des politischen Selbstverständnisses der deutschen Minderheiten, wie es sich in den Medien widerspiegelt, enthalten: Zum einen gibt es den Anspruch, nicht

186 Vgl. ADZ vom 24. September 2013. Beitrag über die vierte Vorstandssitzung des DFDR im Jahr 2013. Zum DFDR-Vorsitzenden Prof. Dr. Pörr heißt es: „Ferner berichtete er, einen Brief an den Kronstädter Kreisratsvorsitzenden Căncescu in Fragen der Restitution von Immobilien an die Honterus-Gemeinde geschickt zu haben, Immobilien, die von öffentlichen Institutionen genutzt werden ohne Miete zu zahlen. Im Falle jener, in denen sich Museen befinden, werde eine ähnliche Lösung wie beim Brukenthalmuseum angedacht, ergänzte diesbezüglich Wolfgang Wittstock, der Vorsitzende des Kreisforums Kronstadt/Braşov.“

187 Bekanntestes Beispiel hierfür ist der Bürgermeister von Hermannstadt, Klaus Johanns, der mit über 80 Prozent der Stimmen gewählt wurde.

188 Vgl. hierzu den Artikel „Verfassung anerkennt Rolle der nationalen Minderheiten“ in der ADZ vom 11. Juni 2013: 6.

189 Vgl. Banater Zeitung vom 19. Juni 2013: 1/2.; ADZ vom 24. September 2013.

nur im Sinne der eigenen Minderheit politisch zu agieren, sondern auch im Interesse der rumänischen Gesamtgesellschaft. Zum anderen ist in diesem Zusammenhang das Bewusstsein von Bedeutung, gerade auch gegenüber der Bundesrepublik eine wichtige Rolle als Brückenbauer zwischen den beiden Ländern einnehmen zu können.

Besonders interessant ist, dass sich Vertreter von Minderheiten in Rumänien auch allgemeinpolitisch zu Wort melden, so zum Beispiel in der ADZ vom 15. Juni 2013. In dieser Ausgabe fordert der Hermannstädter Oberbürgermeister Klaus Johannis dazu auf, den Beitritt Rumäniens zum Schengen-Raum mit mehr Gelassenheit zu behandeln. Damit kritisiert er nicht nur den innenpolitischen Umgang mit diesem Thema in Rumänien, sondern auch die bundesdeutsche Diskussion, in der das Thema zum Wahlkampfthema wurde sowie europäische Überlegungen zu Sonderregeln der Grenzkontrolle für Rumänien.

Ein Beispiel dafür, wie sich die deutschen Minderheiten politisch positionieren können, ist der Konflikt um den Goldabbau im siebenbürgischen Roșia Montană. Bereits Anfang September 2013 stellte sich das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien „ausdrücklich in einer Pressekonferenz (...) gegen das Projekt“ (HZ, 6. September 2013). In einem Artikel unter der Überschrift „Wir brauchen keine Zyanide!“ wurde nicht nur auf die Gefährdung der Umwelt durch die Abbaumethode hingewiesen, sondern auch auf die Tatsache, dass die Firma, die die Abbaulizenz erworben hat, durch horrenden Werbesummen sowohl regierungsfreundliche als auch regierungsfeindliche Medien gekauft habe.<sup>190</sup>

Die deutschen Minderheitenmedien begreifen sich in diesem Zusammenhang als unabhängige Aufklärer und Politikmacher, die über Protestveranstaltungen<sup>191</sup> und die Problematik des Projekts berichten:

„Über die Wechselhaftigkeit und die fehlende Transparenz in diesem Falle sprach auch der DFDR-Landesvorsitzende Porr. Einerseits habe man das Ergebnis des bereits im Kreis Alba organisierten Referendums unter den Teppich gekehrt, das wegen fehlendem Quorum nicht validiert worden war. Andererseits habe Pontas Regierung praktisch eine Lüge aufgetischt, als erklärt wurde, dass nach Verhandlungen die Situation eine ganz andere wäre, denn geändert wurden einfach einige Zahlen, das Projekt bleibe weiterhin umstritten.“ (HZ, 6. September 2013: 3)

Auch in der „ADZ“ findet dieses Thema seinen Niederschlag. In einer Pressemitteilung des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien vom 24. September 2013, die unter dem Titel „Umschichtungen und Bildung“ in der Zeitung vollständig abgedruckt wurde, heißt es: „Ferner informierte der DFDR-Abgeordnete über die Beratung mit dem DFDR-Vorsitzenden, sich gegen das Goldabbauprojekt in Roșia Montană zu positionieren.“

## Ungarn

Die Interessensvertretung in den Minderheitenmedien der Ungarndeutschen ist meist sehr konkret auf alltägliche Bedürfnisse der Gemeinschaft ausgerichtet. So berichten die „NZ“ sowie die Kurz-

<sup>191</sup> Vgl. ADZ vom 31. August 2013: „Temeswar - Hunderte Temeswarer wollen am Sonntagnachmittag ab 17 Uhr auf dem Opernplatz gegen das neue Bergbaugesetz der Regierung protestieren. Das neue Gesetz erlaubt den Goldabbau in der Bergregion Roșia Montană. Die Demonstranten befürchten, dass durch den Einsatz von umweltschädlichen Stoffen wie Cyanide die Natur stark geschädigt wird. Das neue Gesetz befreit die Bergbaugesellschaft „Roșia Montană Gold Corporation“ von jedwelcher Verpflichtung.“

nachrichten im deutschsprachigen Radio- und Fernsehprogramm über Stipendiausschreibungen der Robert Bosch Stiftung für Studierende aus Mitteleuropa, die der Minderheit angehören, über den 10. Jahrestag eines Vereins der Freiwilligen Feuerwehr in einem „schwäbischen Dorf“ Ungarns,<sup>192</sup> über die Stiftung eines Preises, der das Ansehen der deutschen Sprache und Kultur steigern soll<sup>193</sup>, über die Vergabe des Lenau-Preises an einen deutschen Historiker für sein Buch „Geschichte der Deutschen

in Ungarn“<sup>194</sup>, über Publikationen, die sich mit Perspektiven der deutschen Nationalität im Ungarn des 21. Jahrhunderts beschäftigen<sup>195</sup> oder über Fortbildungsangebote des „Ungarndeutschen Pädagogischen Instituts“ für Kindergärtnerinnen. Auffällig an diesen ganz unterschiedlichen Aktivitäten ist die doppelte Ausrichtung. Einerseits wenden sie sich nach innen an die Gruppe der Ungarndeutschen. Indem man über Stipendiausschreibungen, die Stiftung eines Preises oder die Möglichkeiten, für bestimmte Nationalitäten-Projekte Gelder zu akquirieren, berichtet, wird den Angesprochenen deutlich, dass ihre Zugehörigkeit zur Minderheit eine Möglichkeit darstellt, sich persönlich und als Gruppe weiterzuentwickeln. Zugleich aber wird nach außen signalisiert, dass staatliche Institutionen und Stiftungen die Existenz der Minderheit für so wichtig erachten, dass für sie Gelder zur Verfügung stehen.

Auf politisch-institutioneller Ebene wird viel über die Möglichkeiten der Finanzierung von Nationalitätenprojekten berichtet.<sup>196</sup> Im Zuge der

192 Aus dem Beitrag „Freiwillige deutsche Nationalitätenfeuerwehr Ofalo zehn Jahre alt. Kleines Dorf – Große Gemeinschaft“ in der Neuen Zeitung vom 8. November 2013: „Bewusst trägt der Verein im Namen die Bezeichnung deutsche Nationalitätenfeuerwehr, in einem Ort, wo 96 Prozent der Bevölkerung deutscher Abstammung ist, ist das selbstverständlich. Auch erhoffen sie dadurch zusätzliche Bewerbungsmöglichkeiten bei Nationalitäten-Ausschreibungen, doch in den vergangenen zehn Jahren gab es keine finanzielle Hilfe auf Minderheitenebene für den wohl einzigen deutschen Nationalitätenfeuerwehrverein des Landes.“

193 Aus dem Beitrag „Ansehen der deutschen Sprache und Kultur vermehrt“ in der Neuen Zeitung vom 8. November 2013: „In Dunakeszi erlebte man Professor Dr. Antal Madl (1929-2013) als Gründungsvorsitzenden der Deutschen Selbstverwaltung. 2006 ließ sich der anerkannte Germanist überreden, auch in der Praxis etwas für seine Volksgruppe zu tun. Vor allem für die Stärkung des Prestiges der deutschen Sprache und Kultur setzte er sich als Vorsitzender ein mit Vorträgen, Aufklärungsarbeit in den Grundschulen und im Gymnasium, mit der Gründung des Lenau-Preises für Deutschlehrer, für Maturanden, sogar für Grundschüler. Verliehen wurden diese Auszeichnungen bei offiziellen städtischen Feierlichkeiten, was das Ansehen der deutschen Sprache und Kultur weiter mehrte.“

194 Aus dem Beitrag „Mein Buch ist bei den Ungarndeutschen angekommen“ in der Neuen Zeitung vom 14. Dezember 2012, ein Gespräch mit Dr. Gerhard Seewann, Lenau-Preisträger 2012: „Man muss die Geschichte einer Volksgruppe nicht nur aus der Sicht der ungarischen Geschichte erforschen, sondern das Ganze auch aus der Sicht der Minderheit. Man muss die ungarische Geschichte und die Geschichte der Minderheit zusammen bringen. Die Gruppe selbst muss in den Mittelpunkt gestellt werden, das haben die Ungarn nicht gemacht.“ (...) NZ: Zwar arbeiten die Wissenschaftler mit Fakten. Welche Botschaft, Bedeutung trägt aber das Buch, das die ganze Geschichte der Deutschen in Ungarn von der Staatsgründung bis zur Gegenwart aufarbeitet?“ GS: „Dass Ungarn durch die kulturelle Vielfalt seiner Minderheiten das geworden ist, was es heute ist. Ein reiches Land an Begabungen, an Nobelpreisträgern... Dieses Zusammenleben der Kulturen, Sprachen und Konfessionen macht in diesen tausend Jahren, seit Stephan I., den Reichtum Ungarns aus. Das ist auch heute eine fantastisch gute Ausgangsbasis, auch wenn das viele heutzutage nicht akzeptieren wollen.“

195 Vgl. Neue Zeitung vom 8. November 2013 den Beitrag „Traditionspflege und Erneuerung. Perspektiven der deutschen Nationalität in Ungarn im 21. Jahrhundert. Erster Band der Neue Zeitung Bücher Reihe Wissenschaft erschienen.“

196 Etwa in der ungarndeutsche Radiosendung vom Oktober 2013.

Umsetzung von kultureller Autonomie werden in letzter Zeit immer mehr Einrichtungen in die Trägerschaft der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen (LdU) aufgenommen. Dazu gehört die Übernahme der Wirtschaftsführung von drei Institutionen: „Ungarndeutsches Pädagogisches Institut“, „Ungarndeutsches Kultur- und Informationszentrum“ sowie „Deutsche Bühne Ungarn“. „Durch die gemeinsame Verwaltung aus der Zentrale kann gespart werden, die Konzentration ermöglicht auch einen besseren Überblick!“, schreibt die „NZ“.<sup>197</sup> Denn die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen plant – vergleichbar der Konzeptionierung im ungarndeutschen Unterrichtswesen – eine umfangreiche Strategie für den Kulturbereich.

Jenseits dieser sehr konkreten Interessensvertretung hat es sich die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen seit einiger Zeit zur Aufgabe gemacht, ihre Interessen stärker politisch zu verfolgen und die Basis mehr einzubinden. Insbesondere in der „NZ“ wird die Stimmabgabe für die Selbstverwaltung beworben:

„In den vergangenen vier Wahlperioden haben wir bewiesen, dass wir die Möglichkeiten, die uns das Modell der Minderheitenselbstverwaltung bietet, nutzen konnten. Wir haben eine starke Interessensvertretung aufgebaut. Die überwiegende Mehrheit unserer Abgeordneten arbeitet engagiert und selbstlos für die Bewahrung unserer Muttersprache, unseres kulturellen Erbes, unserer Identität. (...) Die Wahl bietet uns die Möglichkeit, uns stolz zu unseren bisherigen Erfolgen und zu unserer Zugehörigkeit zu bekennen und unsere Vertreter für die nächsten vier Jahre selbst zu wählen!“ (NZ vom April 2010)

Diese Ambitionen spiegeln sich auch in den Medien wider. Zum Beispiel gibt es nach der Verabschiedung eines neuen Nationalitätengesetzes 2011 in Ungarn eine intensive Beschäftigung mit der Frage, welche Konsequenzen und Chancen die neue Gesetzgebung für die ungarndeutsche Minderheit hat.<sup>198</sup> So organisiert die LdU im Jahre 2012 eine eigene Fortbildungsreihe, um die rechtlichen Regelungen bekannt zu machen und eine Strategie für den erfolgreichen Umgang mit diesen an ihre Basis weiterzugeben.<sup>199</sup> Neben dem Nationalitätengesetz wurde auch das Wahlgesetz neu verabschiedet. Deutlich wird das Ziel formuliert, bei den Wahlen 2014 als LdU eine parlamentarische Vertretung auf Landesebene zu erlangen, was im Gegensatz zu Polen und Rumänien in Ungarn bislang nicht möglich war.<sup>200</sup> Voraussetzung dafür ist jedoch – wie auf kommunaler Ebene – dass sich die Wähler zuvor in einem Verzeichnis deutscher Wähler registrieren lassen und zugleich darauf verzichten, ihre Stimme auf der allgemeinen Parteiliste abzugeben. Das zentrale Argument ist, etwas, was auf kommunaler Ebene in Ungarn mit 37 Abgeordneten der LdU schon vielfach erfolgreich war, nämlich eine Vertretung der kulturellen und bildungspolitischen Interessen der Minderheit, auch auf die Landesebene zu übertragen. Der Gesandte der Deutschen Botschaft in Budapest, Klaus Riedel, schätzt die Chancen, damit im Jahr 2014 erfolgreich zu sein, als gut ein.<sup>201</sup>

Die Medien wollen nicht nur die eigene Zielgruppe mobilisieren, sondern lenken auch den Blick auf die Bundesrepublik Deutschland. Die Vertreter deutscher Institutionen werden explizit als Adres-

197 Vgl. Neue Zeitung vom 14. Dezember 2012: 1/3 „Letzte Sitzung der LdU-Vollversammlung 2012, „Noch kein Haushalt für das kommende Jahr“.

198 Vgl. den Beitrag „Deutschland besorgt wegen Minderheitenpolitik in Ungarn“ in der Neuen Zeitung vom 23. März 2012.

199 Vgl. Neue Zeitung vom 20. Januar 2012 mit dem Beitrag „Kraft und Ansporn zur Interessenvertretungsarbeit geben“.

200 Vgl. Neue Zeitung vom 6. Mai 2011: 1/2, Beitrag „Parlamentarische Vertretung der Minderheiten – für und wieder“.

201 Vgl. Neue Zeitung vom 20. Januar 2012 mit dem Beitrag „Kraft und Ansporn zur Interessenvertretungsarbeit geben“.

saten für die Aufforderung zur finanziellen und politischen Unterstützung betrachtet. Darauf reagierte Christoph Bergner, der Staatssekretär des Bundesministeriums des Innern für Aussiedlerfragen und Nationale Minderheiten, im März 2012 in einem Interview mit der „NZ“ einerseits mit der Versicherung, dass die Bundesregierung die Neuregelungen in Ungarn, die auch die Minderheiten betreffen, sehr aufmerksam verfolge. Zugleich sendete er beschwichtigende Signale.<sup>202</sup>

Auch auf allgemeinpolitischer Ebene versuchen die Ungarndeutschen einen Fuß in die Tür zu bekommen. So machen sie den Vertreter der Bundesregierung darauf aufmerksam, dass der Vorschlag der Bundesregierung, eine gemeinsame deutsch-ungarische Regierungskommission zu bilden, die von der LdU sehr begrüßt worden sei, an der ungarischen Regierung gescheitert sei. Insofern sei die Bedeutung der LdU als Ansprechpartner und Brückenbauer zwischen beiden Regierungen von noch

größerer Bedeutung.<sup>203</sup> Auch weisen die Ungarndeutschen darauf hin, dass die massiven Sparmaßnahmen der ungarischen Regierung in den letzten zwei Jahren, insbesondere im Bereich der ungarndeutschen Minderheitenmedien, zu Stelleneinsparungen geführt haben, die von der Minderheit kaum noch auszugleichen seien. Wo früher sechs Redakteure ihre Arbeit taten, gäbe es jetzt nur noch drei. Das ginge auf Kosten der Qualität, so Kristina Arnold im Interview.<sup>204</sup>

### Ergebnisse der „Thematisierung von gesellschaftspolitischen Konflikten und Interessenspolitik“ in den drei Ländern im Vergleich

Während im Hinblick auf das Selbstbild der deutschen Minderheit in Polen eine Polarisierung zu beobachten ist, findet im Bereich der politischen Praxis von Projekten und Initiativen, wie er sich in den Medien der Minderheiten darstellt, eine andere Entwicklung statt: Hier dominieren Zusammenarbeit, transnationale Inklusion und europäische Orientierung. Letztlich scheinen hier die Rahmenbedingungen für nationale und europäische Fördergelder erfolgreich die Richtung vorzugeben. Die politischen Akteure der deutschen Minderheiten in Rumänien fühlen sich offenbar gleichermaßen als Interessensvertretung der eigenen Minderheiten wie als Korrektiv und „Macher“ in gesamtgesellschaftlichen rumänischen Angelegenheiten. Der politischen Vertretung der Ungarndeutschen ist

202 Vgl. den Beitrag „Deutschland besorgt wegen Minderheitenpolitik in Ungarn“ in der Neuen Zeitung vom 23. März 2012, Christoph Berger, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedler und Minderheitenfragen meint: „Wichtig ist, dass wir sehr aufmerksam sind, was die Situation der Ungarndeutschen betrifft. Diese Situation machen wir auch zum Gegenstand der Gespräche mit der ungarischen Regierung. Ich verstehe jedoch das veränderte Minderheitengesetz so, dass nach wie vor bei der ungarischen Regierung die Philosophie gilt, dass die Vielzahl der nationalen Minderheiten in Ungarn einen Reichtum des Landes darstellt. Wenn diese Grundphilosophie auch weiterhin gilt, wovon ich ausgehe, dann muss man sich fragen, wie die Entwicklungsbedingungen der Nationalitäten sind. Aus den Gesprächen mit Vertretern der Regierung habe ich gelernt, dass für die ungarische Regierung das sogenannte ‚Ethnobusiness‘ ein Problem ist. Mir ist immer gesagt worden, dass dies nie ein Problem der Ungarndeutschen gewesen ist, so ist es wichtig, dass bei der Lösung dieses Ethnobusiness-Problems sich nicht auch die Bedingungen der Ungarndeutschen verschlechtern. Ich habe festgestellt, dass im Moment eine große Verunsicherung bei den Minderheiten da ist. Ich sehe das alles mit einer gewissen Sorge. Ich verstehe zwar, dass solche Veränderungen eine gewisse Umstellungszeit brauchen, aber ich hoffe, dass es gelingt, hier die Kontinuität der Arbeit zu sichern.“

203 Ebd., Zitat von Christoph Berger: „Wir haben natürlich in dieser Frage die Haltung der ungarischen Regierung zu akzeptieren. Wir haben die Signale erhalten, dass man zwar die Zusammenarbeit sucht, aber man keinen Anlass sieht, eine solche Kommission auf die Beine zu stellen. Mir ist es wichtig, dass wir Dialogstrukturen haben. Diese Dialogstrukturen müssen so genutzt werden, dass die Ungarndeutschen da als eine Brücke funktionieren können. Das ist im Interesse beider Staaten, aber wenn die ungarische Seite eine gemischte Kommission nicht für das geeignete Instrument hält, dann respektieren wir das, wir versuchen jedoch, den Dialog weiterzuführen und fortzusetzen.“

204 Vgl. „FunkMagazin“

eine Konsolidierung in den Bereichen kulturelle Autonomie und Sprachförderung gelungen. Insbesondere die Projektförderung findet einen starken Niederschlag in den Minderheitenmedien.

### 4.3 Geschichtsthematisierung als Identitätsstiftung

Für die kollektive Selbstdefinition von national, religiös oder sprachlich abgegrenzten Gruppen spielt die jeweilige Sichtweise auf die Geschichte eine zentrale Rolle, wie der Geschichtsdidaktiker Borries in seiner ländervergleichenden Studie zum Geschichtsbewusstsein empirisch nachweist.<sup>205</sup> Begreift man also in diesem Sinne „Identität“ als komplexen und zeitlich begrenzten Ausdruck historischer Selbstreflexion, so ist „Hybridität“ Ausdruck eines Bewusstseins von der Vieldeutigkeit und Multiperspektivität der eigenen Erinnerungen und Geschichte. Die Frage, wie Geschichte in den Minderheitenmedien der untersuchten Länder thematisiert wird, ist deshalb von großer Bedeutung, weil die Minderheiten ihr Wir-Gefühl unter anderem aus Deutungen historischer Ereignisse beziehen. In manchen Fällen können diese Deutungen erheblich von jenen der Mehrheitsgesellschaft abweichen. Insofern sind gerade Fälle, in denen die Deutung historischer Ereignisse umstritten ist und innerhalb der Medien – möglicherweise konfliktuell – ausgehandelt wird, besonders aussagekräftig für die Frage der Vergemeinschaftung deutscher Minderheiten durch Medien in Polen, Rumänien und Ungarn. Denn in solchen Fällen kommt die Zeitweiligkeit und Veränderbarkeit der Konzepte Identität und Hybridität zum Tragen (vgl. Hall 1990: 226).

Systematisch vergleichend wird im Folgenden der Frage nachgegangen, inwiefern historische Ereignisse in den Medien diskutiert werden, die für die deutschen Minderheiten in den jeweiligen Län-

dern mit Zugehörigkeit bzw. fehlender Zugehörigkeit zusammenhängen. Denn was in Medien auf welche Weise erinnert bzw. nicht erinnert wird, verweist letztlich immer auf Fragen der Legitimation und Delegitimation der politisch-gesellschaftlichen Ordnung. Folglich ist die Thematisierung von Geschichte in den Medien eine Frage sowohl der Innenperspektive einer bestimmten Minderheitengesellschaft als auch des Verhältnisses zur Mehrheitsgesellschaft. Identität und Hybridität können jeweils als Ergebnis historischer Positionierungen und deren Artikulation betrachtet werden.

#### Polen

Geschichte und ihre Darstellung sind nach wie vor eine heikle Angelegenheit zwischen Deutschen und Polen. Immer wieder erweisen sich historische Themen als verminter Raum. Auch in den Medien der deutschen Minderheit in Polen spiegeln sich die Konflikte um die Frage des „richtigen“ Gedenkens und insbesondere um die richtige Bewertung des Erinnerten. Unter drei Gesichtspunkten wird im Folgenden die Thematisierung von Geschichte und Erinnerung in den Medien der deutschen Minderheit analysiert: Welche Zeiten und Ereignisse werden thematisiert und welche tabuisiert? Mit welchen Themen sind geschichtspolitische Initiativen, Kampagnen und Lobbyismus möglich? Anhand welcher historischen Themen betreiben die Medien eine Multiperspektivierung von Geschichte und Erinnerungen?

#### Thematisierung und Tabuisierung

Einen wichtigen Stellenwert in den Printmedien, im Radio und im Fernsehen nehmen Artikel und Beiträge ein, die sich mit der Situation der deutschen Minderheit seit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen. Hierbei geht es nicht nur um die generelle Lebenssituation als deutsche Minderheit in dieser Zeit, sondern insbesondere um die Frage, inwiefern

205 Vgl. v. Borries/Rüsen 1994: 13.

es möglich war, die eigene Sprache und kulturelle „Identität“ zu bewahren, und welche emotionale Bindung Menschen mit dieser aufbauen konnten:

„In der Schule gab es keinen Deutschunterricht. In der Öffentlichkeit wurde es sehr negativ bewertet, wenn jemand Deutsch sprach. Deshalb hatten wir Angst Deutsch zu sprechen. Bis 1990 hatte ich Angst, mich zu meiner deutschen Identität zu bekennen, denn man wusste nie, mit wem man es gerade zu tun hatte.“ (Oberschlesische Stimme, 15.-28. März 2013: 4)

In den Beiträgen geht es vielfach darum, wie schwierig es war, die deutsche Sprache, die ja eigentlich Muttersprache sein sollte, überhaupt zu erlernen bzw. an die eigenen Kinder weiterzugeben. In einem Beitrag des „Schlesien Journal“ über die jährlich stattfindende Wallfahrt nach Albendorf am 2. August kommt Ähnliches zur Sprache. Einige Interviewpartner sagen, dass die Marien-Wallfahrt in der Nachkriegszeit der einzige Anlass war, zu dem gefahrlos Deutsch gesprochen werden konnte und bei dem „man offen die deutsche Identität ausüben konnte.“ (Schlesien Journal, 27. August 2013) Noch deutlicher wird die Homogenisierung von Glaube, Ethnizität und Sprache im folgenden Satz: „In der Heimat, in Albendorf, bei Maria-Muttergottes, finden bis heute Deutsche aus Niederschlesien, Oberschlesien, Tschechien und Deutschland Zuflucht.“<sup>206</sup> Die kulturelle Diskriminierung von ehemals Deutschen in Polen brachte nicht selten auch soziale und wirtschaftliche Nachteile mit sich, wie es in einem Artikel mit dem Titel „Aber wir hatten zwei Renten...“ (vgl. Allensteiner Nachrichten, 24. März 2013) beschrieben wird. Die Mitglieder der deutschen Minderheit werden als eindeutige Verlierer der Geschichte und in gewisser Hinsicht als Opfer dargestellt, die von beiden Seiten im Stich gelassen werden, von Seiten der polnischen Behörden genauso

wie von ihren Familienangehörigen in Deutschland. Jenseits von Diskriminierung geht es nicht selten auch darum, die pure Existenz der deutschen Minderheit im Nachkriegspolen in den Blick zu rücken und zu betonen, dass bestimmte Orte und Städte unter anderem eine deutsche Tradition und Geschichte besitzen. So berichtet zum Beispiel ein Artikel im „Wochenblatt“ über die Entdeckung von alten Dokumenten im Altarraum einer evangelischen Kirche in Lods. Der Autor regt sich darüber auf, dass in sämtlichen Berichten des polnischen Fernsehens und der polnischen Zeitungen nicht darauf hingewiesen wurde, dass die Texte deutschsprachig sind. Unter der Überschrift „Dummheit, Provokation oder nationalpolitische Korrektheit?“ problematisiert der Artikel die gängige Praxis polnischer Medien, deutsche Traditionen in Polen, die auf die Vorkriegszeit verweisen, zu verschweigen oder gar zu leugnen.<sup>207</sup> Wie heikel die Frage des Gedenkens nach wie vor ist, zeigt auch ein anderer Vorfall, über den unter der Überschrift „Historisches Halbwissen“ berichtet wird: Im Raum Ermland-Masuren empört sich ein polnischer Bürger über die Instandsetzung einer Tafel für Gefallene des Ersten Weltkriegs. Sein Brief an Medien und Politik sei von einigen polnischen Medien unkritisch zitiert worden und

„stoße bei Einwohnern des Dorfes und Historikern auf Unverständnis. Den historisch falschen Vorwurf des ‚Erinnerns an Soldaten einer Besatzungsarmee‘ halten die Dorfbewohner für Unsinn. ‚Es sind deutsche und polnische Namen auf den Tafeln. Das sind unsere Vorfahren.‘“ (Wochenblatt, 15.-21. Februar 2013: 4)

In beiden Fällen lässt sich erkennen, dass der Konflikt um das Gedenken zwischen deutscher Minderheit und polnischer Bevölkerung keinesfalls durchgehend befriedet ist. Es reichen offenbar geringe

206 Vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=UC3p76NSYh0>, Beitrag vom 27. August 2013)

207 Vgl. Wochenblatt vom 15.-21. Februar 2013: 5, Beitrag „Dummheit, Provokation oder nationalpolitische Korrektheit?“



Anlässe, um auf polnischer Seite die Furcht vor einer revisionistischen Bewegung und innerhalb der Interessensvertretung der deutschen Minderheit das Gefühl auszulösen, dass ihre Existenz und Geschichte verleugnet oder unangemessen behandelt werden.

### **Geschichtspolitische Initiativen, Kampagnen und Lobbyismus**

Neben solchen Debatten über die Diskrepanzen zwischen dem Gedenken und seiner Bewertung berichten die Medien vielfach über die zahlreichen geschichtspolitischen Initiativen und Kampagnen. Die Art der Initiativen, die ihren Niederschlag in den Minderheitenmedien finden, zeigt, wie wenig selbstverständlich der Umgang mit deutschen Spuren in jenen Regionen ist. Unter Überschriften wie „Guber stellt die Geschichte wieder her“<sup>208</sup> (Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren, September 2013: 12), „Retten vor dem Vergessen“ (Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren, September 2013: 12) oder „Vor dem Vergessen bewahren“ (Wochenblatt, 13.-19. September 2013: 7) werden Gedenkorte, die mit der deutschen Vergangenheit in den Regionen zusammenhängen, wiederhergerichtet. Bemerkenswert ist die Bedeutung, die solchen Aktivitäten zugeschrieben wird. Das Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren vom September 2013 deutet die Restaurierung und Enthüllung eines Gedenksteins für drei Deutsche, die im Ersten Weltkrieg gefallen waren und denen vom damaligen Gutsbesitzer Graf Eulenburg ein Gedenkstein gesetzt worden war, als „enorme Aktion der Verständigung der Nationen nach langer Zeit der Feindschaft“ und als „Brückenbau über die Vergangenheit (...)“. Die Gesellschaft, auf deren Initiative der Gedenkstein wiederhergerichtet wurde, hat sich zum Ziel gesetzt, die „Geschichte wieder-

herzustellen“. Einen ganz ähnlichen Impetus hat ein Artikel aus dem „Wochenblatt“. Hier tritt die Minderheit für die Wiederherstellung eines Denkmals für „Dr. Paul Ritter, Gutsverwalter derer von Hochberg“ ein, welches 1908 enthüllt wurde: „Dank einer gemeinsamen Initiative des Vereins ‚Stowarzyszenie Górnixza Pamięć‘ und der Waldenburger Deutschen soll das wertvolle Objekt nun binnen kurzem seinen früheren Glanz wieder erlangen.“ (Wochenblatt, 13.-19. September 2013) Aussagekräftig ist die immense Bedeutungsaufladung, die solchen kleinen Initiativen als symbolische Akte zugeschrieben werden. Die Restaurierung eines Gedenksteins wird zur „Verständigung“ und zu einem Brückenschlag, der die „Feindschaft“ zwischen den Nationen überwindet. Die Bedeutungsdimension, die eine so geringfügige Initiative in den Medien der deutschen Minderheiten entwickelt, zeigt, wie schwierig der Umgang mit der Vergangenheit lange war und mitunter immer noch ist. Zugleich bedienen sich die Akteure einer Begrifflichkeit, die innerhalb der EU Common Sense ist und auf politische sowie finanzielle Unterstützung hoffen darf. Das Etikett „Völkerverständigung“ hat sich in diesen Zusammenhängen zu einem genauso zuverlässigen wie wirksamen Schlagwort entwickelt. So stellt die Minderheit ihr ursprünglich nationales Gedächtnis in einen universalisierenden Kontext, über den es ihr möglich ist, die besondere geschichtspolitische Akzentuierung wie eine Lobby zu vertreten.

### **Multiperspektivierung von Geschichte**

Neben Lobbyismus geht es jedoch auch darum, dass die Minderheitenmedien von offiziellen Institutionen wie zum Beispiel polnischen Museen und Schulbehörden eine Multiperspektivierung von Geschichte einklagen. Institutionen, die für das offizielle, staatliche Gedenken zuständig und verantwortlich sind und staatlichen bildungspolitischen Vorgaben unterliegen, sollen veranlasst werden, Geschichte in ihrer kulturellen, nationalen und ethnischen

208 Gemeint ist die Gesellschaft „Dolina Gubra“ (Tal der Guber).



Vielfalt zu erzählen. Eine solche Zielsetzung ist eine größere Herausforderung als die bislang geschilderten lokalen und dezentralen Initiativen. Die Minderheitenmedien verhehlen die politische Stoßrichtung und die Konflikthaftigkeit eines solchen Ansatzes nicht. Im Grunde scheint ihnen bewusst zu sein, dass es hier nicht nur um Erinnerungspolitik, sondern auch um Legitimation der eigenen Existenz als Minderheit geht. Besonders einschlägig ist ein Interview des Chefredakteurs des „Wochenblatts“ mit dem Leiter einer Studie des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig im März 2013 über Nachwende-Bücher in Schlesien.<sup>209</sup> Ausgehend von der Frage, warum die eigene Familiengeschichte von Kindern aus Minderheitenfamilien selten zu der offiziellen Darstellung der Geschichte in den Schulbüchern passt, beschäftigte sich das Forschungsinstitut mit der Darstellung Schlesiens in Schulbüchern für Geschichte, die nach 1989 produziert wurden. So bezeichnet der Studienleiter Schlesien als eine Region, die „wichtige Ansatzpunkte für Mehrfachidentitäten“<sup>210</sup> bietet und das Potenzial hat, „kontroverse Geschichte“<sup>211</sup> zu erzählen. Jedoch kommen beide Phänomene, „Mehrfachidentitäten“ und „kontroverse Geschichte“, in Bezug auf Schlesien bislang in den polnischen Schulbüchern nicht vor, im Gegensatz zu entsprechenden Darstellungen zum Beispiel in der Region Ermland und Masuren. Die Zeitung appelliert im Folgenden an das Engagement einflussreicher Leute in der Region: „(...) Eliten aus den Woiwodschaften Oppeln und Schlesien sollten eine gemeinsame Strategie ins Auge fassen, die auch die deutsche Minderheit ins Boot holt.“ (Wochenblatt, 15.-21. März 2013: 1/10)

Zugleich analysiert der Studienleiter, wie stark polarisiert die Geschichtsnarrative Oberschlesiens

sind: Die „Multiperspektivität“ und eine Darstellung der „dynamischen Entwicklung“ „fehlt den Oberschlesien-Narrativen, die immer noch vereinnahmend wirken.“<sup>212</sup>

Die Vereinnahmungs- und Vereindeutigungsfrage stellt in den deutschen Minderheitenmedien immer wieder ein Problem dar, welches von polnischer Seite mit dem Vorwurf des Revisionismus quittiert wird. Über ein Beispiel gelungener Multiperspektivierung berichtet das „Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren“ im September 2013. Gegenstand der Verständigung ist kein geringerer als die Geschichte des „Deutschen Ordens“ und seine historische Bedeutung im heutigen Polen. Anlass sind die Feierlichkeiten zum 770-jährigen Bestehen der preußischen Diözesen und der Besuch des 65. Hochmeisters des Deutschen Ordens in Soldau:

„Bei seinem Amtsantritt vor 13 Jahren hätte sich der jetzige Hochmeister des Ordens, Doktor Bruno Platter, sicher nicht träumen lassen, dass er einmal in Polen so selbstverständlich und freundlich empfangen wird, wie das heute der Fall ist.“ (Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren, September 2013: 16)

Der Artikel verweist auf die ungeheure historisch-nationalistische Aufladung der Geschichte. Denn der Deutsche Orden und seine Niederlage gegen das Polnische Königreich in der Schlacht von Tannenberg bzw. Grunwald 1410 fungierte in polnischen Narrativen als zentraler nationaler Mythos in Zeiten der nationalen Teilung und Unterdrückung. Auf deutscher Seite wurde seit dem Ende des 19. Jahrhunderts der Deutsche Orden als „Kolonisator des deutschen Ostens“ glorifiziert und seit der zweiten Schlacht bei Tannenberg 1914 nationalistisch aufgeladen und in Form des 1927 erbauten monumentalen Tannenberg-Denkmal im Nationalsozialismus er-

209 Vgl. Wochenblatt vom 15.-21. März 2013: 1/10, Beitrag „Verminderter Kulturraum“.

210 Ebd.

211 Ebd.

212 Ebd.

neut mythisiert. Erst vor diesem Hintergrund ist die Bedeutung der gemeinsamen Eröffnung eines Museums der Geschichte des Deutschen Ordens verständlich, die als „weiteres positives Signal auf dem Weg zur Normalisierung“ gefeiert wird. Der Hochmeister des Deutschen Ordens, Dr. Bruno Platter, urteilt:

„Es ist ein ganz hervorragendes, interessantes Museum mit Einbindung aller nur denkbaren Medien geworden. Sehr positiv ist auch, dass ohne großes Hin und Her gesagt wird, so und so ist es gewesen und hat sich entwickelt. Ein ganz unkomplizierter Zugang zum Deutschen Orden, der hier von polnischen Wissenschaftlern erstellt wurde.“ (Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren, September 2013: 16)

## Rumänien

Auf den ersten Blick fällt in den Medien eine selbstbewusste und stolze Beschäftigung mit der langen Geschichte und den reichen Traditionen der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben auf. Mal wird unter der Überschrift „Aus unserer Urheimat“ über Burzenländer Sagen und Ortsgeschichte berichtet (vgl. Karpatenrundschau, 7. Juni 2013: 1), mal über den Volksdichter Adam Müller Guttenbrunn, dessen Werk auf den 11. Heimattagen der Banater Schwaben in Temeswar gewürdigt wurde (vgl. HZ, 31. Mai 2013). Solche Beiträge gehen meist von der jeweiligen spezifischen Tradition und Geschichte der Gruppe der Siebenbürger Sachsen bzw. der Banater Schwaben aus, betonen also die kulturelle und konfessionelle Besonderheit und die Differenz zu der jeweiligen anderen Gruppe der Deutschen in Rumänien bzw. zu der rumänischen Gesamtgesellschaft. Dabei stehen die besondere Kultur und das Brauchtum im Vordergrund, eine Perspektive, die einerseits Vergangenheit gegenwärtig werden lässt, zugleich aber auch die lebendige Gegenwart betont und auf Zukünftiges verweist. Lieder werden gesungen, deren Ursprung im frühen 19. Jahrhun-

dert liegt und deren Bedeutung im späten 19. und im frühen 20. Jahrhundert noch deutlich gestiegen ist. Sie werden zu unterschiedlichen Anlässen gesungen, ob man nun der in die Bundesrepublik abgewanderten Verwandten und Freunde gedenkt, der im Ort Verstorbenen oder derer, die bei der Deportation in die Sowjetunion ums Leben kamen. Text und Melodie des Lieds „Ich hatt' einen Kameraden“ ist offenbar für jegliches Gedenken an Gemeinschaft und den Verlust Einzelner geeignet. Dies hat eine gewisse Entzeitlichung und Enthistorisierung zur Folge, die der Tradition, dem Brauchtum und der Kultur, letztlich der Gemeinschaft, eine unhinterfragte Gültigkeit verschafft.

Demgegenüber steht eine Erinnerungskultur, die zu bestimmten Anlässen in den Minderheitenmedien sehr präsent ist. Zwei Themenbereiche kommen zur Sprache, die beide kein partikulares Selbstverständnis und Gedenken bedienen, sondern im Hinblick auf zwei unterschiedliche Richtungen universal sind: Der eine Themenkomplex betont den „hervorragenden Beitrag zur Geschichte, zur Entwicklung Rumäniens und dessen kulturellen Reichtum“<sup>213</sup>, ein Topos, der inzwischen auch von der politischen Elite Rumäniens übernommen wurde und in Zusammenhängen auftaucht, in denen von den deutschen Minderheiten und ihrer Bedeutung für Rumänien die Rede ist.<sup>214</sup> Dabei setzen die beiden Minderheitengruppen, die Banater Schwaben und die Siebenbürger Sachsen, auf ein gemeinsames, universalisierendes Selbstverständnis: Sie haben als Teil Rumäniens einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Lands geleistet. Dies geschieht gerade im Rückgriff auf das eigene ausgeprägte Traditionsverständnis. So berichtet die „ADZ“ über die ver-

213 Vgl. Rede des Außenministers Titus Corlăţean, der darin das Gesetzesvorhaben der Regierung, das Dekret 118/1990 zu ändern, unterstützte.

214 Vgl. Beitrag „Rumänisches Parlament verabschiedet einstimmig Entschädigungsgesetz“ auf [www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel](http://www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel)

fassungsmäßige Festschreibung der Bedeutung der nationalen Minderheiten in Rumänien.<sup>215</sup> Zugleich verweist sie darauf, dass die Verfassung bislang offene Fragen der Minderheitenrechte beantwortet: „Durch die neue Verfassung geklärt wird auch eine Angelegenheit, die in den letzten Monaten für viel Wirbel gesorgt hat (Hissen der Szeklerfahne).“ Dazu zitiert die „ADZ“ wörtlich die Verfassung: „die nationalen Minderheiten können im öffentlichen oder privaten Raum frei ihre eigenen nationalen Symbole gebrauchen, die ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität darstellen.“ Auf der Grundlage eines ausgeprägt partikularen Selbstverständnisses wird hier eine universale Verpflichtung gegenüber der rumänischen Gesamtgesellschaft und dem Staat abgeleitet. Ein ganz ähnlicher Mechanismus lässt sich in einem Bericht der „ADZ“ wahrnehmen, in dem es um ein Treffen der Sathmar-Schwaben in Biberach unter dem Motto „Aufbruch! Kulturerbe erhalten. Zukunft kraftvoll gestalten!“ geht. Als politischer Vertreter des Kreises Sathmar – und nicht als Vertreter der Sathmar-Schwaben – sagt der Vizepräfekt des Kreises Sathmar/Satu Mare, Rudolf Riedl, der zur deutschen Minderheit gehört:

„Wir, als Mitglieder einer Region, wo die deutsche Minderheit eine sehr große Rolle spielt, vertreten ebenfalls die Interessen der Sathmar-Schwaben und unterstützen die kulturellen Veranstaltungen, und nicht zuletzt versuchen wir der schwäbischen Gemeinschaft zu helfen, ihre Identität zu bewahren.“ (ADZ, 11. Juni 2013: 6)

Als Kreisvertreter von Sathmar spricht er einerseits über die Bedeutung der Minderheit für den Kreis und zugleich darüber, wie er als Kreisvertreter die Interessen der Minderheit vertritt. Diese doppelte Selbstverortung – in Rückkoppelung auf die eigene partikulare Identität und mit Perspektive auf das universale Interesse der Gesamtgesellschaft – ist typisch auch für die Art und Weise, wie die Selbstverwaltung der Deutschen sich in die rumänische Tagespolitik einbringt.

Der zweite Themenkomplex betont das gemeinsame Schicksal der Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen, die Verschleppung zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion. In diesem historischen Zusammenhang, der lange Zeit tabuisiert worden war, findet ein Schulterschluss zwischen den beiden deutschen Minderheiten statt. Denn erst nach der Revolution wurde in Rumänien dieser Teil der Geschichte von der offiziellen politischen Seite überhaupt erst anerkannt. Die Betroffenen konnten sich in Selbsthilfe- und Gedenkvereinen organisieren und ihr Schicksal ins richtige Licht rücken. So wurde 2008 im Kreis Arad ein offizielles Denkmal für die Verschleppten eingerichtet. In Schimonidorf gedenkt man als Schicksalsgemeinschaft gemeinsam der in die Sowjetunion verschleppten Verwandten und Freunde. Anlass ist „68 Jahre Beginn der Verschleppung“, wie das „FunkMagazin“ in seiner Januar-Ausgabe 2013 berichtet. In Anbetracht dieses Schicksals, über das die Betroffenen heute kaum noch reden wollen,<sup>216</sup> gibt es keine konfessionellen Differenzen mehr. Ein ökumenischer Gottesdienst wird gemeinsam gefeiert. Die alten Deportationslieder, die vom Leid und von den Erfahrungen der meist jungen Menschen berichten und die in den Lagern auf Volksliedmelodien getextet wurden, werden wieder gesungen.<sup>217</sup> Auch wenn die Erinnerung hier in

215 Vgl. ADZ vom 15. Juni 2013: 1: „Der Parlamentsausschuss für die Novellierung der Verfassung hat Donnerstag einen gesonderten Artikel ins Grundgesetz aufgenommen, der folgenden Wortlaut hat: ‚Rumänien anerkennt die geschichtliche Rolle des Königshauses, der nationalen Minderheiten, der orthodoxen Kirche und der anderen Glaubensgemeinschaften bei der Bildung und Modernisierung des rumänischen Staates.‘“

216 Vgl. FunkMagazin vom Januar 2013, Beitrag: „Über ihr Leid wollen die ehemaligen Russland-Deportierten nicht mehr reden.“

217 Vgl. <http://www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel/kreisgruppen/9926-in-augsburg-oekumenischer-gottesdienst.html>.

gewisser Weise kanonisiert wird, findet die Vorsitzende des Vereins der Russlanddeportierten Kreis Arad es lehrreich, solche Gedenkveranstaltungen jährlich zu organisieren, denn die Jugend soll wissen, was passiert ist. Das Ganze war ein „Irrtum“, der nie wieder geschehen soll, für alle, die „gewonnen haben und diejenigen, die verloren haben.“ (Funk-Magazin, Januar 2013)

Die Medien berichten über ähnliche Veranstaltungen in Rumänien, aber auch in Deutschland. So gibt es einen Beitrag über einen ökumenischen Gottesdienst in Augsburg zum Gedenken an die Deportation in der „Siebenbürger Zeitung“. Auch hier erinnern sich Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen gemeinsam:

„Peter Krier, Vorsitzender des Hilfswerks der Banater Schwaben, erinnerte an die gemeinsame kulturelle Tradition der zwei Verbände, die auf eine lange Geschichte zurückgeht, aber auch auf das gemeinsame Schicksal der Zwangsdeportation.“ (Siebenbürger Zeitung, 23. April 2013)

Differenzen zwischen Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen sind hier aufgehoben, es ist stattdessen von einer „Brücke zwischen Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, die sich seit Jahrhunderten eine gemeinsame Geschichte teilen“ die Rede (vgl. <http://www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel/kreisgruppen/9926-in-augsburg-oekumenischer-gottesdienst.html>).

In doppelter Hinsicht universalisierend wirkte eine Gesetzesmodifikation im rumänischen Parlament vom Juni 2013, über die in den Minderheitenmedien intensiv berichtet und deren Erfolg gefeiert wurde: Am 7. Juni 2013 titelt die „ADZ“ auf der ersten Seite: „Auch im Ausland Lebende erhalten Entschädigung.“ Konkret geht es hier um das Dekret 118/1990, das die Entschädigung von Menschen vorsieht, die nach dem 6. März 1945 verfolgt, ins Ausland oder in Kriegsgefangenschaft verschleppt wurden. Durch die Modifikation werden

auch jenen Personen diese Rechte gewährt, die die rumänische Staatsbürgerschaft nicht mehr besitzen.<sup>218</sup> Dies betrifft vor allem jene Mitglieder der deutschen Minderheiten, die Rumänien nach der Revolution in Richtung Bundesrepublik verlassen haben. Die Darstellung in den Medien betont die Verpflichtung des rumänischen Gemeinwesens gegenüber den deutschen Minderheiten gerade aufgrund deren Verbundenheit und Loyalität mit und gegenüber Rumänien: Es sei zu „massiven Deportationen unter dem sowjetischen“ und, wie die Zeitung betont, rumänischen „kommunistischen Regime gekommen, ungeachtet der Tatsache, dass viele Deutsche in der rumänischen Armee Dienst geleistet hatten.“ Dieses hätte „tiefe Spuren besonders in der deutschen Minderheit in Rumänien hinterlassen.“ (Siebenbürgische Zeitung, 6. Juni 2013: 1) Die Schicksalsgemeinschaft wird damit von rumänischer Seite anerkannt und in das rumänische Gemeinwesen erneut integriert.

## Ungarn

In den Medien der deutschen Minderheit in Ungarn gibt es zwei Fluchtpunkte des Gedenkens. Erstens ist ähnlich wie bei den deutschen Minderheiten in Rumänien eine Art folkloristisches Erinnern im kulturellen und religiösen Bereich zu beobachten, das die Kennzeichen von Entzeitlichung und Enthistorisierung trägt. Sehr ausgeprägt ist das im Hörfunk: Schlager, Blasmusik und alte Heimatlieder, in denen die Liebe zu einer Frau oder der Heimat besungen wird, versetzen die Hörer in eine Art Zeitschleife. Folgt man der neueren Forschung, so dienten Heimatfilm und Schlager in der Bundesrepublik Deutschland der 1950er und 1960er Jahre einer Bewältigungsstrategie: nach dem Tod

218 Vgl. Siebenbürgische Zeitung vom 6. Juni 2013: 1, Beitrag „Rumänisches Parlament verabschiedet einstimmig Entschädigungsgesetz für deutsche Zwangsversleppte“ und ADZ vom 7. Juni 2013: 1, Beitrag „Auch im Ausland Lebende erhalten Entschädigung“.

von Familienangehörigen und Freunden, dem Verlust von Häusern und Land, dem Verlust vertrauter Umgebung und dem Verlust von Normen – wohlge-merkt, ohne sich dabei der Geschichte tatsächlich stellen zu müssen. Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, welche Funktion eine solche Folklorisierung in Bezug auf historische Ereignisse und die eigene Geschichte heute unter den deutschen Minderheiten in Rumänien und Ungarn hat. Eine Antwort lautet: Historische Phänomene, die entzweitlicht werden, können nicht vergehen, werden vermeintlich nie der Vergangenheit angehören. Insofern kann Selbst-Folklorisierung mit den Folgen der Enthistorisierung ein Weg sein, die Angst vor dem eigenen kulturellen und sprachlichen Existenzverlust als Minderheit zu bannen.

Der zweite Bezugspunkt des Gedenkens der deutschen Minderheit in Ungarn betrifft die unmittelbare Nachkriegszeit, die zentralen Themen sind Zwangsarbeit und Vertreibung. Insbesondere seitdem das ungarische Parlament einstimmig die Einführung des „Gedenktags der Vertriebenen der deutschen Minderheit“ beschlossen hatte,<sup>219</sup> wurde Vertreibung zu einem wichtigen Thema innerhalb der Minderheitenmedien, wobei die Tabuisierung des Themas während der Nachkriegszeit bzw. die Entschuldung mit Verweis auf die Verantwortung der Alliierten in den Mittelpunkt rückte.<sup>220</sup> Thematisiert wird, dass zwar kurz nach dem Krieg eine – auch kritische – Auseinandersetzung mit der Vertreibung der Ungarndeutschen in die Besatzungszonen stattfand, diese jedoch immer mit dem Verweis auf die Hauptverantwortung der Alliierten verbun-

den wurde.<sup>221</sup> Das „FunkMagazin“ berichtet in der Oktober-Sendung 2012 über die 23. Messe im Gedenken an Zwangsarbeit und Vertreibung im ungarischen Wetschesch. Zum ersten Mal seit 1990 ein solches Gedenken im Rahmen einer Messe möglich gewesen, wie es in der Sendung heißt. Von offizieller Seite sei das Thema Vertreibung tabuisiert worden und die betroffene Generation hätte das erfahrene Leid verdrängt. Der Beitrag argumentiert stark erinnerungspolitisch. Einer schweigenden Generation und dem Unrecht, das ihr widerfahren ist, soll durch Erinnerung und Gedenken Recht widerfahren.<sup>222</sup> Insbesondere da, nach fast 70 Jahren, mit den Zeitzeugen auch deren persönliche Erinnerung verschwinde, müsse das Gedenken mit Blick auf die nächste Generation gesichert werden und zwar „mit dem Ziel eines normalen kulturellen Zusammen-

221 Vgl. NZ vom 14. Dezember 2012, Beitrag über den Gedenktag an die Vertreibung der Deutschen; vgl. auch NZ vom 25. Januar 2013, Beitrag „Den Opfern der Vertreibungen und Demütigungen gebührt Respekt“.

222 Ähnlich argumentiert ein Artikel in der NZ vom 25. Januar 2013, „Den Opfern der Vertreibungen und Demütigungen gebührt Respekt“. Darin wird berichtet, dass ein Zeitzeuge die ungewöhnliche Geschichte seiner deutschen Familie aus der Batschka den Schülern in der Geschichtsstunde erzählte: „Im Zusammenhang mit dem Gedenktag der Vertreibung der Ungarndeutschen konnten die Schüler in Hódmezővásárhely am 17. Jänner in einer außergewöhnlichen Geschichtsstunde im Gedenkpunkt die traumatische Geschichte einer deutschen Familie aus der Batschka kennenlernen. Der vier Jahre alte Valter Oswald und seine Familie wurden von den Serben in ein Lager gebracht, damals wurden im Süden mehrere Zehntausend Ungarn und Deutsche ermordet. Seine Eltern flüchteten mit ihm und seiner kleinen Schwester im Herbst 1946 vor dem Hungertod nach Ungarn, wo die Vertreibung der Deutschen bereits begonnen hatte.“

Valter Oswald stammt aus Batsch, einer Gemeinde an der Donau mit einst überwiegend deutscher Bevölkerung. Als im Herbst 1944 die Rote Armee und die Tito-Partisanen anrückten, flüchtete der Großteil der Schwaben aus dem Banat und der Batschka nach Deutschland. Diejenigen, die geblieben waren, erwartete ein bitteres Schicksal. Im Winter 1944 ermordeten die Serben Zehntausende Deutsche, die Überlebenden wurden in Lager verschleppt. Der kleine Valter kam mit seiner Familie ins Lager bei Gakovo, wo sie des Hungers sterben sollten. Sie flohen jedoch auf abenteuerliche Weise über die grüne Grenze nach Ungarn. Während gerade Deutsche aus Ungarn vertrieben wurden, fand die Familie ohne Dokumente und Sprachkenntnisse hier Zuflucht.“

219 Vgl. NZ vom 25. Januar 2013, Beitrag „Den Opfern der Vertreibungen und Demütigungen gebührt Respekt“: „Das ungarische Parlament erklärte letztes Jahr den 19. Januar zum Gedenktag der Vertreibung der Ungarndeutschen.“

220 Ebd.

lebens anhand europäischer Normen“.<sup>223</sup>

Die in anderen Zusammenhängen stark enthistorisierende und entkontextualisierende Tendenz ist hier nicht zu finden. Im Beitrag kommt der Limburger Bischof Gerhard Pieschl, Beauftragter der deutschen Bischofskonferenz für Vertriebene und Aussiedlerseelsorge, zu Wort, der wiederum den ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog und dessen erinnerungspolitische Positionierung innerhalb der Vertriebenendebatte zitiert, dass kein Unrecht durch zuvor begangenes Unrecht gerechtfertigt werden könne. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt das Internetportal der Ungarndeutschen. Auch Minister Zoltan Balog, der ungarische Minister für Humanressourcen, wird in der „NZ“ im Beitrag „Den Opfern der Vertreibungen und Demütigungen gebührt Respekt“ zitiert. Bei der ersten Gedenkveranstaltung vor dem Vertreibungsdenkmal an der Kirche von Schaumar habe er gesagt, dass eine Schuld „nicht mit einer anderen Schuld wieder gut gemacht werden, noch weniger könne eine vermutete Schuld mit einer anderen Schuld und schon gar nicht eine vermutete Schuld mit Kollektivstrafe ausgeglichen werden“ (NZ, 25. Januar 2013). Es wird darauf verwiesen, dass seit dem 55. Jahrestag des Beginns der Vertreibung sowohl in Ungarn als auch in der Bundesrepublik zahlreiche Gedenksteine errichtet wurden, die an das widerfahrene Unrecht erinnern.<sup>224</sup>

Diese Erinnerungspolitik entspricht offenbar im Wesentlichen der Linie der ungarischen Regierung, auf deren Initiative der Gedenktag begangen wird.<sup>225</sup> Der „Verlust der Ungarndeutschen durch

die Vertreibung“ sei ein „Verlust der ungarischen Nation selbst“ gewesen, das sei „der gemeinsame Nenner der gemeinsamen Erinnerungskultur“, so Zoltan Balog, der ungarische Minister für Humanressourcen, am 19. Januar 2013. Diese Integration in die nationale ungarische Erinnerungskultur wird von den ungarndeutschen Minderheitenmedien begrüßt. In verschiedenen Organen wird mehrfach der für die Minderheiten zuständige Minister Balog zitiert. Auf Deutsch versichert er am 24. August im Deutschen Bundestag aus Anlass des „Tags der Heimat“, dass Ungarn sich der Vertreibung schäme und dass die Vertreibung inzwischen auch Eingang in die Schulbücher gefunden habe: Niemand könne also die Schule in Ungarn durchlaufen, „ohne über diese historischen Vorgänge informiert zu werden“, betont der Minister (FunkMagazin, August 2013).<sup>226</sup> Die ungarndeutschen Minderheitenvertreter nutzen ihrerseits die Gunst der Stunde, um aus Anlass des Gedenktags der Vertreibung am 19. Januar nachdrücklich an die Verantwortung der Regierung zu appellieren, die besten Rahmenbedingungen für das weitere Bestehen der Nationalitäten, für ihre Identität, ihre Sprache, ihre Tradition und ihre Kultur, zu schaffen. Der Vorsitzende der Deutschen Komitatsselbstverwaltung Pesth, Emmerich Ritter, betont die Zugehörigkeit der Ungarndeutschen zu Ungarn, denn die „Nationalitäten sind loyale Bürger Ungarns, die stolz darauf sind, dem Ungarn-tum anzugehören und Ungarn als ihre Heimat zu begreifen.“ (FunkMagazin, August 2013)

So gebe es keine einzige Forderung der Ungarndeutschen, die politische Probleme hervorrufen könne, sie wollten keine doppelte Staatsbürgerschaft,

223 Vgl. Aussagen von Emmerich Ritter, dem Vorsitzenden der Deutschen Komitatsselbstverwaltung Pesth im FunkMagazin vom August 2013.

224 Vgl. Portal der Ungarndeutschen, [www.ungarndeutsche.de](http://www.ungarndeutsche.de).

225 Vgl. NZ vom 25. Januar 2013. Das Parlament zollt laut seines Beschlusses mit dem Gedenktag „den Opfern der Verschleppungen und Demütigungen Respekt“. Ein anderer Gedenktag erinnert an die Zwangsarbeit in der Sowjetunion: „Als Gedenktag der in die Sowjetunion verschleppten politischen Gefangenen und Zwangsarbeiter hat das Parlament auf Initiative der FIDESZ-Abgeordneten Elisabeth Menczer den 25. November bestimmt.“

226 Vgl. auch NZ vom 25. Januar 2013, Beitrag „Den Opfern der Vertreibungen und Demütigungen gebührt Respekt“: So freute sich Emmerich Ritter, Vorsitzender der Deutschen Komitatsselbstverwaltung Pesth, „darüber, dass entsprechend dem Beschluss Unterrichtsmaterialien herausgegeben werden sollten, denn es würden noch viele falsche Ansichten über die Vertreibung kursieren, z. B. dass dafür die Siegermächte die Verantwortung trügen, was von der Geschichtsschreibung längst widerlegt worden sei.“



keine Gebietsautonomie, kein eigenständiges Parlament. Abschließend erklärt Ritter, dass bei einer großzügigen Minderheitenpolitik gegenüber den Ungarndeutschen Ungarn selbst der größte Sieger sein werde.

Die politische Dimension, die das Thema nicht nur innenpolitisch für die Ungarndeutschen hat, sondern auch außenpolitisch für das Verhältnis zwischen Ungarn und der Bundesrepublik, ist den Minderheitenmedien nicht entgangen. Tatsächlich gelingt ihnen in Ungarn auch ein Brückenschlag zur deutschen Debatte um Flucht und Vertreibung, ohne sich hierbei politisch vereinnahmen zu lassen. In der Ausgabe des „FunkMagazins“ vom August 2013 wird in einem ungarndeutschen Beitrag über den 24. August berichtet, den „Tag der Heimat“, der in Berlin im Bundestag begangen wird. Erika Steinbach, Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, kommt zu Wort und lobt die „vorbildliche Minderheitenpolitik“ Ungarns, da dessen Parlament den Gedenktag einstimmig verabschiedet habe. Der Hörfunkbeitrag lässt daraufhin den Vorsitzenden der Bundeslandsmannschaft der Deutschen in Ungarn zu Wort kommen, der darauf hinweist, dass die Einführung des Gedenktags keinesfalls Anlass biete, um in Lobeshymnen auszubrechen.

Auch wenn es bezeichnend für das Verhältnis zwischen Minderheitenvertretern und dem ungarischen Staat ist, dass die Initiative eines Gedenktags nicht das Ergebnis eines langen Kampfes der Ungarndeutschen war, sondern auf Anregung von Abgeordneten der Regierungspartei diskutiert und schließlich beschlossen wurde, so gelingt den Minderheitenvertretern hier dennoch eine eigene Positionierung. Die Minderheitenmedien nehmen den Gedenktag an die Vertreibung der ungarndeutschen Bevölkerung zum Anlass, ihre eigenen Interessen zu formulieren. Ein Bericht des „FunkMagazins“ vom Januar 2013 lässt Emmerich Ritter zu Wort kommen. Dieser moniert, dass tatsächlich der „über-

wiegende Teil der ungarischen Bevölkerung sehr wenig über das traurige Ereignis“ wisse. Denn in der Vergangenheit seien die Vorkommnisse rund um die Vertreibung tabuisiert worden. Selbst jetzt gäbe es noch „Vermeidungs-Strategien“. Die ungarndeutsche Selbstverwaltung werde deshalb an zwei Punkten eine Modifizierung des Wortlauts des Gesetzes beantragen. Denn erstens vermeide das Gesetz in seiner Formulierung die eindeutige Übernahme der Verantwortung der ungarischen Regierung, indem auf einen Beschluss der Alliierten verwiesen werde. Zweitens werde eine Eingabe erfolgen, dass der Begriff „Verschleppung“ durch den Begriff „Vertreibung“ ersetzt werden soll, denn der „heutige Tag sei eindeutig der ‚Vertreibung‘, das heißt der Aussiedlung und nicht der gewaltsamen Verschleppung zur Zwangsarbeit in Russland“ (vgl. NZ, 25. Januar 2013)<sup>227</sup> gewidmet.<sup>228</sup>

### **Ergebnisse der Geschichtsthematisierung als Identitätsstiftung in den drei Ländern im Vergleich**

Die deutschen Minderheiten aller drei Länder thematisieren in ihren Medien in der Vergangenheit erlittenes Unrecht. Die deutsche Minderheit in Polen beschäftigt sich mit den Diskriminierungen der Nachkriegszeit ebenso wie mit dem Umstand, dass der deutsche Anteil an der Geschichte bestimmter Orte geleugnet wurde. Die Ungarndeutschen thematisieren über den neu eingeführten staatlichen Gedenktag der Vertreibung das ihnen zugefügte Leid; die deutschen Minderheiten in Rumänien be-

227 Vgl. NZ vom 25. Januar 2013, Beitrag „Den Opfern der Vertreibungen und Demütigungen gebührt Respekt“: Denn an die Zwangsarbeit in der Sowjetunion wird an einem speziellen Gedenktag erinnert. Darüber klärt der Artikel auf: „Als Gedenktag der in die Sowjetunion verschleppten politischen Gefangenen und Zwangsarbeiter hat das Parlament auf Initiative der FIDESZ-Abgeordneten Elisabeth Menczer den 25. November bestimmt.“

228 Vgl. Aussagen von Emmerich Ritter, dem Vorsitzenden der Deutschen Komitatselbstverwaltung Pesth im „FunkMagazin“ vom August 2013; vgl. auch NZ vom 25. Januar 2013, Beitrag „Den Opfern der Vertreibungen und Demütigungen gebührt Respekt“.

schäftigen sich mit dem Regierungsbeschluss staatlicher Entschädigungszahlungen für Deutsche, die in sowjetische Lager verschleppt wurden.

Gemeinsam ist diesen leidvollen Erfahrungen ihr Zusammenhang mit der tatsächlichen oder behaupteten Zugehörigkeit zur Minderheit. Der Bezug auf das geteilte Schicksal in der Vergangenheit stiftet wiederum Zugehörigkeit. Insofern verwundert es nicht, dass Gemeinschaften, die sich entweder noch in einer Konsolidierungsphase befinden, wie die deutsche Minderheit in Polen, oder die durch Abwanderung massiv verkleinert wurden, wie die deutschen Minderheiten in Rumänien, oder die durch eine starke kulturelle Identifikation mit der Gesamtgesellschaft in ihrer Eigenheit verunsichert sind, auf diesen Kern zurückgreifen.



# 5.

## STUDIENERGEBNISSE

## 5.1 Schlussfolgerungen

Die deutsche Minderheit in Polen befindet sich in einem äußerst dynamischen Prozess. Seit der Wende sind funktionierende Strukturen für politische Selbstverwaltung und Interessensvertretung entstanden. Es gibt inzwischen auch eine Vertretung durch einen Abgeordneten im Parlament. Darüber hinaus hat sich eine eigene Medienlandschaft entwickelt. Auf der Grundlage der oben dargelegten Befunde – im Hinblick auf die Sprachpolitik der Minderheit in den Medien, ihre Interessenspolitik sowie Geschichtsthematisierung als Gemeinschaftsstiftung und Stiftung von sozialem Kapital – können folgende Leitlinien zukünftiger Strategieplanung formuliert werden:

Die Tendenz, über die Thematisierung von Geschichte Identität zu stiften, ist so nahe liegend wie fatal. Letztlich orientieren sich die Medien hier an alten Fronten zwischen Deutschland und Polen – eine Auseinandersetzung, in der sie nur verlieren können.

Die Multiperspektivierung von Geschichte hingegen eröffnet neue Wege, die von der Minderheit ohnehin bereits beschritten worden sind. In diesen Bereich gehören alle transnational ausgerichteten Projekte, in denen sich die deutsche Minderheit tatsächlich als Brücke zwischen Polen und Deutschland begreift. So kann sowohl die Vereindeutigungsfrage von Geschichte als auch die Vereinnahmungsfrage von Gedächtnisorten vermieden werden.

Die deutsche Minderheit in Ungarn hat in den letzten Jahren bereits Initiativen gestartet, um nicht der Gefahr einer Selbst-Folklorisierung zu erliegen. Hierbei sind vor allem zwei Aktivitäten zu nennen: die Übernahme von Kultur- und Bildungseinrichtungen in die Selbstverwaltung der Ungarndeutschen sowie die Entwicklung eines Konzepts zur Bildungs- und Sprachoffensive, deren Ziel

die Wiederverankerung der Zweisprachigkeit bei den Menschen mit ungarndeutschen Verbindungen ist. In Zusammenhang mit der Interessensvertretung wird das Wahljahr 2014 von Bedeutung sein. Dann besteht die Möglichkeit, über eine eigene Liste einen Vertreter ins Parlament zu wählen. Die deutsche Minderheit in Polen und die deutschen Minderheiten in Rumänien haben ihn bereits.

Die deutschen Minderheiten in Rumänien nutzen ihr gesellschaftspolitisches Standing in Politik und Gesellschaft. Obwohl die Zahl ihrer Mitglieder schrumpft, müssen sie keinesfalls fürchten, ihre Bedeutung zu verlieren. Die Vertreterinnen und Vertreter des „Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien“ sind sich darüber im Klaren, dass Projekte zur deutschen Sprache, interkulturellen Zusammenarbeit und zu den deutschen Minderheiten nicht mehr ohne die rumänische Gesamtgesellschaft und Politik denkbar sind. Neben der Vertretung ihrer eigenen Interessen haben die deutschen Minderheiten deshalb auch ihre Verantwortung gegenüber der rumänischen Gesamtgesellschaft sowie deren Stellung in Europa im Blick.

Die qualitative Auswertung ausgewählter Medien der deutschen Minderheiten in Polen, Rumänien und Ungarn hat vor allem eines gezeigt: Diese Medien dienen sowohl als Indikator von Gemeinschaft und sozialem Kapital wie auch als Faktor für die Stiftung von Gemeinschaft und sozialem Kapital.

### Minderheitenmedien als Indikator

Als Indikatoren verweisen die Medien durch ihre Themen und Formate auf das, was innerhalb einer Gemeinschaft relevant und von Interesse ist. Damit spiegeln sie die Verfasstheit der Gemeinschaft wider und liefern zugleich Hinweise auf die Durchlässigkeit bzw. Undurchlässigkeit ihrer Gruppengrenzen. Die Art der angekündigten Aktivitäten, der Umgang mit Sprache, die Konflikte, die in den Medien

thematisiert werden, all das lässt Rückschlüsse zu: In Polen orientiert sich die Sprachpraxis der deutschen Minderheitenmedien an der Tatsache, dass die Beherrschung des Deutschen innerhalb der Minderheit und insbesondere innerhalb der mittleren Nachkriegsgeneration keineswegs selbstverständlich ist. Zugleich bezeugen die Medien eine bemerkenswerte Konsolidierung der deutschen Minderheit in den letzten 20 Jahren. Dies zeigt sich sowohl in einem Prozess der Neuaneignung von Sprache, Geschichte und Tradition als auch in einer ausgeprägten Politisierung. Im Jugendbereich lässt sich eine dynamische projektbezogene transnationale Orientierung an Deutschland, aber auch anderen europäischen Nachbarländern wie zum Beispiel Tschechien beobachten.

In Rumänien sind die deutschen Minderheitenmedien zunächst Indikator einer stabilen und starken Bindung an die deutsche Sprache und Kultur. Sie greifen unzählige Traditionen, Feste und Riten auf und veranschaulichen die enge Bindung der beiden Konfessionen an die Gemeinschaften der Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen; zugleich reflektieren sie die enorme gesellschaftliche Anerkennung, die Mitglieder der deutschen Minderheiten in der rumänischen Gesellschaft und Politik genießen, aber auch beanspruchen. Das große Problem des Verlusts an Gemeinschaft durch Abwanderungsbewegungen in die Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der 1990er Jahre findet ebenfalls Ausdruck in den Medien.

Auch die ungarndeutschen Minderheitenmedien verweisen auf die starke folkloristische Bindung der Menschen an Traditionen, Riten, Feste und nicht zuletzt an Dialekte. Zugleich offenbaren sie die Schwierigkeiten und Bemühungen, sprachliche und kulturelle Traditionen zu erhalten und an eine jüngere Generation weiterzugeben. Für die Jugend bleibt die Frage nach Zugehörigkeit bzw. „Identität“ und „Hybridität“ offen: Das gilt für den Erwerb

der deutschen Sprache, die nicht mehr die Dialektvariante der Großeltern und Urgroßeltern in den schwäbischen Dörfern ist, bis hin zur Art der Zugehörigkeit jenseits von Trachten und Tanzverein. Die „Gemeinschaft Junger Ungarndeutscher“ orientiert sich in dieser Hinsicht transnational.

### **Minderheitenmedien als Faktor**

Als Faktor sind die Minderheitenmedien in der Lage, Gemeinschaft zu stiften und soziales Kapital abrufbar zu machen bzw. herzustellen. Besonders gut zeigt sich dies bei den deutschen Minderheitenmedien in Polen, die es als ihre strategische Entscheidung begriffen, unter anderem auf Polnisch zu publizieren, um eine größere Gruppe zu erreichen. Zugleich versuchen sich die deutschen Minderheitenmedien in Polen als Interessensvertretung und Anwalt. Konkrete gesellschaftliche Konfliktthemen wie die Volkszählung oder die Frage der Beantragung zweisprachiger Ortsschilder werden in den Medien thematisiert und können so mobilisierend wirken. Auch die Benennung und Bewusstmachung historischer Konfliktthemen findet über die Medien statt, die manchmal Auseinandersetzungen verschärfen, aber auch zur Verständigung beitragen.

In Rumänien ist die Bedeutung der Medien als Faktor von Vergemeinschaftung und sozialem Kapital ebenfalls augenfällig: Jenseits des wichtigen Informationstransfers geht es um Positionierungen und Mobilisierung. Ein spektakuläres Beispiel hierfür ist der gesamtgesellschaftliche Konflikt um den Goldabbau im siebenbürgischen Roșia Montană oder die Frage besonderer Regelungen für Rumänien im Hinblick auf das Schengen-Abkommen.

Die ungarndeutschen Medien sind nicht nur ein wichtiges Mittel für die in den letzten Jahren neu entwickelten Strategien der „Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen“ in Fragen der kulturellen

Autonomie und des ungarndeutschen Bildungswesens, sondern auch ein Instrument der Mobilisierung. Hier werden Termine und Veranstaltungen bekannt gegeben, hier wird um die Teilnahme an der Wahl der Selbstverwaltung auf lokaler, regionaler und Landesebene geworben, hier werden wichtige Konflikte innerhalb der Minderheit diskutiert.

Insbesondere die Aktivitäten der Jugendverbände zeigen, dass es von existenzieller Bedeutung für den Fortbestand der untersuchten Minderheiten in Polen, Rumänien und Ungarn ist, neue Formen der Vergemeinschaftung in der Zukunft zu entwickeln. Die auf den Jugendportalen und Jugendseiten der Minderheitenmedien dargestellten Aktionen und Projekte orientieren sich stark an transnationalen Aktivitäten, deren Vergemeinschaftungsprozesse durchlässig und offen sind. Substanziellisierende Eigenschaftszuschreibungen nehmen hier nur wenig Raum ein. Identität wird als situativer Austauschprozess begriffen, der je nach Angelegenheit immer neu entschieden werden kann und darf.

## 5.2 Handlungsempfehlungen

### Gründung transnationaler Netzwerke für Kinder- und Jugendformate

- **im Hörfunk bzw. Fernsehen**, das mit dem „Funkforum“ vergleichbar ist

Das Modell einer transnationalen Kooperation deutscher Minderheiten auf der Ebene der Medien hat sich im „Funkforum“ bewährt. Hier findet zum einen ein die Finanz- und Personal-Ressourcen schonender Austausch statt – ein Aspekt, der in Anbetracht ständig drohender Finanzkürzungen und der Tatsache, dass sich kaum ein Medium allein durch Eigeneinnahmen über Wasser halten kann, nicht unerheblich ist. Zum anderen führt die Zusammenarbeit zu deutlich besseren Beiträgen. Es erscheint deshalb als sehr vielversprechend, ein vergleichbares

Modell eines transnationalen Netzwerks im Kinder- und Jugendbereich zu starten. Abgesehen von spannenden und hochwertigen Beiträgen hätte dies noch weitere Vorteile: Die Jugendverbände der deutschen Minderheiten könnten als Initiatoren auftreten und einer relativ großen Zielgruppe von Jugendlichen, die sich mit deutscher Sprache beschäftigen und Medieninhalte produzieren wollen, ein attraktives Angebot machen. Zugleich wäre es denkbar, sowohl nationale Gelder für die Jugendförderung als auch europäische Fördergelder einzuwerben.

Darüber hinaus könnte sich die Arbeit in einem Jugend-Funkforum auch nachhaltig auf die Medienarbeit der Jugendverbände in den einzelnen Ländern auswirken. Man würde Sprachfähigkeiten fördern und die transnationalen Kontakte in Europa stärken.

Im Rahmen dieses Projekts wären auch Kooperationen mit Kinder- und Jugendformaten im deutschsprachigen Ausland interessant, etwa mit der Sendung „Kakadu“ im „Deutschlandradio Kultur“. Die Produzenten in Deutschland hätten so Gelegenheit, ihre Expertise weiterzugeben und eigene Erfahrungen mit mittel- und osteuropäischen Radio- und Fernsehproduktionen zu sammeln. Die Akteure des Jugend-Funkforums wiederum würden im Sinne einer „Best Practice“ mehr darüber lernen, wie man interaktives und vielfältiges Radio für Kinder macht. Auch die Deutsche Welle könnte als Kooperationspartner angesprochen werden.

- **im Online-Bereich**

Ähnlich wie oben beschrieben, könnte auch eine transnationale Online-Zeitung in deutscher Sprache entstehen. Aktuelle Texte und Reportagen regelmäßig auf einem guten Niveau zu erstellen, erfordert nicht nur personelle und sprachliche Ressourcen, sondern auch logistisches und organisatorisches Talent. Bei einer gemeinsamen Produktion auf transnationaler Ebene würden Kompetenzen

und Ideen zusammengeführt und womöglich neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt. Die virtuelle Vernetzung kann den Informationsaustausch zwischen den einzelnen Jugendverbänden sowie gemeinsame Projekte befördern. Zudem ist eine Online-Zeitung äußerst kostengünstig zu erstellen – es braucht dafür nicht einmal ein gemeinsames Aufnahmestudio. Der positive Effekt wäre gleichwohl ähnlich groß wie bei Jugendformaten im Hörfunk und im Fernsehen.

Beide Projekte, ein Jugend-Funkforum sowie eine transnationale Online-Zeitung für Jugendliche, könnten über eine verstärkte Vernetzung mit nationalen Jugendverbänden und transnationalen Dachverbänden wie Deutsche Jugend in Europa e. V. oder Jugend Europäischer Volksgruppen unterstützt werden.

# LITERATURVERZEICHNIS

- Bricke, Dieter W. (1995): Minderheiten im östlichen Mitteleuropa. Deutsche und europäische Optionen. Baden-Baden.
- Bradean-Ebinger, Nelu (1990): Soziolinguistische Aspekte deutsch-ungarischer Zweisprachigkeit. In: Nelde, Peter (Hg.): Deutsch als Muttersprache in Ungarn. Stuttgart, S. 209-230.
- Brubaker, Roger (1994): Staats-Bürger. Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich. Hamburg.
- Buru, Loredana/Craciun, Roxana/Stanciu, Ionana (2011): „In dem Augenblick ist alles zusammengebrochen...“ Zeitliche Zäsuren zwischen 1944-1989 und ihre Auswirkungen auf das Leben der Rumänien-deutschen. In: Herta, Angelika/Jung, Martin (Hrsg.): Vom Rand ins Zentrum. Die deutsche Minderheit in Bukarest. Berlin, S.47-65.
- Busch, Brigitte (1999): Der virtuelle Dorfplatz. Minderheitenmedien, Globalisierung und kulturelle Identität. Drava.
- Butmaloiu, Ulrike (2008): Minderheiten im heutigen Polen. In: Leiserowitz, Ruth (Hg.): Die unbekannten Nachbarn. Minderheiten in Osteuropa. Berlin, S. 35-43.
- Butzkamm, Wolfgang/Butzkamm Jürgen (1999): Wie Kinder sprechen lernen. Kindliche Entwicklung und die Sprachlichkeit des Menschen. Tübingen.
- Campbell, David (1998): Writing Security, United States Foreign Policy and the Politics of Identity. Minnesota.
- Coleman, James Samuel (1990): Foundations of Social Theory. Cambridge.
- Coleman, James Samuel (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. In: American Journal of Sociology, July 15, 1988, 94: 95-120.
- Datta, Asit: Kulturelle Identität in der Migration (2005). In: Datta, Asit (Hg.): Transkulturalität und Identität. Bildungsprozesse zwischen Exklusion und Inklusion. Frankfurt. a. M. /London, S. 69-82.
- Dingeldein, Heinrich J. (2010): Fester Grund oder verlorenes Terrain? Zur Rolle der deutschen Sprache im mittleren und südöstlichen Europa. In: Hess-Lüttich, Ernest W. B. et al. (Hrsg.): Deutsch im interkulturelle Begegnungsraum Ostmitteleuropa. Frankfurt a. M., S. 63-80.
- Dittrich, Eckhard J./Radtke, Frank-Olaf (1990): Der Beitrag der Wissenschaft zur Konstruktion ethnischer Minderheiten. In: Dittrich, Eckhard J./Radtke, Frank-Olaf (Hrsg.): Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten. Darmstadt, S. 11-40.
- Dorobatu, Iulia/Efstate, Alesandra/Ivanescu, Adela-Diana/Tanase, Cristina (2011): „Und da erinnerte ich mich, wie die Worte sind“. Sprache und Identität bei der deutschen Minderheit in Bukarest. In: Herta, Angelika/Jung, Martin (Hrsg.): Vom Rand ins Zentrum. Die deutsche Minderheit in Bukarest. Berlin.
- Drobek, Felicitas (Hg.) (1999): Polen in Deutschland – Deutsche in Polen. Referate der Tagung des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde vom 12./13. Juni 1997. Freiburg.
- Erdei, Krisztián (2010): MR4 „Wir sprechen Ihre Sprache!“ In: Tichy, Ellen (Hg.): Minderheiten und Medien. Die Repräsentanz der ungarndeutschen Minderheit in den Medien. Hamburg, S. 107.
- Feleszko, Kazimierz (1999): Sprachbewusstsein bei den Minderheitengruppen am Beispiel Oberschlesien. In: Drobek, Felicitas (Hg.): Polen in Deutschland – Deutsche in Polen. Referate der Tagung des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde vom 12./13. Juni 1997. Freiburg, S. 187-203.
- Finkenstedt, Verena (2012): Bollywood goes Barcelona. In: Kriwak, Andreas/Pallaver, Günther (Hrsg.): Medien und Minderheiten. Innsbruck, S. 151-172.
- Földes, Csaba (2004): Sprachinselforschung oder interkulturelle Linguistik? In: Almai, Frank/Fröschle, Ulrich (Hrsg.): Deutsche in Ungarn. Ungarn und Deutsche. Interdisziplinäre Zugänge. Bamberg, S. 85-105.

- Galon, Anna (2008): Zwischen Pflicht und Kür. Die Hermannstädter Zeitung und die Siebenbürger Sachsen im kommunistischen Rumänien und nach der Wende. Hermannstadt/Bonn.
- Gerner, Eva (2010): Unser Bildschirm – das Programm des ungarischen Fernsehens für die Ungarndeutschen. In: Tichy, Ellen (Hg.): Minderheiten und Medien. Die Repräsentanz der ungarndeutschen Minderheit in den Medien. Hamburg, S. 94-98.
- Gnutzmann, Claus (1997): Language Awareness. In: Praxis des neusprachlichen Unterrichts 3, S. 227-237.
- Györi, Ildikó/Mencel, Mónika/Nádas, Nóra (2010): Die Neue Zeitung und das Sonntagsblatt – zwei ungarndeutsche Zeitungen. In: Tichy, Ellen (Hg.): Minderheiten und Medien. Die Repräsentanz der ungarndeutschen Minderheit in den Medien. Hamburg, S. 185-189.
- Habermas, Jürgen (1976): Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden? In: Habermas, Jürgen: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus. Frankfurt a. M.
- Haerdle, Benjamin (2004): Redaktionsalltag beim Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit im Bezirk Ermland und Masuren. In: Institut für Auslandsbeziehungen (Hg.): Deutschsprachige Medien in Mittel- und Osteuropa. Berichte und Analysen. Stuttgart, S. 40-43.
- Hall, Stuart (1990): Cultural Identity and Diaspora. In: Rutherford, Jonathan (Hg.): Identity. Community, Culture and Difference. London: 222-237.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2001): Empire. Cambridge/London.
- Hartwig, Stefan (2001): Deutschsprachige Medien im Ausland – fremdsprachige Medien in Deutschland. Münster.
- Henning, Marina (2010): Soziales Kapital und seine Funktionsweise. In: Stegbauer, Christian/Häußling, Roger (Hrsg.): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden, S. 177-189.
- Hepp, Andreas/Suna, Laura/Welling, Stefan (2009): Kommunikative Vernetzung, Medienrepertoires und kulturelle Zugehörigkeit: Die Aneignung digitaler Medien in der polnischen und russischen Diaspora. In: Hunger, Uwe/Kissau, Kathrin (Hrsg.): Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde. Wiesbaden, S. 173-197.
- Herta, Angelika/Jung, Martin (2011): Vom Rand ins Zentrum. Die deutsche Minderheit in Bukarest. Berlin.
- Hess, Agnieszka (2004): Der EU-Beitritt der Länder Ostmitteleuropas: Kontroversen in der Gesellschaft und die Rolle der Medien. Frankfurt a. M. u.a.
- Hepp, Andreas (2009): Digitale Medien, Migration und Diaspora: Deterritoriale Vergemeinschaftung jenseits nationaler Integration. In: Hunger, Uwe/Kissau, Kathrin (Hrsg.): Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde. Wiesbaden, S. 33-52.
- Hess-Lüttich, Ernest (2010): Deutschsprachige Minderheiten und ihre Medien in Ostmitteleuropa: ein Blick in deutsche Zeitungen in Ungarn und Rumänien. In: Ders. (Hg.): Deutsch im interkulturellen Begegnungsraum Ostmitteleuropa. Frankfurt a. M.
- Hinnenkamp, Volker/Meng, Katharina (2005): Sprachgrenzen überspringen. Sprachliche Hybridität und polykulturelles Selbstverständnis: Einleitung. In: Hinnenkamp, Volker/Meng, Katharina (Hrsg.): Sprachgrenzen überspringen. Sprachliche Hybridität und polykulturelles Selbstverständnis. Tübingen, S. 7-16.
- Hinnenkamp, Volker (1990): „Gastarbeiterlinguistik“ und die Ethnisierung der Gastarbeiter. In: Dittrich, Eckhard J./Radtko, Frank-Olaf (Hrsg.): Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten. Darmstadt, S. 277-297.



- Deutsches Kulturforum östliches Europa (Hg.): Historisches Erbe – Kapital für die Zukunft? Deutsche Spuren in Rumänien. Podiumsgespräch im Alten Rathaus Potsdam mit Axel Azzola, Andrei Corbea-Hoisie, Christoph Machat und Herta Müller. Moderation: Robert Schwarz. Potsdam 2003.
- Institut für Auslandsbeziehungen (Hg.) (2004): Deutschsprachige Medien in Mittel- und Osteuropa: Berichte und Analysen. Stuttgart.
- Institut für Auslandsbeziehungen/Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (Hrsg.) (2012): Zwei Sprachen – eine Heimat. Deutsche Minderheiten in Europa. Stuttgart/Prag.
- Janusz, Grzegorz (2007): Die rechtlichen Regelungen Polens zum Status der deutschen Bevölkerung in den Jahren 1938 bis 1950. In: Kittel, Manfred et al. (Hrsg.): Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich. München, S. 131-252.
- Jäger, Margret (2006): Fatale Effekte: die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs. Duisburg.
- Juller, Laura Capatana (2008): Minderheiten im heutigen Rumänien. In: Leiserowitz, Ruth (Hg.): Die unbekannten Nachbarn. Minderheiten in Osteuropa. Berlin, S. 232-245.
- Jung, Martin (2011): „Bukarest war immer eine eher zusammengewürfelte Gesellschaft“. Zur Migrationsgeschichte der deutschen Minderheit in Bukarest. In: Herta, Angelika/Jung, Martin (Hrsg.): Vom Rand ins Zentrum. Die deutsche Minderheit in Bukarest. Berlin, S. 25-46.
- Kachel, Thoma (2005): Nationalität und Regionalität. Überlegungen zu einer präzisierenden Beschreibungsgröße für empirische Untersuchungen nationaler und regionaler Konstruktionen in den Kulturstudien. In: Ondoa, Hycinthe (Hg.): Identität und interkulturelle Beziehungen. Leipzig, S. 41-59.
- Kappel, Péter/Tichy, Ellen (2010): Minderheiten und Minderheitenmedien in Ungarn. In: Tichy, Ellen (Hg.): Minderheiten und Medien. Die Repräsentanz der ungarndeutschen Minderheit in den Medien. Hamburg, S. 14-26.
- Keller, Andreas (2011): Gehen oder Bleiben? Die Situation der deutschen Minderheiten in Europa. In: Goethe-Institut e. V./Jost, Werner (Hrsg.): Das Goethe-Institut fördert deutsche Minderheiten. Berlin, S. 10-11.
- Kern, Rudolf (1990): Überlegungen zur Konsolidierung der deutschen Muttersprache in Ungarn. In: Nelde, Peter (Hg.): Deutsch als Muttersprache in Ungarn. Stuttgart, 301-319.
- Klein, Nina (2004): Radiomachen in Ratibor. In: Institut für Auslandsbeziehungen (Hg.): Deutschsprachige Medien in Mittel- und Osteuropa. Berichte und Analysen. Stuttgart, S. 48-51.
- Klosek, Eugeniusz (1999): Zwischen Deutschland und Polen. Über die ethnische Grenzgebiet-Identifikation der Schlesier und ihre Erforschung. In: Drobek, Felicitas (Hg.): Polen in Deutschland – Deutsche in Polen. Referate der Tagung des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde vom 12./13. Juni 1997. Freiburg, S. 155-164.
- Kneip, Matthias (2000): Die deutsche Minderheit in Polen 1945-1999. In: Ernst, Gerhard (Hg.): Zur heutigen Situation deutschsprachiger Minderheiten im östlichen Europa. Regensburg, S. 9-28.
- Komlós-Knipp, Elisabeth (1996): Bemerkungen zur Zweisprachigkeit und Identität der Ungarndeutschen. In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 45 (2), S. 127-131.
- Korb, Angéla (2012): Die deutsche Minderheit in Ungarn. In: Institut für Auslandsbeziehungen/Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (Hrsg.): Zwei Sprachen – eine Heimat. Deutsche Minderheiten in Europa. Stuttgart/Prag, S. 18-19.
- Kriwak, Andreas/Pallaver, Günther (Hrsg.) (2012): Medien und Minderheiten. Innsbruck.

Krüger-Potratz, Marianne (2005): Interkulturelle Bildung. Eine Einführung. Münster.

Kurcz, Zbigniew/Misiak, Wladyslaw (1997): Die deutsche Minderheit in Polen und die Polen in Deutschland (jeweils in polnischer Sprache). In: Osteuropa, 47 (3). S. 304-305.

Kummer, Werner (1990): Sprache und kulturelle Identität. In: Dittrich, Ekhard J. /Radtko, Frank-Olaf (Hrsg.): Ethnizität: Wissenschaft und Minderheiten. Opladen, S. 265-275.

Lavie, Smadar (2012): „Writing against identity politics: an Essay on gender, race, and bureaucratic pain“. America Ethnologist, Volume 39 (4): 779-803.

Leiserowitz, Ruth (2008): Die unbekannten Nachbarn. Ein Mosaik der Minderheiten in Ostmitteleuropa. In: Leiserowitz, Ruth (Hg.): Die unbekannten Nachbarn. Minderheiten in Osteuropa. Berlin, S. 9-19.

Luhmann, Niklas (1972): Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, 3. Aufl. Frankfurt a. M.

Marcinkowski, Frank (1993): Publizistik als auto-poietisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse. Opladen.

Marten, Stephan (2009): Deutschsprachige Zeitungen im Ausland – Berichte aus dem sprachlichem Exil, MS. Vortrag Grahamstow/ZA.

Matter, Max (1999): Wanderungen, Nationalstaatenbildung, Grenzverschiebungen – Minderheiten. In: Drobek, Felicitas (Hg.): Polen in Deutschland – Deutsche in Polen. Referate der Tagung des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde vom 12./13. Juni 1997. Freiburg, S. 59-77.

Meiners, Uwe (1990): Zur gegenwärtigen und historischen Sprachsituation in ungarndeutschen Dörfern. In: Nelde, Peter (Hg.): Deutsch als Muttersprache in Ungarn. Stuttgart, S. 253-281.

Merten, Stephan (1997): Wie man Sprache(n) lernt. Eine Einführung in die Grundlagen der Erst- und Zweitspracherwerbsforschung mit Beispielen für das Unterrichtsfach Deutsch. Frankfurt a. M.

Müller, Annett (2002): Abschied in Raten. Vom Neuen Weg zur Allgemeinen Deutschen Zeitung für Rumänien. Hermannstadt/Heidelberg.

Münz, Rainer/Ohliger, Rainer (1997): Deutsche Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa, Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse ethnisch privilegierter Migration. Berlin.

Muráth, Judith (1990): Muttersprachunterricht an deutschen Gymnasien in Ungarn im Spiegel einer Fehleranalyse. In: Nelde, Peter (Hg.): Deutsch als Muttersprache in Ungarn. Stuttgart, S. 131-148.

Nelde, Peter (Hg.) (1990): Deutsch als Muttersprache in Ungarn. Stuttgart.

Nelepcu, Raluca (2012): Die deutsche Minderheit in Rumänien. In: Institut für Auslandsbeziehungen/ Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (Hrsg.): Zwei Sprachen – eine Heimat. Deutsche Minderheiten in Europa. Stuttgart/Prag, S. 8-9.

Nghi Ha, Kein (2004): Ethnizität und Migration reloaded. Kulturelle Identität, Differenz und Hybridität im postkolonialen Diskurs. Berlin.

Niethammer, Lutz (2000): Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur. Hamburg.

Nauwerck, Patricia (2005): Zweisprachigkeit im Kindergarten. Konzepte und Bedingungen für das Gelingen. Freiburg.

Nemes, János (Hg.) (1982): Zweihundertfünfzig Jahre deutschsprachige Presse in Ungarn. Wien u. a.

Olhausen, Manuela (2005): Politische Kommunikation im Wandel: die deutschsprachige Presse des (ehemaligen) Ostblocks zwischen 1980 und 2000:

Eine Inhaltsanalyse der Zeitungen „Neue Zeitung“, Ungarn – „Prager Volkszeitung“, Tschechoslowakei/ Tschechien – „Neuer Weg“, „Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien“, Rumänien – „Neues Leben“, Sowjetunion/Russland in den Jahren 1980, 1989, 1990 und 2000. Hamburg.

Oomen-Welke, Ingelore/Schumacher, Tomas Pena (2005): Sprachenlernen – Biografische Rekonstruktionen zweisprachiger Schulkinder. In: Hinnenkamp, Volker/Meng, Katharina (Hrsg.): Sprachgrenze überspringen. Sprachliche Hybridität und polykulturelles Selbstverständnis. Tübingen, S. 289-323.

Papastergiadis, Nikos (2000): „Tracing Hybridity in Theory“. In: Werbner, Pnina/Tariq, Modood (Hrsg.): Debating Cultural Hybridity. Multi-Cultural Identities and the Politics of Anti-Racism. London/New Jersey, S. 257-281.

Peretzki, Roswitha (1994): Das neue Sprachbewusstsein in Oberschlesien. Germanismen als integraler Teil einer oberschlesischen Mundart. Magisterarbeit an der LMU. München.

Philippi, Paul (2000): Die aktuelle Situation der deutschsprachigen Minderheit in Rumänien. In: Ernst, Gerhard (Hg.): Zur heutigen Situation deutschsprachiger Minderheiten im östlichen Europa. Regensburg, S. 29-48.

Rahden, Till von (2000): Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925. Göttingen.

Rammelt, Henry (2011): „Das Band, das uns zusammen hält“. Erinnerungen und Gegenwart. In: Herta, Angelika/Jung, Martin (Hrsg.): Vom Rand ins Zentrum. Die deutsche Minderheit in Bukarest. Berlin, S. 67-76.

Reiner, Sabine (1995): Enklavenpublizistik. Insulare Kommunikation ethnischer Minderheiten. Eine systemtheoretische Analyse mit einer Untersuchung des „Argentinischen Tageblatts“. Münster.

Rexheuser, Rex (1992): Wo und warum gibt es heute in Osteuropa deutsche Minderheiten? In: Puskeppel, Jürgen (Hg.): Migration und Bildungswesen: Aussiedler in der Bundesrepublik – deutsche Minderheit in Osteuropa. Münster, S. 31-42.

Richter Nikola (2008a): Friehrige Zeite. Die ungarn-deutsche Familie Hammer in der „Schwäbischen Türkei“. In: Leiserowitz, Ruth (Hg.): Die unbekannten Nachbarn. Minderheiten in Osteuropa. Berlin, S. 192-204.

Richter, Nikola (2008b): Minderheiten im heutigen Ungarn. In: Leiserowitz, Ruth (Hg.): Die unbekannten Nachbarn. Minderheiten in Osteuropa. Berlin, S. 205-217.

Richter, Sonja (2004): Das Schlesische Wochenblatt unter der Lupe. In: Institut für Auslandsbeziehungen (Hg.): Deutschsprachige Medien in Mittel- und Osteuropa. Berichte und Analysen. Stuttgart, S. 44-47.

Rózsa, Mária (2010): Studien zur deutschsprachigen Presse in Mittel- und Ostmitteleuropa: Beiträge zum deutsch-österreichisch-ungarischen Kulturtransfer, zur 1848er Revolutionspresse in Ungarn und Österreich, zum Ungarnbild in der deutschen Presse sowie zum Pressewesen in Wien, Buda, Pest, Prezbürg, Temeswar, Hermannstadt und Kronstadt. Bremen.

Roth, Gerhard (1997): Das Gehirn und seine Wirklichkeit. Frankfurt a. M.

Russmann, Uta (2012): Die kommunikative Vernetzung ethnischer Minderheiten über Social Network Sites. In: Kriwak, Andreas/Pallaver, Günther (Hrsg.): Medien und Minderheiten. Innsbruck, S. 111-131.

Sakson, Andrzej (1993): Bestimmungen über nationale Minderheiten in polnischen Verfassungsgesetzen. In: Osteuropa-Rest, 39 (3), S. 224-238.

Sakson, Andrzej (1991): Die deutsche Minderheit in Polen. In: Deutsche Studien (29), S. 224-238.

Sakson, Andrzej (1999): Die deutsche Minderheit in Pommern, im Ermland und in Masuren.

In: Drobek, Felicitas (Hg.): Polen in Deutschland – Deutsche in Polen. Referate der Tagung des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde vom 12./13. Juni 1997. Freiburg, S.145-153.

Sakson, Andrzej (2008): Menschen im Wandel. Polen und Deutsche, Minderheiten und Migranten in Europas Geschichte und Gegenwart. Potsdam.

Salzborn, Samuel (2005): Die Ethnisierung der Politik. Theorie und Geschichte des Volksgruppenrechts in Europa. Frankfurt u.a.

Sandkühler, H. J. (1976): Identitätssystem, Identität, Indifferenz. In: Ritter, Joachim/Gründer, Karlfried (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 4: I-K. Darmstadt, S. 153-157.

Schiffer, Ingrid (2004): Es hat gefunkt... Über Zusammenarbeit von Radiomachern im Funkforum. In: Institut für Auslandsbeziehungen (Hg.): Deutschsprachige Medien in Mittel- und Osteuropa. Berichte und Analysen. Stuttgart, S. 74-77.

Schlesinger, Philip (1987): On National Identity. In: Social Science Information, 26.2.1987, S. 219-264.

Scholtz-Knobloch, Till (2012): Die deutsche Minderheit in Polen. In: Institut für Auslandsbeziehungen/Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (Hrsg.): Zwei Sprachen – eine Heimat. Deutsche Minderheiten in Europa. Stuttgart/Prag, S. 4.

Schuth, Johann (2010): Mehr als 50 Jahre im Dienste der Ungarndeutschen – Die Neue Zeitung. In: Tichy, Ellen (Hg.): Minderheiten und Medien. Die Repräsentanz der ungarndeutschen Minderheit in den Medien. Hamburg, S. 82-93.

Seewann, Gerhard (1994): Die nationalen Minderheiten in Ungarn. Alte und neue Probleme in der jungen Demokratie. In: Brunner, Georg/Lemberg, Hans (Hrsg.): Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa. Baden-Baden, S. 133-138.

Seewann, Gerhard (2004): Zur Identität der Ungarndeutschen in Geschichte und Gegenwart. In: Almai, Frank/Fröschle, Ulrich (Hrsg.): Deutsche in Ungarn – Ungarn und Deutsche. Dresden, S. 1-9.

Seewann, Gerhard (1992): Siebenbürger Sachse, Ungarndeutscher, Donauschwabe? Überlegungen zur Identitätsproblematik des Deutschtums in Südosteuropa. In: Ders. (Hg.): Minderheitenfragen in Südosteuropa. München.

Siebert, Horst (2005): Interkulturelle Pädagogik – konstruktivistisch betrachtet. In: Datta, Asit (Hg.): Transkulturalität und Identität. Bildungsprozesse zwischen Exklusion und Inklusion. Frankfurt a. M./London, S. 39-50.

Skutnabb-Kangas, Tove (1990): Wer entscheidet, ob meine Sprache wichtig für mich ist? Minderheitenforschung zwischen Sozialtechnologie und Selbstbestimmung. In: Dittrich, Eckhard J./Radtke, Frank-Olaf (Hrsg.): Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten. Darmstadt, S. 329-351.

Sommerauer, Andrea (2012): Von der Ashaninka lernen: Quellen und Quellenlage in der modernen Kommunikationsgesellschaft am Beispiel der entwicklungspolitischen Arbeit. Eine praktische Annäherung. In: Kriwak, Andreas/Pallaver, Günther (Hrsg.): Medien und Minderheiten. Innsbruck, S. 101-109.

Spannenberger, Norbert (2004): Die deutsche Minderheit und das Minderheitengesetz. In: Almai, Frank/Fröschle, Ulrich (Hrsg.): Deutsche in Ungarn – Ungarn und Deutsche. Dresden, S. 71-84.

Stegbauer, Christian/Häußling, Roger (Hrsg.) (2010): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden.

Stegherr, Marc/Liesem, Kerstin (2010): Die Medien in Osteuropa: Mediensystem im Transformationsprozess. Wiesbaden.

Szende, Béla (1990a): Das Erziehungs- und Bildungswesen der Deutschen in Ungarn. In: Nelde, Peter (Hg.): Deutsch als Muttersprache in Ungarn. Stuttgart, S. 185-195.

Szende, Béla (1990b): Zur Gegenwart der Ungarndeutschen. In: Nelde, Peter (Hg.): Deutsch als Muttersprache in Ungarn. Stuttgart, S. 77-98.

Tichy, Ellen (Hg.) (2010): Minderheiten und Medien. Die Repräsentanz der ungarndeutschen Minderheit in den Medien. Hamburg.

Tichy, Ellen (2010): Die Bedeutung der Minderheitenmedien für junge Ungarndeutsche. In: Tichy, Ellen (Hg.): Minderheiten und Medien. Die Repräsentanz der ungarndeutschen Minderheit in den Medien. Hamburg, S. 191-205.

Tóth, Ágnes (2007): Rechtliche Regelungen zur Lage des Ungarndeutschtums 1938-1950. In: Kittel, Manfred et al. (Hrsg.): Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich. München, S. 131-252.

Ujvári, Hedvig (2012): Deutschsprachige Presse in der östlichen Hälfte der Habsburgermonarchie: deutschsprachige Medien und ihre Rolle als Literaturvermittler in Ungarn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Herne.

Urban, Thomas (2000): Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit. 4. Aufl. München.

Urban, Thomas/Rautenberg, Hans-Werner (1995): Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 43 (4), S. 583-584.

Uscnay, Julia (2004): Vom Mercurius bis Pep! Deutschsprachige Presse in Ungarn. In: Institut für Auslandsbeziehungen (Hg.): Deutschsprachige Medien in Mittel- und Osteuropa: Berichte und Analysen. Stuttgart, S. 60-63.

Will, Katharina (1990): Sprachliche Situation der Deutschen in Südungarn. In: Nelde, Peter (Hg.): Deutsch als Muttersprache in Ungarn. Forschungsberichte zur Gegenwartsfrage. Stuttgart, S. 101-114.

Young, Iris Marion (1990): Justice and the Politics of Difference. Princeton.

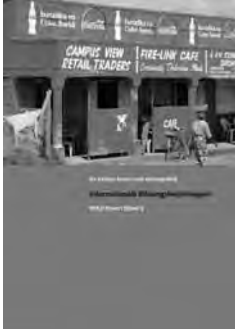
Younge, Gary (2010): Who are we – and should it matter in the 21st Century? London.

Zimmer, Dieter E. (1998): So kommt der Mensch zur Sprache. Über Spracherwerb, Sprachentstehung, Sprache und Denken. Zürich.

# ZUR AUTORIN

**Dr. Lou Bohlen** ist Historikerin. Sie promovierte an der Ruhr-Universität Bochum und an der Tel Aviv University zum Thema der Einwanderungswelle aus der (ehemaligen) Sowjetunion nach Israel. Sie war Dozentin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum sowie Research Fellow am *Minerva Institute for German History* an der Tel Aviv University (2007/2008). 2010 bis 2012 leitete sie als Wissenschaftliche Geschäftsführerin das Zentrum für Osteuropastudien der Ludwig-Maximilians-Universität München. 2014 erschien bei Wallstein ihr Buch „Politik der Erinnerung. Die umstrittene Erinnerungskultur russischsprachiger Migranten in Israel 1989–2000“.

ifa-Edition Kultur und Außenpolitik (Auswahl)



Bauer, Gerd Ulrich/Thum, Bernd (Hg.) (2012):  
Internationale Bildungsbeziehungen.  
WIKa Report I.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa



Bruell, Cornelia (2013):  
Kreatives Europa 2014–2020. Ein neues Programm –  
auch eine neue Kulturpolitik?  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.



Dungen, Johannes von (2011):  
Vom Freund zum Partner. Die deutsch-brasilianischen Kulturbeziehungen  
im Wandel.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.



Heidenreich, Maja (2011):  
Kultur der Partnerschaft. Perspektiven der deutsch-russischen Kultur-  
beziehungen.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.



Institut für Auslandsbeziehungen (Hg.) (2011):  
Iran und die Neuen Medien: Herausforderungen für den Auslandsrundfunk/  
Iran and the New Media: Challenges for international broadcasters.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.



Institut für Auslandsbeziehungen (Hg.) (2011):  
Agents of change. Die Rolle von Künstlern und Kulturschaffenden in  
Krisen- und Konfliktregionen/ Agents of change – the role of artists and  
cultural actors in regions of conflict and crisis.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.



Kahlenberg, Vera (2011):  
Was ist Wirksamkeit? Kunst, Kultur und Zivile Konfliktbearbeitung im  
Forschungsdialog.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.



Kaspar, Frank (2014):  
Radio im interkulturellen Dialog.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.





Lahr-Kurten, Matthias:  
Partner Sprache. Förderungsmöglichkeiten der Partnersprachen Deutsch  
in Frankreich und Französisch in Deutschland.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.



Maaß, Kurt-Jürgen (2013):  
Werbung, Werte, Wettbewerb. Wohin steuert die auswärtige Kulturpolitik?  
Abschiedsvorlesung am 24. April 2013 an der Universität Tübingen.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.



Mansfeld, Emilie/Szaniawska-Schwabe, Magdalena (2012):  
Neue Mittler – Junges polnisches Engagement in Deutschland/  
Nowi pośrednicy o młodych formach polskiego angażowania w Niemczech.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.



Meier, Eva-Christina (2013):  
Auswärtige Kunstvermittlung wirksamer gestalten.  
Beispiele innovativer Kunstprojekte in und mit Südamerika.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.



Thum, Bernd/Institut für Auslandsbeziehungen (Hg.) (2012):  
An der Zeitenwende. Europa, das Mittelmeer und die arabische Welt.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.



Türkan, Anja (2012):  
Digital diplomacy. Der Wandel der Außenpolitik im digitalen Zeitalter.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.



Trunk, Wiebke (2011):  
Voneinander lernen – Kunstvermittlung im Kontext kultureller Diversität.  
ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Stuttgart: ifa.

Alle Publikationen der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik sind kostenfrei online abrufbar unter:  
<http://www.ifa.de/publikationen/kultur-aussenpolitik.html>

Charlottenplatz 17 P.O. Box 10 24 63  
D-70173 Stuttgart D-70020 Stuttgart  
Tel. +49/711 2225-0 Fax +49/711 2 26 43 46  
[www.ifa.de](http://www.ifa.de) [info@ifa.de](mailto:info@ifa.de)

